

DAS MAGAZIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

# AMNESTY JOURNAL

01  
2021  
JANUAR /  
FEBRUAR

## RECHTS-STAAAT STATT RECHTSSTAAT

AUTORITÄRE TENDENZEN IN OSTEUROPA

### BERGKARABACH

Der Armenier Georgi  
Vanyan kämpft für Frieden

### POLIZEI UND RASSISMUS

Fälle aus Deutschland  
und Frankreich

### XIUHTEZCATL MARTINEZ

Klimaaktivist, Rapper  
und Fotomodel

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



# INHALT

## TITEL: AUTORITÄRE TENDENZEN IN OSTEUROPA

<b>Ungarn:</b> Rechtsstaat in sehr schlechtem Zustand	12
<b>Polen:</b> Diskriminierung von LGBTI	16
<b>Kommentar:</b> Entschiedener auftreten!	20
<b>Belarus:</b> Drei Porträts zum Protest gegen Langzeitpräsident Lukaschenko	21
<b>Flüchtlinge:</b> Illegale Pushbacks an der Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien	24
<b>Kosovo:</b> Hoffnung auf eine zweite Befreiung	28
<b>Roma in Osteuropa:</b> »Es gibt einen Zuwachs an Attacken«	30

## POLITIK & GESELLSCHAFT

<b>Bergkarabach:</b> Georgi Vanyan glaubt immer noch an den Frieden	34
<b>Graphic Report:</b> Auf See, an Land – Flüchtende in Not	40
<b>Ägypten:</b> Debatte über sexualisierte Gewalt	42
<b>Frankreich:</b> Protest gegen das neue Sicherheitsgesetz	44
<b>Aktiv gegen Rassismus I:</b> Der Anwalt Blaise Francis El Mourabit	48
<b>Aktiv gegen Rassismus II:</b> Recht gegen Rechts	50
<b>Honduras:</b> Repression und Widerstand an der Karibikküste	54
<b>Kolumbien:</b> Vom Staat allein gelassen	58

## KULTUR

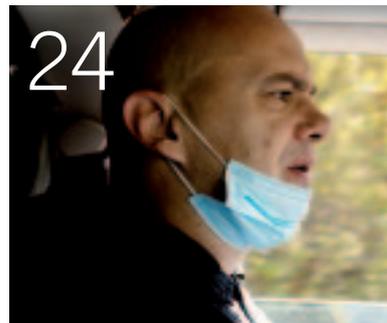
<b>Xiuhtezcatl Martinez:</b> Klimaaktivist, Rapper und Fotomodel	62
<b>Theaterprojekt:</b> Was Deutschland von Ruanda lernen kann	66
<b>Umar Abdul Nasser:</b> Der Poet aus Mossul	68
<b>Autor David Grossman:</b> Wahrheiten und Widersprüche	70
<b>Serious Games:</b> Daddeln macht endlich Sinn	72
<b>Buch über Alan Kurdi:</b> Die Geschichte hinter dem Foto	74
<b>Film:</b> Porträt der Sängerin und Menschenrechtlerin Billie Holiday	77

## RUBRIKEN

Panorama **04** Einsatz mit Erfolg **06** Markus N. Beeko über Impfstoffgerechtigkeit **07** Spotlight: Internationale Überwachungsgeschäfte **08** Interview: Peter Steudtner **09** Was tun **52** Porträt: Nasrin Sotoudeh **60** Dranbleiben: Ägypten, Seenotretter, Westsahara **61** Rezensionen: Bücher **75** Rezensionen: Film & Musik **76** Briefe gegen das Vergessen **78** Briefe gegen das Vergessen – Updates **80** Aktiv für Amnesty **82** Impressum **83**



**»In sehr schlechtem Zustand.«** In Ungarn werden Recht und Rechtsstaatlichkeit immer stärker missachtet. Justiz, Zivilgesellschaft und Journalismus erleben das auf sehr einschneidende Weise.



**Das Spiel ihres Lebens.** An der Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien sitzen mehr als 8.000 Flüchtlinge fest. Sie versuchen, in die Europäische Union zu kommen. Doch die kroatische Grenzpolizei geht brutal gegen sie vor. Dabei missachtet sie europäische Gesetze.

**»Ich bin ein Kind meiner Leute.«** Seit er fünf Jahre alt ist, setzt sich der US-amerikanische Aktivist und Rapper Xiuhtezcatl Martinez für die Umwelt ein. Mit 15 verklagte er die US-Regierung wegen der Klimakrise und sprach als bislang jüngster Redner vor der UNO.



**Zuhause im Selbst.** Ein ruandisch-deutsches Theaterprojekt widmet sich der Selbstbehauptung von Frauen – mit überraschenden Ergebnissen.



**Königin der Traurigkeit.** »Billie« ist das packende wie berührende Filmporträt der Sängerin und Menschenrechtlerin Billie Holiday.

### Gehen oder bleiben?

Die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI) in Polen ist katastrophal, vor allem transgeschlechtliche Menschen haben es schwer. Wenn sie ihren Personenstand ändern wollen, müssen sie die eigenen Eltern verklagen.



Er glaubt immer noch an den Frieden. Sein Engagement für Verständigung rund um das bis November umkämpfte Bergkarabach hat dem Armenier Georgi Vanyan nichts als Ärger eingebracht.

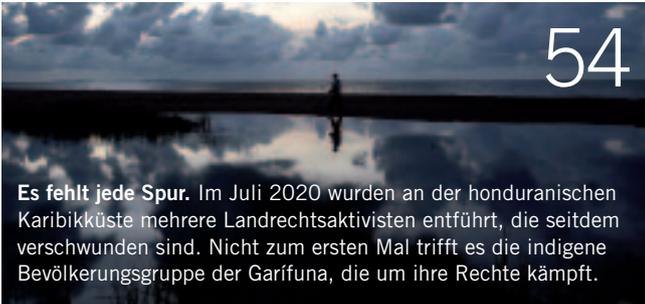


### Mit Sicherheit nicht sicher.

Polizeigewalt ist in Frankreich ein großes Problem. Im Internet werden Fälle von Machtmissbrauch dokumentiert. Nun arbeitet die französische Regierung an einem Gesetz. Es kriminalisiert Videos, auf denen Polizisten im Einsatz zu sehen sind. Tausende protestieren.



Es fehlt jede Spur. Im Juli 2020 wurden an der honduranischen Karibikküste mehrere Landrechtsaktivisten entführt, die seitdem verschwunden sind. Nicht zum ersten Mal trifft es die indigene Bevölkerungsgruppe der Garífuna, die um ihre Rechte kämpft.



Demonstration gegen die Politik des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, 19. Januar 2019 in Budapest.  
Foto: Chris McGrath/ Getty Images



## EIN JAHR

2020 war mehr als das Corona-Jahr, als das es in die Geschichtsbücher eingehen wird. Und doch hat das Virus unseren Alltag in diesem Jahr entscheidend geprägt und prägt ihn immer noch. Das Auf und Ab der Infektions- und Todeszahlen war entscheidend dafür, wie viele Menschen wir wo und wann treffen können, wie, wo und ob wir überhaupt arbeiten können und welche anderen Einschränkungen wir in Kauf nehmen müssen, um uns und alle anderen zu schützen.

Corona hat auch die Arbeit von Amnesty International im Jahr 2020 bestimmt. Seit November sind die Büros im Sekretariat der deutschen Sektion erneut weitgehend verwaist. Die Jahresversammlung der Organisation, bei der sich üblicherweise Hunderte Amnesty-Delegierte am Pfingstwochenende an einem Ort treffen, wurde zunächst verlegt und fand dann schließlich online statt. Wie diese digitale Großveranstaltung inklusive Abstimmungen und Wahlen funktioniert hat und welche Themen im Vordergrund standen, darüber berichten wir auf Seite 83. Unser Generalsekretär Markus N. Beeko nimmt in seiner Kolumne ebenfalls Bezug auf Corona: Er hofft nicht nur auf einen Impfstoff, sondern auf weltweite Impfstoffgerechtigkeit (Seite 7).

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe richtet den Blick auf Osteuropa und die autoritären Tendenzen, die dort in einigen Ländern zu beobachten sind. Zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fragen wir, wie es um die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedsländern bestellt ist. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit insbesondere Ungarn (Seiten 12–15) und Polen (Seiten 16–19). Ein Interview mit Amnesty International in Polen zum Frauenstreik und dem weit verbreiteten Protest im Land finden Sie auf [amnesty.de/journal](https://amnesty.de/journal).

Bleiben Sie gesund! Dieser Wunsch stand in den zurückliegenden vier Journalen jeweils am Schluss meines Editorials. Das ist wenig inspirierend und sehr monoton. Doch gibt es derzeit Schlimmeres als Monotonie. Ich hoffe sehr, dass ich es nun ein letztes oder zumindest ein vorletztes Mal wünsche und freue mich schon jetzt auf eine neue Wendung. Bis dahin aber gilt: Bleiben Sie gesund!



Foto: Gordon Welters

Maik Söhler ist verantwortlicher Redakteur des Amnesty Journals.

Fotos oben: Chris McGrath/Getty Images | Grzegorz Żukowski | Sead Husic Stanislaw Krupar | DDB Paris | Orlando Sierra/AFP/Getty Images Nick Cote/The New York Times//Redux/laif | Sarah Eick | Altitude Films



Foto: Ed Ram/Guardian/eyevine/laif

## KRIEG IN ÄTHIOPIEN

Der Angriff äthiopischer Regierungstruppen auf die im Nordwesten gelegene Region Tigray ist mit der Einnahme der Provinzhauptstadt Mekelle vorbei. Aber der Krieg wird wohl andauern. Denn der militärische Arm der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) hat sich in die Berge zurückgezogen und will von dort aus einen Guerillakampf gegen die Armee und deren Verbündete aus dem Nachbarland Eritrea führen. Anfang November hatte der äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed Truppen nach Tigray geschickt, nachdem die TPLF trotz Verbots eine Regionalwahl abgehalten und danach angeblich eine Militärbasis angegriffen hatte. Für seinen Friedensvertrag mit Eritrea hatte Abiy im Jahr 2019 den Friedensnobelpreis erhalten. Amnesty International hat die Aufmerksamkeit insbesondere auf ein Massaker gerichtet, dem im November in Mai-Kadra in der Region Tigray wohl Hunderte Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Täter konnten bislang nicht benannt werden. Tausende Menschen sind aus Tigray in benachbarte Staaten geflohen. (Foto: Äthiopische Flüchtlinge in Um Rakuba, Sudan, November 2020)

## 89 MASSNAHMEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus verabschiedet. Es wurde von einem Kabinettsausschuss beschlossen, der sich Anfang 2020 gegründet hatte, um dem zunehmenden Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland steht in den kommenden vier Jahren eine Milliarde Euro zur Verfügung. Das Maßnahmenpaket umfasst 89 Punkte, unter anderem eine intensivere Präventionsarbeit, eine Stärkung der Sicherheitsbehörden, schärfere Strafgesetze, Hilfen für Betroffene und ein engerer Austausch mit der Zivilgesellschaft. Auch ein Demokratieförderungsgesetz und eine verstärkte Sensibilisierung für Rassismus im öffentlichen Dienst sind vorgesehen. Amnesty International kritisiert jedoch, dass dem strukturellen Rassismus bei der Polizei zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. (Foto: Kundgebung gegen Rassismus in Hanau, August 2020)

Foto: Cigdem Ucinu/NarPhotos/laif



## EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: [www.amnesty.de/erfolge](http://www.amnesty.de/erfolge)

**BELARUS** Am 11. Oktober wurde **Victoria Biran** nach zwei Wochen Haft freigelassen. Die Aktivistin, die sich für die Rechte von LGBTI einsetzt, war am 26. September auf dem Weg zu einer Frauendemonstration in Minsk festgenommen worden, weil sie eine Regenbogenfahne trug. Zwei Tage später wurde sie zu 15 Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Amnesty International begrüßte die Freilassung von Victoria Biran nach 15 Tagen. In zahlreichen ähnlichen Fällen wurde die anfangs verhängte Haftzeit später verlängert. Allerdings hätte Victoria Biran niemals inhaftiert werden dürfen. Sie hat keine Straftat begangen, sondern wollte lediglich ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben.

**KAMERUN** Der politische Aktivist **Serge Branco Nana** erhält seit Oktober Zugang zu medizinischer Versorgung. Außerdem darf ihn seine Familie im Gefängnis in Mfou besuchen. Serge Branco Nana ist Mitglied der Oppositionspartei MRC und hatte sich nach der Präsidentschaftswahl im Oktober 2018 an Protesten beteiligt. Im Januar 2019 war er festgenommen und im Zentralgefängnis Kondengui in Yaoundé inhaftiert worden. Nachdem dort im Juli 2019 ein Aufstand ausgebrochen war, verurteilte man ihn wegen »Revolte« zu zwei Jahren Haft. Nach dem Gefängnisaufrührer soll er in der Abteilung für Innere Sicherheit der Armee gefoltert worden sein, bevor man ihn in nach Mfou im Süden Kameruns verlegte. Im Februar war seinem Bruder der Besuch verweigert worden.

**JORDANIEN** Wie erst im November bekannt wurde, hat ein jordanisches Jugendgericht die aus dem Jemen stammende Schülerin **Tujan al-Bukhaiti** im Juli 2020 für »nicht schuldig« befunden. Die 17-Jährige hatte sich in Online-Netzwerken zu religiösen und kulturellen Fragen geäußert und war daraufhin wegen »Blasphemie« und »Beleidigung religiöser Gefühle« angeklagt worden. Bei der polizeilichen Vorladung im Dezember 2019 war ihr Recht auf ein faires Verfahren verletzt worden, denn, als man ihre Aussage aufnahm, waren weder ihr Rechtsbeistand noch ihre Eltern anwesend. Der Prozess gegen die Jugendliche zog sich über Monate hin. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Amnesty International hatte sich mit einer Eilaktion für Tujan al-Bukhaiti eingesetzt.

**IRAN** Die Menschenrechtsverteidigerin **Narges Mohammadi** ist am 8. Oktober vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Die seit Mai 2015 zu Unrecht inhaftierte und schwerkranke Journalistin wies seit Juni Symptome einer Corona-Infektion auf. Die ehemalige Geschäftsführerin des inzwischen verbotenen Zentrums für Menschenrechtsverteidiger in Teheran war wegen Gründung einer illegalen Organisation, Gefährdung der nationalen Sicherheit und Propaganda gegen das System zu insgesamt 16 Jahren Haft verurteilt worden. Amnesty International setzte sich mit zahlreichen Aktionen für die gewaltlose politische Gefangene ein. Im Juli hatten 16 UN-Menschenrechtsexperten die iranischen Behörden aufgefordert, Narges Mohammadi umgehend freizulassen.

**RUSSLAND** Wie im Oktober bekannt wurde, ist der sibirische Schamane **Aleksandr Gabyshev** am 22. Juli aus der psychiatrischen Haft entlassen worden. Er war wegen offener Kritik an Präsident Putin ins Visier der Behörden geraten und am 12. Mai 2020 in eine neuropsychologische Einrichtung in Jakutsk gebracht worden. Nach Angaben seines Rechtsbeistands wurde er zunächst gezwungen, eine Einwilligung für die Einweisung zu unterschreiben. Später verfügte ein Gericht seine unbestimmte Zwangsunterbringung. Amnesty International hatte die Freilassung von Aleksandr Gabyshev aus der psychiatrischen Haft gefordert. Es ist anzunehmen, dass sie nach internationalem Druck erfolgte.



**MALAYSIA** Ein Gericht in Ipoh hat am 2. Oktober die Anklage gegen fünf Aktivistinnen und Aktivisten wegen Teilnahme an einer »nicht genehmigten Versammlung« fallen gelassen. **M. Sarasvathy, L. Danaletchumy, V. Santhiran, P. Jothi und C. Subramaniam Raja** hatten sich im Juni 2020 an einer Protestveranstaltung gegen ein Unternehmen beteiligt, das Reinigungskräfte für Krankenhäuser bereitstellt. Der friedliche Protest prangerte die unfaire Behandlung von Gewerkschaftsmitgliedern und die unzureichende Versorgung der Reinigungskräfte mit Corona-Schutz-ausrüstung an. Die Aktivistinnen und Aktivisten wurden nicht freigesprochen, es gilt aber als unwahrscheinlich, dass die strafrechtliche Verfolgung noch einmal aufgenommen wird.



MARKUS N. BEEKO ÜBER

## IMPfstoff-GERECHTIGKEIT

Foto: Bernd Hartung/Amnesty

Von Anfang an war das Covid-19-Virus international, selbst im Privaten. Im Februar war rasch klar, dass aus dem geplanten Familienbesuch in Ghana nichts werden würde. Auch unsere erste ernste Sorge um einen geliebten Menschen wegen Corona war international: Mein 82-jähriger Onkel in Schweden infizierte sich. Er war gestürzt, ins Krankenhaus gefahren und steckte sich dort an. Plötzlich war die Diskussion um die sogenannte Triage (also die Frage: Wer wird behandelt, wenn die Intensivbetten knapp werden?) nicht mehr abstrakt; meine Verwandten mussten insistieren, dass mein Onkel beatmet wird. Zum Glück war er nach einigen Wochen wieder wohl auf zu Hause.

Während die erste Corona-Infektion in unserer Familie im »reichen« Schweden auftrat, nahm die Sorge um Verwandte in anderen Teilen der Welt zu. Wie würde sich die Pandemie im globalen Süden entwickeln? Was bedeutete sie für afrikanische und südamerikanische Staaten? Zu Hause am Küchentisch rätselten wir, wie man den betagten Tanten und Onkeln in Ghana helfen könnte. Und fühlten uns dabei ziemlich hilflos.

Ende November waren weltweit rund 1,5 Millionen Corona-Tote zu beklagen – in den USA weit mehr als 250.000, in Brasilien mehr als 150.000, in Indien und Mexiko jeweils mehr als 100.000. Amnesty-Berichte erinnern außerdem daran, dass Millionen Menschen von schweren »Nebenwirkungen« der Pandemie betroffen sind: Hunger, Verlust des Einkommens, dem Wegfall von Bildung, Jugendschutz oder der Gesundheitsversorgung.

Weltweit hofft man nun auf Impfstoffe. Mitte September verkündete der Bundesgesundheitsminister, Deutschland habe sich rechtzeitig Impfdosen gesichert. Gleichzeitig wies die Organisation Oxfam darauf hin, dass sich reiche Nationen, in denen zusammen gerade 13 Prozent der Weltbevölkerung leben, bereits mehr als die Hälfte der Impfstoffproduktion gesichert hätten. Als sich im November die G-20-Staaten für ihre Initiative zur Impfstoffverteilung feierten, mahnte ehrlicherweise Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass viele Staaten noch ohne Impfstoffzusagen seien. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier forderte, Deutschland und Europa sollten ein Signal setzen und einen Teil ihrer Kontingente an ärmere Staaten abgeben.

Amnesty unterstützt mit der UNO und anderen Organisationen eine gerechte Verteilung, unter anderem durch das weltweite Impfstoff-Programm Covax. Und Amnesty ist Teil der Kampagne, die von der Welthandelsorganisation fordert, Hindernisse für eine faire, weltweite Versorgung mit Impfstoffen, Medikamenten und Schutzausrüstung aus dem Weg zu räumen. Es geht weiter um Menschenleben und darum, dass alle Staaten ihrer vielfältigen Schutzpflicht nachkommen können, dass Gesellschaften stabil bleiben, Unruhen und Gewalt vermieden werden.

Mein Onkel berichtete kürzlich, in Ghana seien alle sehr erleichtert, wie glimpflich man bislang durch die Pandemie gekommen sei. Man sei sehr diszipliniert und habe viel gelernt aus Erfahrungen mit dem Ebola-Virus in den Vorjahren. Am nächsten Tag las ich, dass der ehemalige ghanaische Präsident Jerry Rawlings nach einer Covid-19-Infektion verstorben sei.

Markus N. Beeko ist Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.



# INTERNATIONALE ÜBERWACHUNGS- GESCHÄFTE

Alles im Blick? Polizeizentrale in Istanbul, Mai 2020.

Firmen aus Europa, Israel und anderen Staaten verkaufen Überwachungstechnologie in die Türkei, obwohl dort Menschenrechte verletzt werden – auch mit Hilfe von Überwachung.

Dasselbe gilt für andere Länder. So dürfen europäische Unternehmen Gesichtserkennungssoftware nach China exportieren, ohne dass die dortige Menschenrechtslage und der mögliche Missbrauch berücksichtigt werden. Überwachungstechnologie fällt unter die sogenannten Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use-Güter), die entweder zivilen Zwecken dienen oder von Militär und Sicherheitskräften genutzt

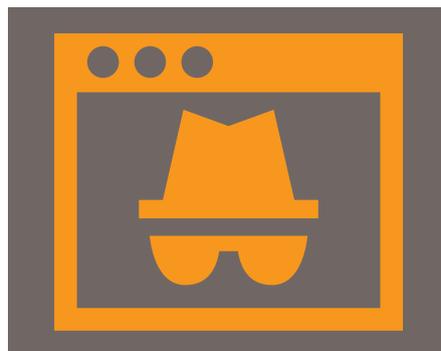
werden können. Bisher wurden Dual-Use-Güter zur Überwachung auch nach Katar, Saudi-Arabien und Ägypten exportiert, ohne dass sie von den europäischen Dual-Use-Exportkontrollen erfasst wurden.

Neben der schwedischen Firma MSAB und der israelischen Firma Cellebrite exportieren auch deutsche Unternehmen Technologie, mit der sich Menschenrechtsverteidiger überwachen lassen. So soll die deutsch-britische Firma FinFisher ihre Software »FinSpy« mutmaßlich ohne Kontrolle an die Türkei verkauft haben. »FinSpy« ist ein Programm, das auf Telefonate, Messengermitteilungen und Handy- bzw. Festplattendaten

zugreift. Außerdem lässt sich damit ein Mobiltelefon lokalisieren.

Die Ausführung von Dual-Use-Gütern aus der Europäischen Union ist genehmigungspflichtig. Für Software wie »FinSpy« hat die Bundesregierung jedoch nach eigener Aussage schon lange keine Lizenz mehr erteilt. Weil der Verkauf von »FinSpy« illegal gewesen sein könnte, ermittelt die Staatsanwaltschaft München gegen die Firma. Auch die Sicherheitsbehörden in Mexiko und Bahrain nutzten Produkte von FinFisher. Wenn Dual-Use-Güter eingesetzt werden, um Menschenrechtsverteidiger auszuspionieren, kann das verheerende Konsequenzen haben.

**Amnesty fordert, EU-Mitgliedsstaaten sollen keine Exportgenehmigungen für Dual-Use-Güter erteilen, wenn das Risiko besteht, dass diese zu Menschenrechtsverletzungen beitragen.**



Icon: The Noun Project

ZWISCHEN 2015 UND 2019  
SOLL DIE BUNDESREGIERUNG  
DEN EXPORT VON  
**ÜBERWACHUNGSTECHNIK**  
IM WERT VON MEHR ALS  
**26** **MILLIONEN**  
**EURO**  
GENEHMIGT  
HABEN.

PETER STEUDTNER

# »NICHT SELTEN FÜHRT ÜBERWACHUNG ZU VERHAFTUNGEN«

Der Menschenrechtstrainer und Dokumentarfilmer **Peter Steudtner** war wegen Terrorismusvorwürfen zusammen mit zehn weiteren Menschenrechtsverteidigern in der Türkei angeklagt. Im Juli 2020 wurde er nach einem langwierigen Prozess freigesprochen. Er spricht darüber, wie er ausspioniert wurde – mit Dual-Use-Gütern aus Schweden und Israel.

Interview: Lea De Gregorio

### In welchem Zusammenhang wurden Sie überwacht?

Das passierte, nachdem ich 2017 während eines Trainings für Menschenrechtsverteidiger\_innen in der Türkei verhaftet wurde. Bei dem Training ging es um den Umgang mit Stress und Traumata und um Datensicherheit. Polizist\_innen stürmten den Raum, sie sagten: »Sitzen bleiben, Handys, Laptops nach vorne«. Sie haben alle Geräte der Teilnehmenden konfisziert. Nach 100 Tagen in Gewahrsam und Haft wurden sie dann unseren Anwälten übergeben.

### Was haben Sie gedacht, als Sie erfahren haben, dass Sie ausspioniert wurden?

Ich war erleichtert, festzustellen, dass sie die verschlüsselten Daten nicht auslesen konnten. Meine Festplatten hatte ich verschlüsselt – glücklicherweise. Es war ein erschreckendes Gefühl zu merken: Wenn die Verschlüsselung nicht gehalten hätte, hätten Kontakte zu Menschenrechtsverteidigern und vertrauliche Informationen freigegeben werden können.

### Woher wissen Sie, auf welche Daten die Behörden Zugriff hatten?

Nachdem ich die Geräte zurückbekommen habe, habe ich überlegt: Wie finde ich heraus, welche Daten sie öffnen konnten? Ich habe die Quirium Media Foundation gebeten, meine Daten forensisch zu durchsuchen. Und die haben dann bestätigt, dass mit einer Software der schwedischen Firma MSAB und einer Technologie der israelischen Firma Cellebrite auf meine Festplatten zugegriffen worden ist.

### Es wurden also Dual-Use-Güter genutzt?

Ja. Und nicht nur in diesem Fall. Ich erinnere mich, wie ich



Foto: Gregor Zielke / Panphotobos.org

in einem türkischen Gefängnis auf dem Rücken lag und nach oben schaute. An der Decke der Zelle sah ich, dass die Überwachungskameras von der deutschen Firma Telefonken kommen.

### Warum ist die Überwachung für Menschenrechtsverteidiger\_innen so gefährlich?

Es ist gefährlich, wenn Regierungen oder Behörden Informationen bekommen, die sie gegen den Menschenrechtsverteidiger\_innen einsetzen können. Nicht selten führt Überwachung zu Verhaftungen. Wenn Gruppierungen in einem Land verboten sind und Menschenrechtsverteidiger\_innen Kontakt zu ihnen haben, wird ihnen ein Strick daraus gedreht.

### Wie kann die Überwachung von Menschenrechtsverteidiger\_innen verhindert werden?

Ganz verhindern kann man das nicht. Wichtig ist, zu wissen, welche Informationen man über welches Medium kommuniziert. Normale Telefonanrufe oder SMS sind wie Postkarten. Die können leicht abgegriffen werden. Wer Angst hat, ausspioniert worden zu sein, sollte alles überprüfen lassen. Wesentlich ist auch der gesetzliche Rahmen. Die Frage ist, welche Güter exportiert werden dürfen, damit Regierungen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, diese Tools nicht einsetzen.

### Was müsste dafür auf europäischer Ebene getan werden?

Wenn eine Firma Software oder Hardware herstellt, die zur Überwachung genutzt werden kann, sollte bei Exporten eine Risikoabschätzung zur Pflicht gemacht werden. Es muss gesetzlich festgeschrieben werden, dass Technologien nicht dafür genutzt werden dürfen, Menschenrechtsverletzungen zu begehen.



# Autoritäre Tendenzen in Osteuropa

**In Ungarn demontiert der Rechts-Staat immer mehr den Rechtsstaat. In Polen richtet sich die konservative Regierung auch gegen Minderheiten. Zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina bekommen Flüchtende die Härte der Grenzpolizei zu spüren. Und Roma haben es in vielen Staaten Osteuropas schwer. Düsterer Osten? Von wegen! Wo es autoritär zugeht, da ist auch Widerspruch. In Belarus reißt der Protest gegen Präsident Lukaschenko nicht ab. Und die Justiz wendet sich nun endlich den Verbrechen der Vergangenheit im Kosovo zu.**

**Von staatlicher Autorität unbeeindruckt.**

Protest gegen ein neues Arbeitsrecht,  
Budapest im Januar 2019.

Foto: Marton Monus/MTI/AP/pa



Haben genug von der Regierung. Demonstration in Budapest gegen Orbáns Eingriffe in den Rechtsstaat im Januar 2019.

# »In sehr schlechtem Zustand«

In Ungarn werden Recht und Rechtsstaatlichkeit immer stärker missachtet. Justiz, Zivilgesellschaft und Journalismus erleben das auf sehr einschneidende Weise. Von Keno Verseck



Foto: Chris McGrath/Getty Images

**D**ie Bewerbung war erfolgreich. In der Stiftung »Mit der Kraft der Menschlichkeit« freuten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nun würden sie ihr lange geplantes Bildungsprogramm für Jugendliche zum Demokratieverständnis finanzieren und umsetzen können.

Dann kam ein Brief. Die Stiftung solle eine Erklärung nachreichen, in der sie deklariere, dass sie »aus dem Ausland unterstützt« werde. Andernfalls werde man das Projektgeld nicht auszahlen. »Als ich den Brief gesehen habe, konnte ich es nicht fassen«, sagt Zoltán Mester, der Sprecher der Stiftung.

Die zivilgesellschaftliche Organisation betreibt in der südungarischen Universitätsstadt Pécs und deren Umland Bildungs-, Jugend- und Sozialprojekte. Viele Angebote richten sich an ärmere und benachteiligte Menschen, beispielsweise an Roma. Im Frühjahr 2020 bewarb sie sich im Rahmen des EU-Jugendprogramms Erasmus+ um Fördergeld für ein von ihr konzipiertes Bildungsprojekt, mit dem sie staatsbürgerliches und demokratisches Bewusstsein bei Jugendlichen fördern wollte. Es war als grenzüberschreitendes Projekt geplant; die Stiftung hatte Partnerorganisationen in Kroatien, Italien und Spanien, sie selbst fungierte als Koordinatorin.

Ihre Bewerbung richtete sie an die »Öffentliche Stiftung Tempus«, die in Ungarn für die Verteilung des Brüsseler Erasmus-Geldes verantwortlich ist. Insgesamt ging es um eine Summe von 72.000 Euro, die auch bewilligt wurde. Doch dann forderte Tempus im Nachhinein eben jene schriftliche

Erklärung darüber, dass die Stiftung »aus dem Ausland unterstützt« werde.

Die staatliche Institution nahm dabei Bezug auf eines der umstrittensten Gesetze, die Viktor Orbáns Regierung im vergangenen Jahrzehnt erlassen hat – das sogenannte »NGO-Gesetz« von 2017. Es verpflichtet Nichtregierungsorganisationen, auf allen Dokumenten das Label »aus dem Ausland unterstützt« anzubringen, wenn sie umgerechnet mehr als 20.000 Euro jährlich aus dem Ausland erhalten.

### Grundwerte der EU

Mit dem Gesetz wollte Orbáns Regierung vorgeblich mehr Transparenz schaffen – obwohl NGOs in Ungarn ihre Finanzierung ohnehin offenlegen müssen. In Wirklichkeit ging es darum, NGOs, die in Ungarn eine wichtige Watchdog-Funktion haben, in der Öffentlichkeit zu brandmarken: als ausländische Agenten oder Handlanger des ungarischstämmigen US-Börsenmilliardärs und Philanthropen George Soros, der seit Jahren Zielscheibe von antisemitischen Kampagnen der Orbán-Regierung ist.

Mehr als 30 größere NGOs, darunter auch Amnesty International, erklärten nach der Verabschiedung, dass sie das Gesetz nicht befolgen würden, und klagten dagegen. Auch die Stiftung

## Im Juni 2020 erklärte der EuGH das ungarische NGO-Gesetz für nicht vereinbar mit EU-Recht.

»Mit der Kraft der Menschlichkeit« schloss sich dem Akt des zivilen Ungehorsams an, denn auch sie erhält für ihre Arbeit Geld aus dem Ausland, im Wesentlichen von Soros' Open Society Foundations. Staatlich sanktioniert wurden die NGOs für ihren Ungehorsam nicht.

Im Juni 2020 erklärte der Europäische Gerichtshof das NGO-Gesetz für unvereinbar mit EU-Recht. Ungarn hätte das Gesetz daraufhin sofort außer Kraft setzen müssen. Doch das geschah nicht. Stattdessen wurde es im Falle der Pécs'er Stiftung erstmals angewandt: Weil sich die Stiftung weigerte, die von Tempus geforderte schriftliche Erklärung abzugeben, wurde ihr das Projektgeld nicht ausgezahlt.

»Jahrelang hat dieses Gesetz wie ein Damoklesschwert über uns geschwebt«, sagt Zoltán Mester. »Dann hat der Europäische Gerichtshof es für unvereinbar mit EU-Recht erklärt. Dennoch haben sie es gegen uns angewendet.« Besonders abwegig sei, »dass Tempus Geld verwaltet, mit dem EU-Grundwerte gefördert werden sollen, aber die Auszahlung des Geldes mit einem Gesetz verhindert, das genau diesen Werten widerspricht«.

Klagen konnte die Stiftung gegen die Entscheidung nicht, das ließen die Bewerbungsbedingungen nicht zu. Die Causa beschäftigte jedoch die EU-Kommission – sie forderte die ungarische Regierung mehrfach schriftlich auf, das NGO-Gesetz zurückzunehmen. Bisher erfolglos. Ob die EU deswegen ein neues Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn anstrengt, ist offen.



Foto: Attila Kisbenedek/AFP/Getty Images

Erbst. Zoltán Mester von der Stiftung »Mit der Kraft der Menschlichkeit«.

Es war nicht das erste Mal, dass die Stiftung mit Orbáns System in Konflikt geriet. Politiker der Regierungspartei Fidesz veranstalten in Pécs immer wieder Kampagnen gegen die Stiftung, weil sie angeblich massenhaft illegale Migranten in die Gegend holen wolle oder für eine Verbreitung von Homosexualität werbe.

Öffentliche Schulen arbeiten kaum noch mit der Stiftung zusammen. Vor zwei Jahren zog ein Vermieter einen unterschäftsreifen Vertrag über neue Büroräume zurück, weil er geschäftliche Nachteile befürchtete. »Leider werden wir systematisch schikaniert«, sagt Zoltán Mester. »Das Gute ist allerdings, dass wir auch Solidarität erfahren. Zum Beispiel arbeiten inzwischen viele private konfessionelle Schulen mit uns zusammen.«

### Propagandajournalismus auf fast allen Kanälen

Ungarn im Herbst 2020. Viktor Orbán regiert seit gut einem Jahrzehnt und hat sein Land in dieser Zeit in einer Weise antidemokratisch umgekrempelt, wie es für ein EU-Land beispiellos ist. Dabei war es dem ungarischen Premier lange Zeit wichtig, formal die Legalität seines Vorgehens zu wahren. Doch das scheint dem promovierten Juristen Orbán inzwischen gleichgültig zu sein. Seine Regierung missachtet Recht und Gerichtsurteile mittlerweile ganz offen. Dafür steht der Fall der Stiftung »Mit der Kraft der Menschlichkeit«, die mit Hilfe eines Gesetzes sanktioniert wird, welches das ungarische Parlament längst hätte abschaffen müssen. Es ist ein Präzedenzfall. Und ein Zeichen dafür, wie weit die Umgestaltung Ungarns zu einem »illiberalen Staat« nach einem Jahrzehnt Orbán gediehen ist.

In fast jedem staatlichen und gesellschaftlichen Bereich können Menschen davon berichten, wie sie zermürbt werden,

wenn sie sich nicht regierungskonform verhalten. Zu den ersten, die das nach Orbáns Machtantritt im Mai 2010 zu spüren bekamen, gehörten Journalistinnen und Journalisten. Ausgestattet mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit schuf Orbán zunächst einen neuen institutionellen Rahmen und gestaltete die öffentlich-rechtlichen Medien radikal um. Sie sind längst völlig gleichgeschaltet und bieten praktisch nur noch Propagandajournalismus. Dass in ihnen Zensur herrscht, ist belegt.

Im Fall der privaten Medien ging Orbáns Regierung anders vor. Sie wurden von staatlicher Werbung, die auf dem kleinen ungarischen Medienmarkt eine wichtige Rolle spielt, abgeschnitten. Informell wurde auch der Privatwirtschaft bedeutet, in unabhängigen privaten Medien keine Werbung mehr zu schalten. Zudem kauften sich Orbán-nahe Mittelsmänner durch obskure Deals zunehmend in private Medien ein.

Vorläufiger Höhepunkt dieser Strategie war vor zwei Jahren eine Aktion, die aus einem Mafiamovie hätte stammen können: Im November 2018 »spendeten« regierungsnaher Unternehmer an einem Tag insgesamt 476 private Medientitel – Radio- und Fernsehsender, Zeitungen, Magazine und Newsportale – an die neu gegründete staatliche »Mittleuropäische Presse- und Medienstiftung« (Kesma). Damit ist die überwiegende Mehrheit der Medien nun Teil einer Orbán-treuen staatlichen Institution.

Die preisgekrönte Journalistin Veronika Munk hat an prominenter Stelle erlebt, wie die Medienvielfalt in Ungarn immer weiter eingeschränkt wurde. Sie arbeitete fast zwei Jahrzehnte lang bei Index, dem meistgelesenen ungarischen Nachrichtenportal. Im Frühjahr 2020 kaufte sich ein Orbán-naher Medienmanager bei der Anzeigenfirma von Index ein und wollte die Redaktion umstrukturieren. Als der Index-Chefredakteur Sza-



Machen der Regierung Druck. Redakteure der Nachrichtenseite Telex.

bolcs Dull dagegen protestierte, wurde er entlassen. Daraufhin solidarisierte sich die gesamte Redaktion und kündigte kollektiv – eine einzigartige Protestaktion in der ungarischen Mediengeschichte. Verkündet wurde sie von Veronika Munk, der stellvertretenden Chefredakteurin.

Sie leitet seitdem das von der ehemaligen Index-Redaktion neu gegründete Portal Telex, das sich durch Crowdfunding finanziert. Für Munk war der Fall Index einer der tiefsten Einschnitte in die Medienfreiheit in den vergangenen Jahren, dennoch möchte sie nicht vom Ende der Pressefreiheit sprechen: »Man muss differenzieren«, sagt sie. »Telex hat eine halbe Million Leser täglich, und wir schreiben, was wir wollen. Das zeigt, dass es noch Pressefreiheit gibt. Nur ist sie in einem sehr schlechten Zustand.«

### Staat versus Recht

Auch Erzsébet Diós möchte nuancieren, obwohl sie allen Grund hätte, es nicht zu tun. Als Strafrichterin machte sie sich in prominenten ungarischen Korruptions- und Untreueverfahren vor und nach der Jahrtausendwende einen Namen. Sie gehörte 2012 zu jenen mehreren hundert Richtern, die von der Orbán-Regierung per Erlass zwangspensioniert wurden.

Vorgeblich war die Maßnahme Teil einer Justizreform, tatsächlich ging es darum, auch in der Richterschaft einen Wechsel zu erzwingen. Nachdem das ungarische Verfassungsgericht die Verordnung für grundgesetzwidrig erklärt hatte, kehrte Diós 2013 als eine der wenigen auf ihren Posten zurück – die meisten Richterinnen und Richter fanden sich mit dem erzwungenen Ruhestand ab.

Das Kapitel Zwangspensionierung ist nur eines aus der jahrelangen Justizsaga, deren Ende nicht absehbar ist. Einer ihrer Höhepunkte war Anfang 2012 die Schaffung der Landesgerichtsbehörde OBH, einer Art oberster Leitung der Richterschaft, die mit fast unbegrenzter Macht über Richter und Gerichtsverfahren ausgestattet wurde. Chefin der Behörde wurde Tünde Handó, die Ehefrau des Fidesz-Politikers und Orbán-Vertrauten József Szájer, der auch Hauptautor der neuen ungarischen Verfassung von 2012 war. In Handós Amtszeit kam es zu zahllosen schwerwiegenden Zusammenstößen zwischen ihr und einem Teil der Richterschaft, sodass sie ihre eigentlich neunjährige Amtszeit 2019 vorzeitig beenden musste und auf den Posten einer Verfassungsrichterin »weggelobt« wurde. Es war ein pragmatischer Rückzieher von Orbán und seiner Regierung – kein Sieg des unabhängigen Teils der Richterschaft.

Erzsébet Diós, die 2018 in den regulären Ruhestand trat, sieht die Justiz in Ungarn in einem Zwischenzustand: »Ich denke, dass die Richter ihre Entscheidungen auch heute noch auf der Basis ihrer inneren beruflichen Überzeugungen treffen«,

**»Man kann nicht sagen, dass kein Rechtsstaat mehr existiert. Aber wir sind auf dem Weg dahin.«  
Richterin Erzsébet Diós**



Foto: Jarek Godlewski

**Bleibt und kämpft.** David Vig von Amnesty International Ungarn.

sagt sie. »Aber es ist immer mehr zu spüren, dass die Regierungen eine größere Loyalität von ihnen erwarten. Man kann nicht sagen, dass kein Rechtsstaat mehr existiert, aber wir sind auf dem Weg dahin.«

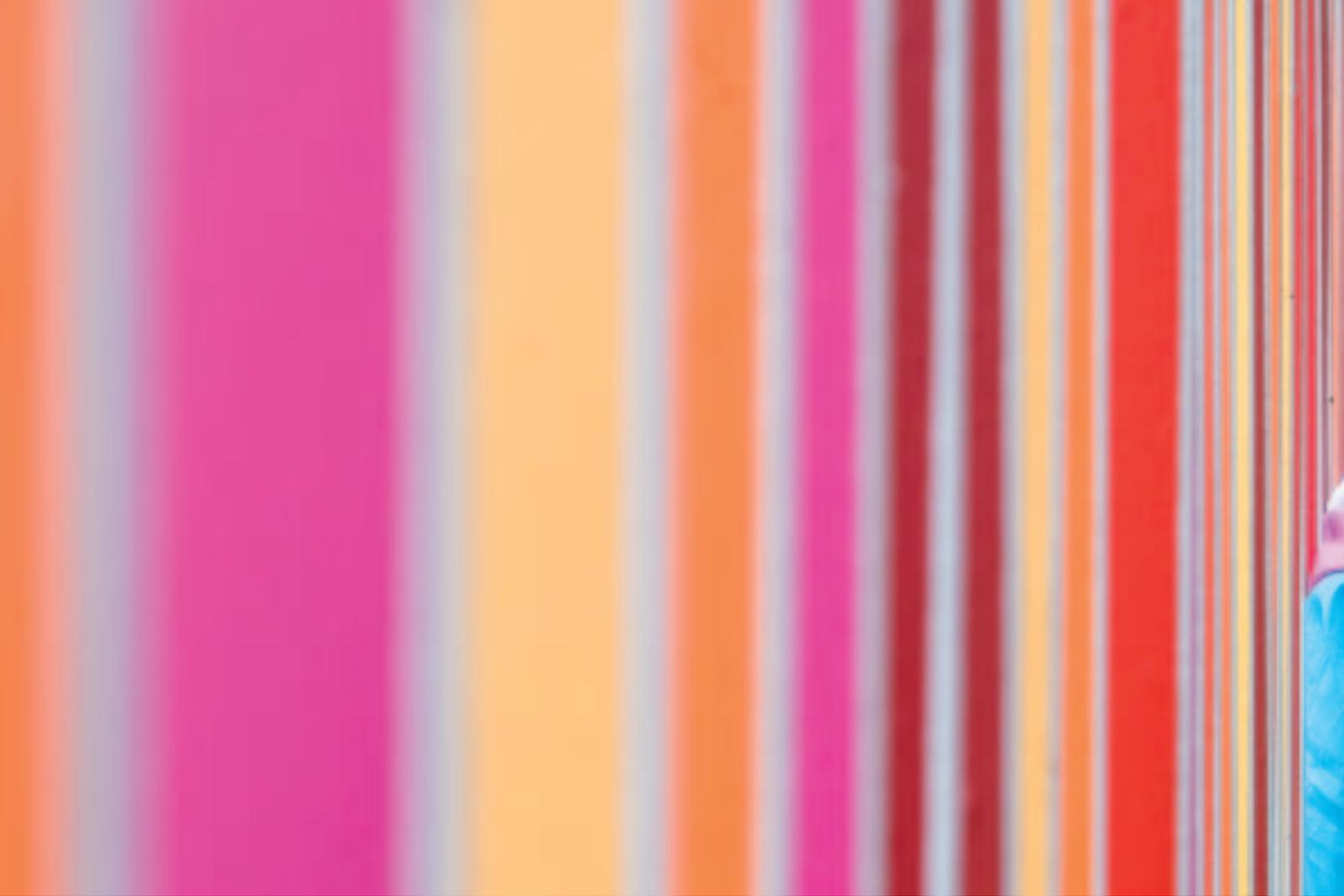
### Vergiftetes Klima

Das Abgleiten Ungarns in ein System, das dabei ist, immer undemokratischer zu werden, hat viele Facetten. Es äußert sich auch in einem erdrückenden öffentlichen Klima, in dem all jene, die sich dem herrschenden Diskurs verweigern, als Feinde, Heimatverräter, »Migrantenstreichler« oder »Gender-Idioten« diffamiert werden. Und es führt dazu, dass vor allem junge Menschen in großer Zahl Ungarn gen Westen verlassen.

Auch Dávid Vig lebte einige Zeit im Ausland – in Berlin. Er erinnert sich gern an diese Zeit und schwärmt von der deutschen Hauptstadt. Doch dann kehrte er nach Ungarn zurück, weil er es als seine Aufgabe empfand, nicht wegzulaufen. Der Jurist hat als Rechtsexperte in verschiedenen ungarischen und internationalen Organisationen gearbeitet, seit Ende 2018 leitet er die ungarische Sektion von Amnesty International. Wenn man ihn fragt, wie er das Jahrzehnt unter Orbán bewertet, kann auch er sehr nuanciert und mit vielen juristischen Details antworten.

Doch auf die Frage, was ihm am schwerwiegendsten erscheint, gibt er eine ganz persönliche Antwort: »Die Gräben in Ungarn werden immer tiefer, die Gesellschaft ist extrem polarisiert«, sagt Vig. »Wir haben ein völlig vergiftetes öffentliches Klima, sogar in vielen Familien wird nicht mehr miteinander gesprochen. Obdachlose, Migranten und Roma sind auf eine Weise Sündenböcke, die zutiefst erschreckend ist. Ich hatte früher Freunde, die völlig anderer Meinung waren. Trotzdem haben wir miteinander gesprochen und zusammen gefeiert. Das geht schon lange nicht mehr.« ■

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen:  
[www.amnesty.de/app](http://www.amnesty.de/app)



»Es gibt noch andere Menschen, die so sind wie ich«. Maja Heban in Warschau, November 2020.

# Gehen oder bleiben?

**Die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI) in Polen ist katastrophal, vor allem transgeschlechtliche Menschen haben es schwer. Wenn sie ihren Personenstand ändern wollen, müssen sie die eigenen Eltern verklagen.**

**Aus Warschau und Krakau von Lisa Kuner und Elias Dehnen (Text) und Grzegorz Żukowski (Fotos)**



## Selbst wenn die Krankenkasse zahlt, bleiben viel Bürokratie und lange Wartezeiten.

liche Menschen kämpfen, um diese harte Zeit zu überleben«, sagt Emilia Wiśniewska von der NGO Trans-Fuzja. »Und wir fürchten, dass es noch schlimmer wird.«

### Outing vor der Familie

Wit Kania steht noch am Anfang seiner Transition. Der 25-jährige Psychologe lebt in Krakau und arbeitet in der Aidshilfe. Er brauchte lange, um sich über seine Geschlechtsidentität klarzuwerden. »Schon als kleines Kind konnte ich mich nicht als Mädchen identifizieren«, sagt er. Inzwischen weiß er, dass er ein schwuler Mann ist, der in einem Frauenkörper steckt. Bald möchte er mit einer Hormontherapie beginnen. Davor will er sich einer großen Herausforderung stellen: Sich vor seiner Familie outen. »Ich versuche, den Mut dazu zu finden«, sagt Kania.

Auch für Maja Heban war das Outing vor ihrer Familie als Jugendliche nicht einfach. Ihre Mutter war überfordert, nachdem Heban ihr sagte, sie sei eine Frau. Lange wurde das Thema dann einfach totgeschwiegen. »Das Warten hat mich innerlich fast umgebracht«, erinnert sie sich. Heban ritzte sich, begann, Pillen zu horten. Irgendwann lenkte Hebans Familie ein, und sie machte den ersten Termin beim Arzt.

In Polen gibt es keine verbindlichen, medizinischen Richtlinien dafür, wie man mit der Transition von transgeschlechtlichen Menschen umgehen kann. Nur wenige Ärzt\_innen haben sich auf ihre Behandlung spezialisiert, sie sind vor allem in größeren Städten wie Warschau und Krakau zu finden. Einer von ihnen ist Bartosz Grabski, der Leiter der Abteilung für Sexologie am Universitätsklinikum in Krakau. Im Laufe der Jahre hat er sich als Spezialist für die psychologische und medizinische Begleitung von transgeschlechtlichen Menschen einen Namen gemacht. »Transgeschlechtliche Menschen sind in Polen schwierigen Bedingungen ausgesetzt, die sie zu einer der vulnerabelsten Gruppen der Gesellschaft machen«, stellt Grabski fest. »Oft haben sie auch nicht dieselbe politische Öffentlichkeit wie Schwule oder Lesben, werden unsichtbar gemacht.«

Die Mehrheit seiner Patient\_innen sucht Unterstützung beim bevorstehenden Transitionsprozess. Grabski hat bereits unzählige medizinische Gutachten verfasst, die transgeschlechtliche Menschen vor Gericht benötigen, um ihr Geschlecht auch auf dem Papier anpassen zu können. Das ist möglich, auch wenn es in Polen kein Gesetz gibt, das das regelt.

### Das Veto des Präsidenten

Seit Jahren wird eine Gesetzeslücke im Zivilgesetz 189 ausgenutzt. Transgeschlechtliche Menschen müssen dabei ihre Eltern verklagen, weil diese ihnen – so die Logik der Rechtsprechung – nach der Geburt das falsche Geschlecht zugewiesen hätten. Dies sei eine enorme Belastung, sagt Maja Heban: »Du musst praktisch dein ganzes Leben offenlegen.« Sie ist diesen Schritt vor

**M**aja Heban war 17, als ihr klar wurde, dass sie transgeschlechtlich ist. Sie wuchs im konservativen Südosten Polens auf dem Land auf und hatte noch nie etwas von verschiedenen Genderidentitäten gehört. Erst als sie im Schulunterricht einen Aufklärungsfilm sah, in dem transgeschlechtliche Menschen vorkamen, merkte sie: »Es gibt noch andere Menschen, die so sind wie ich«.

Für die heute 30-jährige war dieser Film ein großes Glück, denn an polnischen Schulen gehört Sexualaufklärung nicht zum normalen Unterrichtsstoff. Schon vorher hatte Heban gefühlt, dass sie eine Frau ist. In der Schule litt sie unter Mobbing, weil sie anders war, als von ihr erwartet wurde, und hatte depressive Phasen. Der Film machte ihr deutlich, dass sie eine Veränderung brauchte, eine Transition, wie sie es nennt. Damit würde ihr Leben zwar zunächst schwerer, doch würde sich wenigstens eine Perspektive eröffnen.

Die Situation in Polen ist für die gesamte LGBTI-Community angespannt. Sie hat sich seit 2015 noch einmal verschlechtert, denn rechtskonservative Politiker\_innen sowie Vertreter\_innen der katholischen Kirche setzen seither bewusst auf Hetze als politische Strategie. Präsident Andrzej Duda sagte im Juni, LGBTI seien »keine Menschen, sondern eine Ideologie«.

Transgeschlechtliche Menschen trifft der Hass besonders. Nach einer Studie verschiedener LGBTI-Organisationen haben fast 80 Prozent von ihnen in den vergangenen zwei Jahren Gewalt wegen ihrer Geschlechtsidentität erlebt. »Transgeschlecht-

acht Jahren gegangen. Damals hatte sie bereits die volle Unterstützung ihrer Eltern. Andere haben weniger Glück: »Es gibt Fälle, in denen die Eltern die legale Geschlechtsanpassung verhindern oder verzögern«, sagt Julia Kata von Trans-Fuzja. Die NGO hatte zusammen mit der transgeschlechtlichen Parlamentsabgeordneten Anna Grodzka einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die rechtliche Situation verbessern sollte. 2015 stimmte das Parlament dem Vorhaben zu – das Gesetz trat jedoch nie in Kraft, weil Präsident Andrzej Duda als eine seiner ersten Amtshandlungen ein Veto dagegen einlegte.

Für die nähere Zukunft gebe es wenig Hoffnung, dass sich die rechtliche Situation verbessere, sagt Kata: »Sogar die aktuelle Gesetzeslücke könnte noch geschlossen werden.« Problematisch sei auch, dass sich verheiratete Paare vor einer legalen Geschlechtsanpassung scheiden lassen müssen, denn gleichgeschlechtliche Ehen gibt es im polnischen Recht nicht.

Besonders schwer haben es nicht-binäre Menschen, also solche, die nicht ins Frau-Mann-Schema passen. Sie würden von Gerichten meist nicht ernst genommen, und viele Ärzt\_innen wüssten nicht, wie sie sie behandeln sollten, berichtet Emilia Wiśniewska von Trans-Fuzja. Viel Aufmerksamkeit erfuhr im Sommer 2020 der Fall der nicht-binären LGBTI-Aktivistin Margot. Die Polizei nahm sie in Warschau fest und warf ihr vor, sie habe Denkmäler mit Regenbogenflaggen verziert und ein Fahrzeug von Abtreibungsgegner\_innen der homofeindlichen Stiftung »Für das Recht zum Leben« beschädigt. Nach der Festnahme Margots kam es in Warschau zu Auseinandersetzungen zwischen LGBTI-Aktivist\_innen und der Polizei, bei denen weitere Protestierende inhaftiert wurden. Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, kritisierte die Festnahme und forderte die sofortige Freilassung der Aktivistin. Sie musste jedoch drei Wochen in Untersuchungshaft verbringen – in einem Männergefängnis. Einige polnische Medien verwendeten in der Berichterstattung wiederholt Margots nach der Geburt vergebenen, aber inzwischen abgelegten, männlichen Namen.

### Transsexualität als psychische Störung

In seiner Klinik beobachtet Grabski, wie hart die verbalen Angriffe Rechtskonservativer aus Politik und Kirchen seine Patient\_innen treffen: »Sie leiden und haben Angst vor körperlichen Angriffen und sozialer Ablehnung, wenn sie mit solchen menschenverachtenden Aussagen konfrontiert werden.«

Eine Tendenz, die auch Julia Kata von Trans-Fuzja wahrnimmt: »Die Nachfrage nach unseren Beratungsangeboten steigt«, sagt sie. Vor allem jüngere Menschen kämpften häufig mit mentalen Erkrankungen. Wegen der Corona-Pandemie sei es jedoch schwierig, allen Anfragen gerecht zu werden. Nach einer Studie mehrerer LGBTI-Organisationen haben mehr als 70 Prozent der transgeschlechtlichen Menschen in Polen Suizidgedanken, und eine Mehrheit leidet unter Depressionen.

»Bevor ich an die Uni kam, hatte ich nie das Gefühl, dass es Raum gab, um über meine Trans-Identität zu sprechen«, sagt Wit Kania. Richtig schwierig wurde es für ihn in der Pubertät, als sein Körper immer sichtbarer weiblich wurde. Er wurde mager-süchtig, seine Eltern schickten ihn zu einer Psychologin – aber nicht einmal dort traute er sich, anzusprechen, dass er keine Frau war. Inzwischen wissen seine Freund\_innen in Krakau Bescheid über seine Geschlechtsidentität.

Schon die erste Diagnose bereitet transgeschlechtlichen Menschen Probleme. Eine Behandlung über die Krankenkasse kann nur dann beantragt werden, wenn die Diagnosen F64.0



(Transsexualismus) oder F64.8 (sonstige Störungen der Geschlechtsidentität) festgestellt werden. Diese Diagnosen seien jedoch problematisch, betont Grabski, da Transsexualität als psychische Störung festgeschrieben werde. Die hormonelle Behandlung wird häufig nicht von der Krankenkasse bezahlt. »Trans-Frauen bekommen Östrogene verschrieben, wobei nur einige erstattet werden – und dies auch nur für die Diagnose F64.0. Trans-Männern wird üblicherweise Testosteron verschrieben, was ebenfalls nicht von der Krankenkasse übernommen wird«, sagt Grabski.

Selbst wenn die Krankenkasse zahlt – die Kostenübernahme ist mit viel Bürokratie und langen Wartezeiten verbunden. Viele transgeschlechtliche Menschen tragen die Kosten selbst, weil sie schnelle Hilfe brauchen. »Für meine Transition haben meine Großeltern bezahlt«, erzählt Heban. »Allein hätte ich mir das als Studentin gar nicht leisten können.«

Die Kosten summieren sich – allein die Operation des Oberkörpers koste häufig mehr als 4.000 Euro, erklärt Kata. Einige transgeschlechtliche Personen starteten Fundraising-Aktionen, um die Kosten ihrer Behandlung zu decken. Trans-Fuzja versucht ebenfalls, Hilfsmittel bereitzustellen und zu unterstützen.

### Fortschritte an der Universität

Nicht immer wird die Behandlung von vertrauenswürdigen Expert\_innen vorgenommen. Als Maja Heban Anfang der 2000er-Jahre mit ihrer Transition anfang, gab es nur wenige Ärzt\_innen, die sich auf transgeschlechtliche Menschen spezialisiert hatten, im Raum Krakau nur einen Spezialisten. Zwar fühlte sie sich



**Sieht für sich  
in Polen keine  
Zukunft.**

Wit Kania  
in Krakau,  
November 2020.

dort grundsätzlich gut behandelt, der Arzt machte aber immer wieder Fotos von ihrem nackten Körper und sprach sie nach der Operation plötzlich mit ihrem alten Namen an. Auch der Sexologe Grabski, weiß, dass nicht alle Ärzt\_innen transgeschlechtliche Menschen ideal behandeln: »Einige Methoden haben schon lange ausgedient, etwa Fragen nach dem Masturbationsverhalten oder die Forderung, dass man vor einer körperlichen Transition erst eine langjährige Psychotherapie durchlaufen muss.«

Der Mediziner beobachtet dennoch einen Mentalitätswechsel in seinem Fachbereich: »Wir von der Polnischen Sexologischen Gesellschaft haben Empfehlungen für die Behandlung von Menschen mit Genderdysphorie veröffentlicht, die sich an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Danach richten sich nun viele Kolleginnen und Kollegen.«

Emilia Wiśniewska von Trans-Fuzja hat wenig Hoffnung, dass sich die Situation in Polen bald verbessert. Die NGO betrieb in Warschau bis 2016 eine Schutzunterkunft für Menschen, die

nicht länger in ihren Familien leben konnten. Diese wieder zu eröffnen, sei nötiger denn je – aber das Geld dafür fehlt. Sie wünscht sich mehr Unterstützung aus dem Ausland und EU-Sanktionen gegen die polnische Regierung.

Maja Heban lebt heute in Warschau. Inzwischen geht sie offen damit um, dass sie transgeschlechtlich ist. Als Aktivistin macht sie im Netz regelmäßig auf die Probleme der Trans-Community im Land aufmerksam: »Ich habe das Gefühl, es gibt einen Wettbewerb, wer sich am homophobsten äußert.« Trotz aller Probleme sieht sie auch Verbesserungen: Seit Ende September können Studierende an der Universität Krakau selbstständig ihren Namen im System anpassen. Heban musste vor zehn Jahren noch jede Professorin und jeden Professor einzeln bitten, ihren Namen in den Listen zu ändern. Einer weigerte sich zunächst. »Jetzt würde das nicht mehr passieren.«

Wit Kania hat inzwischen weitgehend resigniert. Nach intensiven Jahren des Aktivismus sieht er seine Zukunft nicht mehr in Polen und will das Land verlassen. Maja Heban versteht das – die persönliche Gesundheit müsse vorgehen. Doch sie möchte bleiben: »Jemand muss dafür kämpfen, dass es der nächsten Generation besser geht.« ■

Die Recherche für diese Reportage wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung ([www.boell.de](http://www.boell.de)) unterstützt.

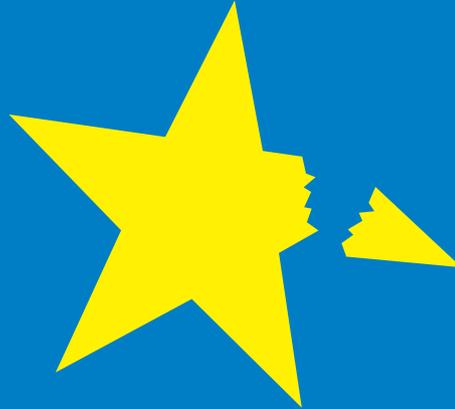
Ein Interview mit Amnesty International Polen zum Protest gegen eine Gesetzesverschärfung zu Schwangerschaftsabbrüchen finden Sie auf: [amnesty.de/journal](http://amnesty.de/journal)

**»Vor der Uni konnte ich  
nie über meine Trans-  
Identität sprechen.«  
Wit Kania**

# Entschiedener auftreten!

Ungarn und Polen verletzen immer wieder rechtsstaatliche Grundsätze und Menschenrechte. Die EU sollte sich das nicht länger bieten lassen.

Ein Kommentar von Janine Uhlmannsiek



**D**ie Europäische Union steckt in einer Rechtsstaatskrise. In einigen Mitgliedsstaaten werden menschenrechtliche und rechtsstaatliche Grundsätze immer offener angegriffen. Besonders dramatisch ist die Situation in Ungarn und Polen. Schikanen gegen die Zivilgesellschaft, wachsender politischer Einfluss auf die Gerichte und staatlich geförderte Hetze gegen LGBTI – die Regierungen in Budapest und Warschau missachten die Grundwerte der EU seit Jahren.

Doch gelingt es Brüssel nicht, dies zu stoppen. Die Bundesregierung hatte sich für ihre Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 vorgenommen, das Thema Rechtsstaatlichkeit voranzutreiben. Und tatsächlich: Bei vielen Gelegenheiten wurde in den vergangenen Monaten darüber debattiert, wie es um die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards in den eigenen Reihen bestellt ist. Ende September veröffentlichte die Europäische Kommission zum ersten Mal einen Bericht über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten.

Zudem startete im November ein neues Überprüfungsverfahren, bei dem über die rechtsstaatliche Situation in fünf Mitgliedsstaaten beraten wurde. Nach und nach sollen alle Länder in den Blick genommen werden. Über den neuen Mechanismus ist wenig bekannt, denn die Diskussionen liefen hinter verschlossenen Türen ab. Dennoch ist es eine positive Entwicklung, dass sich nun alle Mitgliedsstaaten regelmäßig einem Rechtsstaatscheck unterziehen müssen.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass bestehende Mechanismen in Vergessenheit geraten. Schon seit 2017 bzw. 2018 läuft

gegen Polen und Ungarn ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags. Bei diesem Verfahren beraten und entscheiden die Mitgliedsstaaten darüber, ob Ungarn und Polen Gefahr laufen, die Grundwerte der EU ernsthaft zu verletzen.

Doch die Mitgliedsstaaten verschleppen das Verfahren: Die letzte offizielle Anhörung der ungarischen Behörden war vor einem Jahr, im Fall Polens liegt sie bereits zwei Jahre zurück. Das weckt Zweifel daran, wie ernst es den Mitgliedsstaaten mit dem Verfahren ist. Angesichts der immer offeneren Missachtung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Standards in Polen und Ungarn muss die EU entschieden auftreten und die Artikel-7-Verfahren zum Schutz der Grundwerte wirksam vorantreiben.

Wenn die Missachtung von EU-Grundwerten ohne Konsequenzen bleibt, wird sich die Rechtsstaatskrise vertiefen. Schon jetzt ist zu beobachten, dass auch in Bulgarien, Rumänien oder Slowenien rechtsstaatliche Prinzipien unter Druck geraten. Eine EU, die auf der Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit beruht, muss solchen Angriffen Einhalt gebieten.

Dieser Ansicht sind auch viele Menschen in ganz Europa: Mehr als 64.000 Menschen haben sich einer Kampagne von Amnesty International angeschlossen und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, entschlossen für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Es ist höchste Zeit, dass die EU dieser Forderung nachkommt. ■

Janine Uhlmannsiek ist Fachreferentin für Europa und Zentralasien bei Amnesty International in Deutschland.

# Sie gibt nicht auf

**Swetlana Tichanowskaja hat das belarussische Regime herausgefordert wie kaum eine andere. Dabei strebte sie nie ein politisches Amt an.**

**Von Barbara Oertel**

Sie ist eine Frau der klaren Worte. »Wir nehmen oft gar nicht wahr, wie stark wir sind«, sagte Swetlana Tichanowskaja unlängst. Ihrer Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, konnte sie sich oft vergewissern. Vergleichsweise unwirklich dürfte ihr hingegen der fast kometenhafte Aufstieg vorkommen, der ihr einen Platz auf der diesjährigen BBC-Liste der weltweit hundert einflussreichsten Frauen einbrachte.

Innerhalb weniger Wochen ist die 38-Jährige zu einem, wenn nicht zu *dem* Gesicht der belarussischen Opposition geworden. Sie hat an der Geschichte dieser wenig beachteten ehemaligen Sowjetrepublik mitgeschrieben und tut es immer noch.

»Vielleicht bin ich naiv, aber ich bin ja einfach so mir nichts, dir nichts in die Politik hineingeworfen worden, mit reiner Seele«, sagte sie Anfang Oktober während eines Interviews in Berlin. Das klingt bescheiden, aber auch authentisch. Und vielleicht ist es diese Mischung, die Tichanowskaja so glaubwürdig macht.

Geboren 1982 in einem Dorf nahe Brest studierte sie Pädagogik, Deutsch und Englisch. Danach arbeitete sie als Übersetzerin für verschiedene Organisationen – unter anderem für Chernobyl Life Line mit Sitz in Irland.

Am 15. Mai 2020 wurde sie aus dem Nichts auf die politische Bühne katapultiert: An diesem Tag stoppte die Zentrale Wahlkommission die Ambitionen ihres Mannes Sergei. Der regimekritische Blogger hatte bei der Präsidentschaftswahl am 9. August Amtsinhaber Alexander Lukaschenko herausfordern wollen. Doch die Kommission ließ seine Kandidatur nicht zu.

Tichanowskaja reichte kurzerhand Dokumente für ein eigenes Team ein, das von ihrem Mann geleitet wurde. Sie ließ sich auch nicht entmutigen, als er, genau wie zwei weitere Oppositionskandidaten, inhaftiert wurde. Am 14. Juli wurde sie dank Tausender Unterstützerinnen und Unterstützer offiziell als Kandidatin registriert. Nach Drohungen, was ihrer Familie alles passieren könne, sollte sie ihre Kandidatur nicht zurückziehen, schickte Tichanowskaja ihre beiden Kinder mit der Großmutter nach Litauen.

Am 10. August verkündete die Zentrale Wahlkommission das Ergebnis der Präsidentschaftswahl: Lukaschenko soll angeblich knapp über 80, Tichanowskaja gerade einmal zehn Prozent der Stimmen erhalten haben. Die dreiste Fälschung treibt seither die Menschen auf die Straße. Für sie ist Tichanowskaja, die alsbald selbst nach Litauen fliehen musste, ihre rechtmäßige Präsidentin. Die Protestbewegung verstetigte sich, seit Wochen de-



Zeichnung: Anusch Thielbeer

monstrieren manchmal bis zu 100.000 Menschen. Das Regime antwortet mit Gewalt und schreckt nicht vor schweren Menschenrechtsverletzungen zurück.

Aus dem Exil heraus gründete Tichanowskaja einen »Koordinationsrat der Opposition«, der einen friedlichen Machttransfer organisieren soll. Und sie bereiste Europa, um dort als eine Art Oppositionsbotschafterin ihres Landes für die Unterstützung beim Aufbau eines neuen Belarus zu werben. Das könnte noch lange dauern.

Aber Tichanowskaja gibt nicht auf. Bislang sagt sie zwar, sie strebe kein politisches Amt an, sollte Lukaschenko abgetreten und der Weg für freie Wahlen und einen Machtwechsel geebnet sein. Aber ihre Meinung könnte sich ändern, denn Tichanowskaja hat bereits mehrfach bewiesen, dass sie über sich hinauswachsen kann. ■

# Er kämpft weiter

**Wenn es um Menschenrechte in Belarus geht, ist Ales Bialiatski seit Jahren ganz vorne mit dabei. Von Barbara Oertel**

Als die Europäische Union unlängst der belarussischen Opposition den Sacharow-Preis für geistige Freiheit zuerkannte, durfte sich auch Ales Bialiatski geehrt fühlen. Und den Alternativen Nobelpreis 2020 erhielt er dann auch noch. Wer, wenn nicht er, kann für sich in Anspruch nehmen, entscheidend zum Aufbau einer belarussischen Zivilgesellschaft beigetragen zu haben.

Seit dem 9. August, dem Tag der Präsidentenwahl in Belarus, gehen Zehntausende auf die Straße und bieten dem Autokraten Alexander Lukaschenko die Stirn, der behauptet, die Wahl gewonnen zu haben. Besonders für viele junge Belarussinnen und Belarussen dürfte die Hartnäckigkeit Bialiatskis Vorbild und Ansporn zugleich sein.

Der 58-Jährige ist einer, der immer wieder das Wort ergreift, um Verbrechen des Regimes anzuprangern. Die Massenfestnahmen und absurden Strafverfahren gegen friedlich Demonstrierende bezeichnete er in einem Interview im November als totalen Terror des Staates. Das alles erinnere an die grausamen Verbrechen der Stalin-Zeit; ein schmerzlicher Befund für jemanden, der sich seit Jahrzehnten der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels sowjetischer Geschichte verschrieben hat.

Bialiatski wird am 25. September 1962 in Russland geboren, im karelischen Dorf Wjartsilija. Zwei Jahre später zieht die Familie nach Belarus. 1984 schließt Bialiatski ein Philologiestudium ab, dem später eine Promotion folgt. Zwischendurch arbeitet er als Lehrer sowie in verschiedenen Kultureinrichtungen.

Mittlerweile verheiratet und Vater eines Sohnes ist Bialiatski 1988 Mitorganisator mehrerer öffentlicher Aktionen zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus. Dieses Engagement bringt ihm mehrere Festnahmen und wiederholt Bußgelder ein. Auch an der Gründung der Belarussischen Volksfront Adraschenje (Wiedergeburt) ist Bialiatski federführend beteiligt. Die Bewegung setzt sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 für eine Demokratisierung des Landes ein.

1996 – in jenem Jahr lässt sich Lukaschenko in einem fragwürdigen Referendum unbegrenzte Vollmachten geben – gründet Bialiatski mit Gleichgesinnten das Menschenrechtszentrum Viasna (Frühling), dessen Vorsitzender er wird. Anfangs unterstützt das Zentrum inhaftierte Demonstrantinnen und Demonstranten, später kommt auch das Monitoring von Wahlen hinzu. 2003 entziehen die Behörden Viasna die Registrierung. Doch Bialiatski setzt seine Arbeit fort.

2011 wird er wegen angeblicher Steuerhinterziehung zu viereinhalb Jahren Straflager verurteilt, kommt aber im Juni 2014 vorzeitig frei. Während seiner Haft setzen sich zahlreiche Menschenrechtsorganisationen für ihn ein – darunter auch Am-



Zeichnung: Anusch Thielbeer

nesty International. Eine Amnesty-Solidaritätsaktion beschert Bialiatski mitunter 500 Briefe am Tag. Später wird er sagen, das sei nicht nur für ihn eine Unterstützung gewesen, sondern eine deutliche Nachricht an alle Menschen in Belarus.

Im Sommer 2020 ist die Geduld der Menschen in Belarus aufgebraucht. Sie fordern den Rücktritt Lukaschenkos, dessen gefälschten Wahlsieg sie nicht anerkennen. Die Opposition richtet einen Koordinierungsrat ein, der einen friedlichen Machttransfer organisieren soll. Dort findet auch Bialiatski seinen Platz. Das Regime antwortet wie immer: Festnahmen, Prügel und Folter – Menschenrechtsverletzungen, die Viasna dokumentiert. »Keines dieser Verbrechen wird ungesühnt bleiben. Ich rufe alle Menschen auf: Verzweifelt nicht, sondern kämpft weiter für eure Rechte«, sagt Ales Bialiatski. Wie auch immer der Machtkampf in Belarus ausgeht: Er wird weitermachen. ■

# Mutig und unbeirrbar

**Der Protest gegen Langzeitpräsident Lukaschenko lebt von der Kraft der widerständigen belarussischen Frauen. Olga Karatsch ist eine von ihnen.**  
Von Stefan Wirner

Ihr Mut und ihre Entschlossenheit haben Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa zu Symbolfiguren der belarussischen Demokratiebewegung werden lassen. Tichanowskaja hat Alexander Lukaschenko bei der Wahl im August als Gegenkandidatin herausgefordert, anschließend musste sie nach Litauen ins Exil fliehen. Die Musikerin Kolesnikowa gehört dem oppositionellen Koordinierungsrat an. Sie wurde im September verschleppt und in ein Gefängnis gebracht. Hinter den beiden Frauen stehen zahlreiche andere, die sich unerschrocken dem Regime entgegenstellen. Eine davon ist Olga Karatsch, die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation Nash Dom (»Unser Haus«).

Karatsch wurde 1979 in der Industriestadt Witebsk geboren. Sie stammt aus einer Arbeiterfamilie, ihr Vater ist Schweißer, ihre Mutter Köchin. Nach der Schule studierte sie russische Philologie und machte in Litauen an der Universität in Vilnius ihren Magister in Politologie. Zur Menschenrechtsaktivistin wurde sie durch Zufall, wie sie sagt. Im Jahr 1999 verteilte sie mit zwei Freundinnen Flugblätter gegen Lukaschenko und seine autoritäre Herrschaft. »Wir wurden von 15 Polizisten mit Maschinenpistolen festgenommen. Sie belästigten uns sexuell und bedrohten uns«, erinnert sie sich.

Diese Festnahme war ein Schlüsselmoment: »Ich beschloss, für meine Rechte zu kämpfen«, sagt Karatsch. Die drei Frauen reichten Beschwerde wegen des brutalen Vorgehens der Polizei ein. Vor Gericht schlug der Richter eine gütliche Einigung vor: Sie sollten ihre Beschwerden zurückziehen, im Gegenzug würden die Anschuldigungen gegen sie fallengelassen. »Für mich war das ein Sieg«, sagt Karatsch und verweist auf die repressiven Bedingungen in Belarus.

Von 2003 bis 2007 war Karatsch Abgeordnete im Stadtrat von Witebsk, als einzige Oppositionelle. Im Jahr 2005 gründete sie »Unser Haus«. Anfangs engagierte sich die Organisation vor allem in der Kommunalpolitik, inzwischen setzt sie sich für die Menschenrechte im ganzen Land ein, etwa für Jugendliche, die wegen kleiner Drogenvergehen jahrelang eingesperrt und zur Zwangsarbeit verpflichtet werden.

»Der belarussische Staat will den Einzelnen in jedem Bereich kontrollieren, egal ob Arbeit, Religionsausübung oder Privatleben«, sagt Karatsch. Wer sich dem widersetze, müsse mit Repressalien rechnen. Man habe sie mehrfach angegriffen und

ihr mit Vergewaltigung gedroht, erzählt sie. Im Jahr 2011 wurde sie wegen Terrorverdachts inhaftiert, im Falle eines Schuldspruchs hätte ihr die Todesstrafe drohen können. Der Fall erregte international derart viel Aufsehen, dass sie wieder freigelassen wurde.

Karatsch ist mit einem freien Journalisten verheiratet, sie hat eine Tochter und einen Sohn. Diesen hat sie aus Angst vor einer Entführung nach Vilnius gebracht, sie selbst pendelt zwischen der litauischen Hauptstadt und Witebsk. Von ihrer Familie erfährt sie volle Unterstützung, sie spürt aber, wie sehr sich ihre Angehörigen um sie sorgen.

Doch Karatsch lässt nicht locker, und neben der Teilnahme an den Protesten geht für Nash Dom die Menschenrechtsarbeit weiter. »Spricht man das erste Mal mit Betroffenen, dann glauben sie meist nicht mehr an sich«, erzählt Karatsch. »Wenn sich dann etwas zum Besseren wendet und ihre Augen wieder strahlen, dann freut einen das mehr als alles andere.« ■



Zeichnung: Anusch Thielbeer



Wieder mal von kroatischen Grenzern gewaltsam abgewiesen. Zlatan Kovačević versorgt Flüchtende mit Wasser und Schuhen.

# Das Spiel ihres Lebens

An der Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien sitzen mehr als 8.000 Flüchtlinge fest. Sie versuchen, in die Europäische Union zu kommen. Doch die kroatische Grenzpolizei geht brutal gegen sie vor. Dabei missachtet sie europäische Gesetze.  
Von Sead Husic (Text und Fotos)

**T**he Game. Das Spiel. So nennen die Flüchtlinge den Versuch, es über die grüne Grenze ins gelobte Land zu schaffen, in die Europäische Union. Sie nennen es so, obwohl es alles andere als ein Spiel ist, eine unbewachte Route über die bewaldeten Berge im äußersten Westen Bosnien-Herzegowinas ins benachbarte Kroatien zu finden. Denn auf der anderen Seite erwartet sie oft genug das Grauen. Schon seit Jahren berichten Flüchtlinge, wie kroatische Polizisten sie schlagen, misshandeln, erniedrigen und illegal über die grüne Grenze nach Bosnien zurückbringen. Für die Flüchtlinge in diesem Teil Europas existieren keine Menschenrechte, gibt es keine fairen Verfahren oder die Achtung ihrer Würde.

Zlatan Kovačević, Gründer der Hilfsorganisation SOS Bihać, fährt mit seiner Tochter Hana und Jannik Jaschinski, einem Praktikanten aus Deutschland, in seinem weißen Bus mehrmals die Woche die Grenzregion ab, um jenen zu helfen, die vom Game zurückkehren. Es dauert nicht lange, bis er auf eine Gruppe von Flüchtlingen trifft, die allesamt nur mit Socken an den Füßen und zerschlagenen Gesichtern neben der Straße gehen. Er hält an, steigt aus und grüßt mit »Selam Aleikum«. Die Männer sind sichtlich erschöpft, und als ihnen Jannik Mineralwasserflaschen reicht, bedanken sie sich und trinken hastig.

Mohsin ist einer von ihnen und kommt aus Pakistan. Er erzählt, dass sie in der vergangenen Nacht versucht hätten, über die Grenze zu kommen und von kroatischen Polizisten aufgegriffen worden seien. »Sie trugen Sturmmasken, damit man sie nicht erkennen kann. Sie zwangen uns, unsere Schuhe auszuziehen und auf einen Haufen zu werfen zusammen mit unseren Rucksäcken, in denen wir Wasser und etwas zu essen hatten. Das verbrannten sie vor unseren Augen. Dann befahlen sie, uns in einer Reihe aufzustellen und schlugen einem nach dem anderen mit der Faust ins Gesicht. Jeder ging zu Boden, sie schlugen uns mit Schlagstöcken, traten uns mit den Stiefeln ins Gesicht, auf den Kopf, überall hin, wahllos«, sagt Mohsin.

Sein Gefährte Asif sitzt auf dem Boden. Er hat so starke Schmerzen in seinen geschwollenen Händen, dass er die Wasserflasche nicht festhalten kann. Jemand hält ihm die Flasche an den Mund, der von Blut verkrustet ist. Nach einigen Schlucken sagt er mühsam: »Es ist schon das fünfte Mal, dass ich versuche, über die Grenze zu gelangen. Einmal habe ich es bis nach Triest geschafft. Dort übergaben mich die italienischen Beamten den Kroaten und die brachten mich wieder nach Bosnien, setzten mich im Wald aus und sagten, dass ich nicht wiederkommen soll.«

Zlatan kennt solche Berichte über illegale Pushbacks zur Genüge. Seit mehr als einem Jahr hilft er den Flüchtlingen, so gut er kann. Und das, obwohl er nur ein Bein hat. Zu Beginn des Krieges in Bosnien

## Die Flüchtlinge erkennen schnell, dass es für sie keine Regeln gibt.

1992 riss ihm eine Granate das linke Bein ab. Manchmal quälen ihn die Phantomschmerzen so stark, dass er den Tag nur mit einem starken Schmerzcocktail übersteht, der ihm im Krankenhaus verabreicht wird. So wie heute.

»Für die Flüchtlinge gibt es in dieser Grenzregion keine Anlaufstelle, um einen Asylantrag stellen zu können, und auch keine rechtliche Unterstützung, um gegen die kroatischen Behörden zu klagen. Eigentlich herrscht hier Gesetzlosigkeit«, sagt Zlatan, der einem der Männer die Wunde säubert und sie verbindet. Jannik und Hana holen währenddessen aus dem Bus mehrere Kartons voller Schuhe und bieten sie den Männern an.

### Bald Teil des Schengenraums

Nach Angaben des bosnischen Innenministeriums befinden sich derzeit etwa 10.000 Flüchtlinge im Land. Davon 8.000 im Kanton Una-Sana, der an Kroatien grenzt. Die übrigen 2.000 Flüchtlinge sind angeblich auf dem Weg dorthin, denn alle wollen ihr Glück im Game versuchen und endlich in die Europäische Union gelangen, wo aus ihrer Sicht Menschenrechte herrschen. Aber sie erkennen schnell, dass für sie andere Regeln gelten, oder vielmehr: dass es für sie keine Regeln gibt.

Seit Jahren schon berichten Journalisten aus aller Welt über



»Sie schlugen uns mit der Faust ins Gesicht«. Die Geflüchteten Asif und Mohsin in Bosnien.

## Das Zeltlager bietet keinen Schutz für den Winter, der in dieser Gegend kalt ist.

die Situation an der bosnisch-kroatischen Grenze. Kroatien will schon bald Teil des Schengenraums werden und muss seinen europäischen Nachbarn deshalb beweisen, dass die Grenze im Südosten der Union dicht bleibt. Und die EU stellt sich taub und kündigt höchstens mal eine Untersuchung an, wenn die Kritik von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International unüberhörbar laut wird.

In einer während des Krieges ausgebombten ehemaligen Fabrik am Stadtrand von Bihać verstecken sich Dutzende junger Männer, die aus Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Indien stammen. Viele von ihnen sind minderjährig. Negar (19) ist seit mehr als zwei Jahren er auf der Flucht, im Herbst 2019 kam er in Bosnien an. »Achtmal war ich im Game. Jedes Mal wurde meine Gruppe von kroatischen Beamten gefasst, und dann schlugen sie mit Schlagstöcken auf uns ein. Wir mussten unsere Schuhe ausziehen, die Rucksäcke abgeben, uns auf den Boden legen. Dann traten sie uns mit den Stiefeln. Im Morgengrauen fuhren sie uns in einem Bus durch den Wald und setzten uns auf der bosnischen Seite aus. Einer der Polizisten drohte, uns beim nächsten Mal umzubringen«, erzählt Negar. Doch in den kom-

menden Wochen will er erneut sein Glück versuchen. In der Ruine sind sie auch nicht sicher. Immer wieder taucht die örtliche Polizei auf, um das Gebäude zu räumen. Schon vor Monaten entschieden die Behörden, dass keine Flüchtlinge im Stadtbild zu sehen sein sollen. Bald stehen Kommunalwahlen an, und die herrschende Partei der Demokratischen Aktion (A-SDA) will das Thema aus der Debatte heraushalten.

In dem verfallenen Gebäude schlafen die Geflüchteten auf verschmutzten Matratzen, die sie von der Straße aufgelesen haben, in der Ecke eines Raumes kochen sie über dem offenen Feuer eine Suppe. Durch die bizarr anmutende Kulisse streift ein junger Mann, der sich in eine Decke gehüllt hat und apathisch wirkt. Er will seinen Namen nicht nennen, sagt aber, dass er aus Afghanistan vor den Taliban geflohen sei und es nach Europa schaffen wolle, egal in welches Land. »Dort gibt es Gerechtigkeit«, sagt er, und in diesem Moment scheint die Gerechtigkeit unendlich weit weg zu sein.

»Wir leben von einem Tag auf den anderen und hoffen auf das nächste Game, darauf, dass wir endlich in Europa ankommen, wo es eine Zukunft gibt«, sagt der 17-jährige Bassam. Er zieht sein Hosenbein hoch und zeigt seinen Unterschenkel, der voller Wunden ist. Wahrscheinlich hat er Krätze. Hilfe bekommt er keine. »Ich komme aus einem schlimmen Land und dachte, hier ist alles besser. Aber Gesetze gelten nicht für uns«, sagt er.

In unmittelbarer Nähe des verfallenen Baus, im städtischen Park, findet in der zweiten Oktoberhälfte ein Fotoshooting für die A-SDA statt. Zugegen ist auch der Spitzenkandidat der Partei und aktuelle Bürgermeister von Bihać, Šuhret Fazlić. »Ich habe Angst, dass wir auf eine Katastrophe zusteuern. Denn wir sind eine kleine Stadt und können mit unseren Mitteln nicht 10.000 Menschen versorgen. Der Winter kommt, und die Flüchtlinge können nicht in den Zeltlagern bleiben. Aber niemand hilft uns,



Hilft, wo er kann. Zlatan Kovačević am Steuer seines Wagens.



Versuchen weiter, über die Grenze zu

auch nicht die Europäische Kommission, die es explizit ablehnt, uns finanziell zu unterstützen. Dabei haben wir in der Vergangenheit von Europa Hilfen erhalten. Aber jetzt duckt sich Europa weg«, sagt Fazlić.

### Wie damals im Krieg

Zlatan Kovačević sitzt wieder hinter dem Steuer. Er fährt fast 20 Kilometer aus der Stadt heraus, biegt dann in einen Waldweg ein und fährt bergauf, bis er auf einem Hochplateau vor dem Zeltlager Lipa anhält, in dem rund 1.000 Menschen untergebracht sind. Außerhalb des umzäunten Camps sitzen einige Flüchtlinge auf dem Rasen. Eine Gruppe von acht Männern bereitet sich auf das Game vor. »Ich bin 30 Mal an der Grenze von kroatischen Grenzern aufgegriffen worden«, sagt der 32-jährige Mesut aus Bangladesch. »Sie haben mich immer geschlagen, mich beraubt, mir einmal das Bein gebrochen. Aber ich habe mir geschworen, nicht aufzugeben.« Die anderen Männer nicken, als wollten sie sich selbst Mut zusprechen.

Das Zeltlager bietet für den kommenden Winter, der in dieser Gegend kalt ist, keinen Schutz. Wo die bosnischen Behörden die Menschen unterbringen wollen, ist nicht bekannt. »Die Flüchtlinge sind zum Spielball der Politik geworden. Sowohl der großen wie der kleinen. Die Europäer sehen dem Elend tatenlos zu. Wie damals zu Kriegszeiten. In Bosnien nutzt die Opposition das Flüchtlingsthema, um bei der Kommunalwahl zu punkten. Sie behauptet, dass die Flüchtlinge gefährlich wären, Diebe, Brandstifter und Vergewaltiger. Auch wenn nichts davon wahr



1.000 Menschen warten dort. Das Zeltlager Lipa.

ist«, sagt Kovačević resigniert. Aber dann schlägt er mit der Hand auf seine Prothese. »Es gibt immer Schlimmeres«, sagt er, setzt sich hinter den Lenker seines Busses und fährt wieder los.

Es dauert nicht lange, bis er erneut am Straßenrand anhält, um zwei Männern zu helfen, die ihr Spiel verloren haben. Zerschlagene Gesichter, keine Schuhe, schmerzende Arme und Beine. Junus heißt einer von ihnen. Kovačević verbindet ihm die Nase. »Ich bin 40 Jahre alt«, sagt Junus »und habe eine Frau und Kinder in Afghanistan. Ich wollte nach Europa, um zu arbeiten, um meiner Familie ein besseres Leben zu ermöglichen.« Tränen rollen ihm über die Wangen. Da zieht Kovačević sein Hosenbein hoch und klopft auf die Prothese. »Wir alle werden Prüfungen ausgesetzt, die wir zu bestehen haben. Lass dich nicht unterkriegen«, sagt er, umarmt ihn, und Junus lächelt sogar für einen Moment.

Auch er beschreibt eindringlich, wie es ihm und seiner Gruppe von zehn Männern ergangen ist, als sie von kroatischen Grenzern beim illegalen Übertritt erwischt wurden. »Sie gaben sich als Grenzbeamte der Republik Kroatien aus und trugen Sturmmasken, sodass wir ihre Gesichter nicht erkennen konnten. Sie nahmen uns die Schuhe ab und das wenige Geld, das wir uns in Bihać erbettelt hatten. Wir sagten, dass wir um Asyl bitten. Als sie das hörten, fluchten sie und schrien uns an: ›Fuck you, Fuck asylum!‹ Dann mussten wir uns alle auf den Boden legen. Wer sich weigerte, den würgten sie oder schlugen ihn mit den Fäusten nieder, trampelten auf ihm rum. Als wir auf dem Boden lagen, schlugen sie mit Schlagstöcken auf uns ein. Irgendwann in der Nacht fuhren sie uns in zwei Bussen über die Grenze in den Wald, setzten uns aus und befahlen uns, Richtung Bihać zu gehen«, erzählt Junus.

Bei der Verabschiedung trägt er nun ein paar passende Turnschuhe an den Füßen. Er wird sich auf den Weg zum Camp Lipa machen. Dort wird er sich von seinen Verletzungen erholen und sich mit anderen Flüchtlingen über mögliche neue Routen austauschen, die in die Europäische Union führen. Denn immer noch gelingt es einzelnen Gruppen, durchzuschlüpfen. Über ihre Mobiltelefone melden sie jenen, die das Spiel noch nicht gewonnen haben, wie sie es geschafft haben. Das spricht sich unter den Flüchtlingen wie ein Lauffeuer herum und weckt die Hoffnung, dass man das Spiel seines Lebens doch gewinnen kann. ■



kommen. Negar und Bassam in einer Ruine am Stadtrand von Bihać.

# Hoffnung auf eine zweite Befreiung

**Ein neues Sondergericht in Den Haag soll mutmaßliche Kriegsverbrechen der kosovarischen Befreiungsarmee UÇK aus dem Jahr 1999 untersuchen. Während die UÇK-Kämpfer im Kosovo vielen immer noch als Helden gelten, hoffen die Opfer und ihre Angehörigen auf Gerechtigkeit und weniger kriminelle Politiker im Land. Von Dirk Auer**

**E**s war am 15. Dezember 2000, als Fetah Rudi von 13 Kugeln getroffen wurde. Er war auf dem Rückweg von einem Treffen mit LDK-Parteichef Ibrahim Rugova. Kurz zuvor hatten die ersten Kommunalwahlen nach dem Krieg stattgefunden, die politischen Spannungen waren hoch, und Rudi war für die LDK in den Stadtrat von Malishevo gewählt worden. »Wir waren zu dritt«, erzählt Rudi, »ich saß auf der Rückbank.« Plötzlich tauchte hinter einer Brücke ein Opel Astra auf, rot, mit getönten Scheiben. Und dann fielen die Schüsse.

Seit dem Attentat sitzt Fetah Rudi im Rollstuhl. In seinem Haus hängt immer noch das Porträt von Rugova, der in den 90er-Jahren den gewaltfreien Kampf der Kosovo-Albaner gegen das Regime von Slobodan Milošević anführte und von 2002 bis 2006 Präsident des Kosovo war. Fetah Rudi war sein Anhänger und blieb es auch, als es während des Kriegs zu Rivalitätskämpfen mit der neu gegründeten albanischen Guerillaorganisation UÇK kam. Und auch nach dem Krieg, als es darum ging, wer die Macht im befreiten Kosovo übernimmt.

Auf die Frage, wer hinter dem Anschlag stand, hat Fetah Rudi eine klare Antwort: »SHIK«, sagt er, der umstrittene Geheimdienst, der schon während des Kriegs von der UÇK aufgebaut und erst 2008 offiziell aufgelöst wurde. Chef des SHIK war damals Kadri Veseli, der von 2014 bis 2019 Parlamentspräsident war. Das Attentat auf Rudi war kein Einzelfall. Nach einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2009 wurden allein in der unmittelbaren Nachkriegszeit schätzungsweise 800 Morde begangen – vor allem an Serben und Roma, aber auch an Albanern, denen die UÇK eine Kollaboration mit den Serben unterstellte. Zur Verantwortung gezogen wurde dafür fast niemand, denn im Kosovo Recht zu sprechen, ist schwierig – oft werden Zeugen eingeschüchert oder sogar umgebracht.

Sowohl der UN-Justiz als auch der EU-Rechtsstaatsmission EULEX fehlte es jahrelang an Entschlossenheit und Mut, vor allem aber an der nötigen Rückendeckung, um die mutmaßlichen Täter vor Gericht zu bringen. Die ehemaligen UÇK-Kämpfer standen nach dem Krieg bald an der Spitze von Staat und Gesellschaft, und in Washington und Brüssel schätzte man die ehemaligen Warlords, weil sie eine oberflächliche politische Stabilität garantierten.

Doch Fetah Rudi kann auf späte Gerechtigkeit hoffen, die ihm und allen anderen Opfern und deren Angehörigen mehr als 20 Jahre lang vorenthalten wurde. Denn ein neues Sonder-

gericht in den Haag soll jetzt die UÇK-Verbrechen aufklären, und auf der Anklagebank sitzt auch Kadri Veseli. Geschaffen wurde das Gericht bereits 2016, nachdem das kosovarische Parlament unter internationalem Druck die Verfassung geändert und damit die Rechtsgrundlage geschaffen hatte. In der Rechtsgeschichte ist das Gericht ohne Beispiel: Formal untersteht es dem kosovarischen Gesetz, seinen Sitz hat es jedoch in Den Haag, wo auch das UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien angesiedelt war. Ausschließlich internationale Ankläger und Richter sollen die nötige Unabhängigkeit gewährleisten.

## Staatspräsident Thaçi muss nach Den Haag

Dass nach so vielen Jahren überhaupt noch solch ein Gericht entstehen konnte, ist einem Schweizer zu verdanken. Der Politiker und Staatsanwalt Dick Marty hatte 2011 in einem Bericht für den Europarat schwerwiegende Vorwürfe gegen die UÇK erhoben: Von geheimen Gefangenenlagern während des Kriegs war die Rede, in denen Serben, Roma, aber auch Albaner gequält, gefoltert und ermordet wurden. Besonders schockierend war der Vorwurf, dass einzelnen Opfern Organe entnommen worden sein sollen, die dann auf dem internationalen Schwarzmarkt verkauft worden seien.

Die Europäische Union setzte daraufhin einen Sonderermittler ein: den Amerikaner Clint Williamson, der in den 90er-Jahren bereits die Anklage gegen den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević mit verfasst hatte. Sein Bericht, den er drei Jahre später vorlegte, bestätigte im Grunde die Vorwürfe von Dick Marty. Und so entstanden die Pläne für ein Sondergericht, das ausschließlich der Aufklärung möglicher UÇK-Verbrechen dienen soll.

## Ehemalige UÇK-Kämpfer standen bald nach dem Krieg an der Spitze von Staat und Gesellschaft.



Wünscht sich ein gerechteres Kosovo. Fetah Rudi vor seinem Wohnhaus in Malishevo.

Die politische Szenerie Kosovos wurde mit den ersten Vorladungen und Anklagen bereits kräftig in Unruhe versetzt. Im Sommer 2019 trat der damalige Premierminister Ramush Haradinaj zurück, nachdem er eine Vorladung aus Den Haag erhalten hatte. Und im November 2020 wurde die Anklage gegen weitere ehemalige UÇK-Kommandanten bestätigt, die inzwischen hohe politische Positionen innehaben – darunter Staatspräsident Hashim Thaçi.

Zu jenen, die immer noch auf Gerechtigkeit warten, gehört auch Silvana Marinković. Sie leitet in der serbischen Enklave Gračanica eine kleine Organisation, die sich für Familien von Vermissten einsetzt. Die Serbin erinnert sich noch genau an die chaotische Zeit nach dem Krieg, als die serbische Minderheit zum Ziel von Racheakten und Vertreibung wurde. Es gab Morde, Häuser wurden angezündet, orthodoxe Kirchen zerstört. Ihr Mann verschwand am 19. Juni im Dorf Lipjan, nachdem uniformierte UÇK-Einheiten dort die Macht übernommen hatten. Das war neun Tage nach dem offiziellen Kriegsende. »Wir haben lange gehofft, dass er sich noch meldet«, erzählt Marinković. Aber bis heute fehlt jede Spur – und die Täter sind weiter in Freiheit.

Mehr als 20 Jahre später ist die Beweisaufnahme äußerst schwierig. Zeugen sind gestorben oder sie können sich nicht mehr erinnern. Erschwerend kommt hinzu, dass das Gericht im Kosovo nur wenig Unterstützung genießt, weil dort bisher keine

gesellschaftliche Debatte über die UÇK-Kriegsverbrechen stattgefunden hat. Stattdessen finden sich im ganzen Land unzählige Heldendenkmäler, die an gefallene UÇK-Kämpfer erinnern.

Die wenigen Menschenrechtsaktivisten, die die Erzählung des sauberen und heiligen Befreiungskriegs infrage stellen, gelten als Verräter und erhalten Drohungen. In einer solchen Atmosphäre überhaupt Zeugen zu finden, die bereit sind, auszusagen, wird für das Gericht zur zentralen Herausforderung. In den vergangenen Monaten sollen zwei mögliche Zeugen unter seltsamen Umständen ums Leben gekommen sein.

Doch Fetah Rudi ist vom Erfolg des Gerichts überzeugt. Er hat seine Geschichte bereits zu Protokoll gegeben, als die Ermittler des Gerichts ihm in Malishevo einen Besuch abstatteten. Zahlreiche andere Zeugen sind in den vergangenen Jahren außer Landes gebracht worden. »Die Menschen sind mutiger geworden und werden aussagen«, sagt Rudi. Sie ließen sich nicht mehr alles gefallen von dieser korrupten Klasse, die das Land seit Jahren im Griff halte.

Er sitzt in seinem Rollstuhl vor seinem Haus und schaut über den Hof auf die Berge in der Ferne. Für ihn gibt es keine Hoffnung, dass er jemals wieder laufen kann. Aber Kosovo, sein Land, brauche noch einmal eine letzte Katharsis: »Wir alle müssen befreit werden von diesem kriminellen Netzwerk«, sagt Rudi. ■



Foto: Bernadett Szabo/Reuters

**Vielfach diskriminiert.** Demonstration von Roma gegen rassistische Regierungspolitik, Budapest, Februar 2020.

# »Es gibt einen Zuwachs an Attacken«

**Jonathan Lee vom European Roma Rights Centre spricht über die Lage von Roma und den Aufstieg der extremen Rechten in Osteuropa.**

Interview: Lea De Gregorio

**Was bedeutet der seit Jahren zu beobachtende Rechtsruck in Osteuropa für Roma und Romnija, die dort leben?**

In Bulgarien sitzen Politiker im Kabinett, die rechtsextremen Parteien angehören. Wenn der bulgarische Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident Krasimir Karachanow über Roma und Romnija spricht, erinnert das an Reden von Nationalsozialisten. In den vergangenen zehn Jahren gab es zwar in ganz Europa einen Rechtsruck. Aber was wir in Bulgarien, Ungarn oder Polen beobachten, ist eine spezielle Situ-

ation. Dort ist nicht nur ein Rechtsruck zu beobachten, sondern eine Rückentwicklung hin zu politischen Ideologien, die in den 1930er- und 1940er-Jahren in Europa dominiert haben.

**Wie genau wirkt sich das auf Roma aus?**

Wenn man über die Medien mitbekommt, wie Kabinettsmitglieder sprechen, bekommt man einen guten Eindruck davon, wie die Gesellschaft insgesamt mit Roma umgeht. Und das ist nicht nur in Bulgarien so. Das passiert auch in Ungarn, wenn Viktor Orbán Roma stigmatisiert und sagt, ihre Kinder seien Kriminelle und nicht erziehbar. Man kann sich das wie einen

# Wenn Übergriffe gegen Roma vor Gericht gebracht werden, passiert oft nichts.

Kreislauf vorstellen zwischen rechten Politikern, Medien und Alltagsrassisten. Die Medien nehmen auf, was die Politikerinnen und Politiker sagen, und das stärkt dann wiederum den Rassismus in der Gesamtgesellschaft. Regelmäßig demonstrieren in Bulgarien rechte Mobs gegen Kriminalität von Roma.

## Wer läuft dort mit?

Alle Bürger. Gerade auf dem Land gibt es große Mobs. Dabei kommt es häufig zu Übergriffen auf Roma und Romnija, Häuser werden zerstört. Die Aktionen des Mobs nennt man dann Demonstrationen. Und die Regierung stellt sich auf die Seite der Protestierenden.

## Haben Attacken gegen Roma zugenommen?

Es gibt einen Zuwachs an Attacken, ja. Und das gilt nicht nur für Osteuropa, sondern auch für andere europäische Länder wie beispielsweise Italien oder Frankreich. Ich denke nicht, dass westeuropäische Gesellschaften weniger rassistisch sind.

## Gibt es dennoch Unterschiede?

Der Unterschied ist, dass demokratische Institutionen in Westeuropa einfach älter und normalerweise viel stärker sind. Der Schutz von Minderheiten funktioniert dort besser. Anders als in Osteuropa wird Angriffen stärker nachgegangen, wenn sie vor Gericht kommen. Das Problem in Osteuropa ist außerdem die staatliche Gewalt: Wenn das Vorgehen von Bürgerwehren, die Gewalt gegen Roma begehen und deren Häuser räumen, von Regierungen gefördert wird, macht das einen großen Unterschied. Häufig gehen Polizisten bei Razzien selbst gewalttätig gegen Roma vor. Aber auch in Italien sieht man Bewegungen auf der Straße, die Roma dämonisieren. Es ist nicht auf Osteuropa beschränkt. Das ist mir wichtig, zu betonen.

## Wie erleben Roma staatliche Gewalt im Alltag?

In Serbien, aber auch in der Slowakei und anderen osteuropäischen Ländern gehen Menschenrechtsverletzungen an Roma von öffentlichen Institutionen aus. Sie erleben insbesondere seitens der Polizei staatliche Gewalt. Häufig leben Roma in separaten Siedlungen, und dort werden dann Razzien vorgenommen, bei denen Polizisten häufig sehr rabiat vorgehen, indem sie Türen eintreten und Kinder, Frauen und ältere Menschen schlagen. Wenn es um Fälle von Kriminalität geht, sehen Polizisten nicht einzelne Individuen als Verdächtige an, sondern betrachten alle Roma als Kollektiv.

## Wie werden Roma und Romnija sonst noch im Alltag diskriminiert?

Für Roma, die in separaten Communities leben, beinhaltet jeder Kontakt, den sie mit der übrigen Gesellschaft haben, Dis-

kriminierung. Das beginnt bei rassistischen Mitarbeitern in Krankenhäusern, die schwangere Romnija misshandeln, und geht bis zu Verwaltungsbeamten, die sich weigern, Roma Papiere auszustellen. In vielen Ländern werden die Kinder in speziellen Klassen unterrichtet. Viele können nach Abschluss der Schule nicht richtig lesen und finden später nur schwer einen Job. Viele Roma und Romnija leben ohne fließendes Wasser und ohne Elektrizität. Wenn sie Nachtclubs oder öffentliche Schwimmbäder besuchen wollen, wird ihnen häufig der Zugang verweigert.

## Bieten die Regierungen in Osteuropa irgendeine Form von Schutz für Roma?

Als Teil der Europäischen Union hat jedes Land sich zur Inklusion von Roma verpflichtet. Selbst Länder, die nicht in der EU sind, haben Gesetze, die vor Diskriminierung schützen sollen. Das steht jedoch häufig nur auf dem Papier. Vor Ort läuft vieles schief, und die EU hat kaum Möglichkeiten, die Umsetzung einzufordern. Auf staatlicher Ebene heißt es zumeist: Wir haben politische Maßnahmen ergriffen, wir stellen Geld zum Schutz von Roma zur Verfügung usw. Am Ende passiert dann aber sehr wenig. Das liegt auch daran, dass Politikerinnen und Politiker in Wahlkämpfen leicht Stimmen gewinnen können, wenn sie sich möglichst hart über Roma äußern.

## Was müsste passieren, um Roma und Romnija besser zu schützen?

Wir als ERRC sehen vor allem eine juristische Krise in Europa. Wenn Übergriffe gegen Roma vor Gericht gebracht werden, passiert oft nichts. Und die Demokratie zerbröckelt, wenn man den Gerichten nicht vertrauen kann. Das ist eine Frage der Rechtsstaatlichkeit. Die Gerichte müssen unabhängig sein von den Regierungen. Insbesondere in Ungarn sehen wir, dass das nicht der Fall ist. Dasselbe gilt für die Polizei. Wenn Polizistinnen und Polizisten die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern verletzen, müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden.

## Setzt sich denn die Zivilgesellschaft für Roma ein?

Die Zivilgesellschaft hatte ihr goldenes Zeitalter unmittelbar vor dem EU-Beitritt der osteuropäischen Länder. Denn sie mussten zeigen, dass sie etwas für Minderheiten tun und sich gegen Diskriminierung einsetzen. Der Zivilgesellschaft wurde damals Aufmerksamkeit zuteil, um Teil der Europäischen Union zu werden. Heute sieht das anders aus. In Serbien, aber auch in Bulgarien und Rumänien wird die Zivilgesellschaft dämonisiert und als Feind der Nation dargestellt. Und Viktor Orbán betrachtet zum Beispiel die Open Society Foundations als Staatsfeind Nummer eins. ■



Foto: privat

## JONATHAN LEE

Jonathan Lee arbeitet als Lobby- und Kommunikationsmanager für das European Roma Rights Centre (ERRC). Er ist 28 Jahre alt und lebt in Brüssel. Das ERRC ist eine von

Roma geführte Organisation, die sich auf internationaler Ebene gegen Menschenrechtsverletzungen an Roma einsetzt.

# DEIN BESTES MITTEL, ETWAS GEGEN RASSISMUS ZU TUN, BIST DU SELBST.

Informiere dich, wo und wie Rassismus in unserer Gesellschaft auftaucht, wirkt und funktioniert und welche Folgen er für die Betroffenen hat. Hinterfrage deine eigenen Vorurteile und werde dir bewusst, welche Privilegien *weiße* Menschen in Deutschland haben.

Mische dich ein, wenn rassistische Klischees bemüht werden und halte dagegen, wenn den vermeintlich „Anderen“ mit Hass begegnet wird.

[amnesty.de/gegen-rassismus](https://www.amnesty.de/gegen-rassismus)

**NIMM  
RASSISMUS  
PERSÖNLICH**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**





**NIMM RASSISMUS PERSÖNLICH**

# **BESTELLE DEIN KOSTENLOSES AKTIONSPAKET GEGEN RASSISMUS**

Rassismus ist ein Angriff auf die Grundidee der Menschenrechte, dass alle Menschen „frei und gleich geboren“ sind. Doch viele Menschen in Deutschland erleben Tag für Tag rassistische Diskriminierung – beim Job, in der Schule, beim Arzt, bei der Wohnungssuche oder im Internet. Manche Politiker\_innen und Medien verbreiten rassistische Ansichten. Immer wieder kommt es zu rassistischen Gewalttaten.

Mit unserem Aktionspaket kannst du etwas dagegen tun. Mit Buttons, Postkarten und Aufklebern kannst du Stellung beziehen und andere sensibilisieren. Die Materialien bieten Denkanstöße und Einblicke, wie Betroffene Rassismus in Deutschland erleben. Sie enthalten Argumente gegen rassistische oder populistische Äußerungen sowie Tipps zum Umgang mit rassistischen Angriffen.

**[amnesty.de/gegen-rassismus](https://www.amnesty.de/gegen-rassismus)**

Konflikt um Bergkarabach

# Er glaubt immer noch an den Frieden

Einst Theaterdirektor, heute arbeitslos: Sein Engagement für Verständigung rund um Bergkarabach hat dem Armenier Georgi Vanyan nichts als Ärger eingebracht.

Aus Goris von Andrea Jeska (Text) und Stanislav Krupar (Fotos)





Man hat ihn bedroht. Persönlich, per E-Mail, am Telefon. Man hat ihn angegriffen, seinen Hund getötet, man hat ihn entlassen und dafür gesorgt, dass er für immer arbeitslos bleibt. Man hat ihn beschimpft: Er sei ein Verräter. Ein Türke. Auf alle Fälle kein Armenier.

Seine Frau verließ ihn mit den beiden Kindern. Ihre Angst war größer als die Liebe. Er ließ sie gehen, so waren sie wenigstens in Sicherheit. Er zog fort aus der Hauptstadt Eriwan. In ein kleines Dorf im Nordwesten, dort, wo die Grenzen von Armenien, Georgien und Aserbaidschan aufeinandertreffen. Dorthin lud er all jene ein, die wie er Frieden und Versöhnung wollten. Menschen aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien. Künstler, Journalistinnen, Friedensbewegte.

Georgi Vanyan, 57 Jahre alt, Armenier, einst Theaterdirektor, Begründer einer Initiative zur Aussöhnung mit dem Nachbarland Aserbaidschan, ist schon lange ein verarmter Mann. Doch seit neun Wochen lang wieder Menschen gestorben sind an den Frontlinien von Bergkarabach, seit auf den Friedhöfen im Land täglich junge Männer begraben wurden, seit Hass und Nationalismus wieder Lösungen jenseits der Gewalt zunichte gemacht haben und einer wie er, der vom Frieden redet, als Feigling gebrandmarkt wird, ist Georgi Vanyan ein einsamer Warner. Bergkarabach gehört de jure und nach dem jüngsten Waffenstillstandsabkommen Mitte November auch in Teilen de facto zu Aserbaidschan, der größere Teil gehört aber schon lange zu Armenien.

In der sechsten Woche des Krieges, Anfang November 2020, wartet Vanyan in der Grenzstadt Goris auf der Veranda des Deluxe Lounge Cafés und raucht Kette, als könne er seinen dünnen weißen Zigaretten eine Antwort auf das ewige Warum entziehen. Seit Ende September in Bergkarabach die Kämpfe begonnen, kann er kaum noch essen, kaum schlafen, sieht sein Lebenswerk zerstört. 1994 handelte die Minsk-Gruppe der damals gerade neu begründeten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach drei Jahren Krieg, mindestens 20.000 Toten und knapp einer Million Vertriebenen einen Waffenstillstand zwischen Armenien und Aserbaidschan aus. Vanyan hat seither einen neuen Krieg befürchtet und doch hofft, Vernunft und Besonnenheit würden sich einstellen. Der Waffenstillstand war stets brüchig, und die Grenze, die in den Verträgen LOC (Line Of Contact) genannt wird, war in Wirklichkeit eine Frontlinie. Auf beiden Seiten stehen Soldaten, Hunderte von Menschen starben seit dem Waffenstillstand in plötzlichem Gefechtsfeuer oder durch die Kugel eines Scharfschützen.

### **90.000 Flüchtlinge**

Goris ist die letzte Stadt auf armenischer Seite. Hinter der Grenze sind die Berge dicht bewaldet, und auf den Gipfeln liegt schon Schnee. Ein Gürtel aus Regionen, die Armenien 1992 bis 1994 einnahm und aus denen die Aserbaidschaner vertrieben wurden, umgibt Bergkarabach als Sicherheitszone. Eine Gebirgsstraße, der sogenannte Lachin-Korridor, verbindet Armenien



mit der 80 Kilometer entfernt liegenden Hauptstadt von Bergkarabach, Stepanakert.

Über diese Straße kamen nun wochenlang armenische Flüchtlinge. Rund 90.000 Menschen, so gibt es das der Regierung der nicht anerkannten Republik Bergkarabach unterstehende Zentrum für Menschenrechte in Stepanakert an, haben die Region verlassen, das sind 70 Prozent der Bevölkerung. In Goris wohnen sie in der geschlossenen Schule, erhalten Zimmer in Hotels oder schlafen in deren Lobby. Die meisten ziehen nach ein paar Tagen weiter nach Eriwan. Als die Armee von Aserbaidshan Anfang November von Süden her auf Stepanakert vorrückte und die Straße unter Beschuss stand, war auch in Goris der Lärm der Gefechte zu hören.

Vanyan kam nach Goris, weil er gehofft hatte, nach Stepanakert fahren zu können. Doch für Bergkarabach braucht man eine Extragenehmigung, und die wurde ihm nicht erteilt. Vielleicht ist das auch gut so, denn Vanyan brächte sich damit in höchste Gefahr, weil er nicht schweigen kann. Niemand wagte es in diesen Tagen des Krieges, noch von Aussöhnung zu sprechen. Zu den alten Wunden der 90er-Jahre, zu den offenen Rechnungen der Vergangenheit, sind neue hinzugekommen, und die Wut ist nicht allein von Propaganda geschürt, sondern wächst auch aus dem Schmerz über

den Verlust von Heimat und Leben. Doch Vanyan glaubt, die Stimme der Vernunft sei größer als alles Leid und dass dieser Krieg nicht von den Menschen ausgehe, sondern von Russland. »Russland als legaler Nachfolger der UdSSR ist der Initiator des ersten und auch dieses Kriegs. Die Russen säen Hass, um Armenien und Aserbaidshan zu kontrollieren.«

Man kann das für eine steile These halten oder für eine tiefere Einsicht in die Ursachen und die Dynamik dieses Konflikts. Fakt ist: Ausgerechnet Russland überwacht nun den Waffenstillstand. In den Nachrichten überboten sich Armeniens Premier und Aserbaidshans Präsident zuvor mit militärischen Erfolgsmeldungen und Durchhalteparolen.

»Nichts wird uns stoppen«, tönte Ilham Aliyew aus Baku.

»Wir müssen jeden Mann an die Front senden«, sagte Nikol Paschinjan in Eriwan.

Vanjan ertrug die Nachrichten kaum, und schon gar nicht die Hoffnung Armeniens auf militärische Unterstützung aus Russland.

## 26 Jahre lang nichts Gutes

Das Abkommen von Minsk sah einen Frieden in Stufen vor, an dessen Ende der Status von Bergkarabach beschlossen werden sollte. Die Idee dahinter war, die Konfliktparteien mögen sich einigen und die vertriebenen Aserbaidshaner dürften zurückkehren. Doch für die Armenier war Bergkarabach stets »unser« und für die Aserbaidshaner eine besetzte Region, die man sich zurückholen werde.

Diese Ankündigung wurde von der armenischen Regierung wiederum in eine Mahnung verwandelt, die die Propagandamaschine in jeden Haushalt sendete, vor allem in Bergkarabach. Zusammen mit dem Trauma des Genozids der Türken an den Armeniern im Jahr 1915 wurde daraus eine stets präsente Furcht

Daneben steht das »Haus der Kultur«. Raketeneinschlag in Schuscha, Bergkarabach.



**Trübe Aussicht.** Eine Straße, die von Armenien nach Bergkarabach führt, wird jetzt von Aserbaidshan kontrolliert.

# Vanyans Traum? Zwei freie Länder, die sich aus ihrer Vergangenheit befreien.

vor Auslöschung, die nur eine Konsequenz zuließ: alles oder nichts, Verteidigung um jeden Preis. Die Positionen blieben verhärtet, die Wunden machten aus dem, was ein Entwicklungsprozess werden sollte, einen eingefrorenen Konflikt, in dem sich 26 Jahre lang nichts zum Guten bewegte.

Ende der 90er-Jahre war Vanyan Direktor des Theaters in Eriwan. Er sagt, schon damals habe niemand gewagt, offen gegen das Feindbild anzugehen, doch hinter geschlossenen Türen habe es andere Gedanken gegeben. »Die Menschen wollten Versöhnung.« Vanyan und seine Freunde beschlossen, den Friedenswunsch öffentlich zu machen. Sie gründeten das Caucasus Centre for Peacekeeping, um Raum für Dialog zu schaffen. Vanyan organisierte Vorträge und Filmvorführungen in allen Regionen Armeniens und nahm Kontakt zu Künstlerinnen, Schriftstellern, Musikern und Friedensaktivistinnen in Aserbaidschan auf. Es war ein Traum, der ihn antrieb: zwei freie Länder, die sich aus ihrer Vergangenheit befreien, könnten eine gemeinsame Zukunft finden.

Doch schon bald zeigte sich, dass seine Ideen und seine Aktivitäten nicht erwünscht waren. Dreimal organisierte er ein Jazzkonzert mit Künstlerinnen und Künstlern aus Aserbaidschan, doch jedes Mal wurde ihnen die Einreise verweigert. Einmal kamen junge Randalierer in eine seiner Veranstaltungen und sagten, er sei eine Schande für das Land, sie seien stolz darauf, dass ihre Väter für Bergkarabach gefallen seien. Vanyans Reden schwächten die militärische Stärke des Landes. Ein anderes Mal wurde er auf der Straße tätlich angegriffen. In Fernsehsendungen wurde gefordert, er solle sich einem DNA-Test unterziehen, er sei ein Türke. Es wurde behauptet, er stehe auf der Gehaltsliste der aserbaidschanischen Regierung. 2009 wurde er entlassen, und alle seine Aktivitäten wurden verboten.

Es braucht viel, um Georgi Vanyan zu überreden, sein Leben zu schonen und von der Reise nach Stepanakert abzusehen. Stattdessen besucht er seinen alten Freund und Mitkämpfer im Friedensdialog, Eduard Bagratoni. Die Bagratonis stammen aus der heute aserbaidschanischen Enklave Nachitschewan, einer Region in der zu Sowjetzeiten ebenfalls Armenier und Aserbaidschaner lebten. Auch dort spaltete der Nationalismus in den späten 80er-Jahren die Menschen, nur waren es dort die Armenier, die ihr Hab und Gut auf Pferdekutschen packen und davonziehen mussten.

Bagratoni ist ein kleiner, feingliedriger Mann mit freundlichen Augen. Bis man ihn wegen seiner Friedensaktivitäten entließ, unterrichtete er an der Hochschule Wirtschaftswissenschaften. Weil auch er nie wieder Arbeit fand, schreibt er nun Bücher über Wirtschaft, seine Frau ist Lehrerin und verdient das Einkommen für die Familie. Auch Bagratoni wurde vom Staat schikaniert. Die Polizei durchsuchte sein Haus nach Drogen und behauptete, er sei ein Dealer.

Anders als Vanyan ist es dem Freund gelungen, sein Seelenheil zu wahren, der Ungerechtigkeit und den Schikanen zu trotzen. Am Rande der Kleinstadt Yeghegnadzor haben die Bagratonis sich ein kleines Paradies aus einem hölzernen Wohnhaus und einem verwunschenen Garten voller Apfelbäume geschaffen. Darin spielen der Hund, zwei Katzen und zwei Enkel, serviert Bagratoni mit stillen Bewegungen Kaffee, während Vanyan unruhig auf und ab schreitet, an seinen Zigaretten zieht und sagt, die Regierung habe ihre Grenzen überschritten, sie begehe Verbrechen am eigenen Volk. Eine Woche später, da tobt der Krieg noch, wird er dasselbe in einem Brief an den Premierminister schreiben, diesen auffordern, sofort Friedensgespräche mit Aserbaidschan zu beginnen und anbieten, er könne nach Baku reisen, um Verhandlungen aufzunehmen. Er stellt diesen Brief auf seine Facebook-Seite. Die Antwort des Premiers ist drastisch: Polizisten suchen Vanyan auf. Er soll eine Erklärung unterschreiben, in der er von solchen Ansichten Abstand nimmt und seinen Beitrag aus Facebook entfernen. Vanyan weigert sich. Nun soll er eine hohe Geldstrafe zahlen.

## Der Tekali-Prozess

Nach 2009, als er in Armenien persona non grata war, verlegte Vanyan seine Aktivitäten nach Georgien. Friedensaktivisten, Journalistinnen, Schriftsteller trafen sich in dem kleinen Dorf Tekali, das auf georgischer Seite nahe der Grenze zu Armenien und Aserbaidschan liegt. Auch Georgier kamen zu diesen Treffen, die Konflikte um die abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien ähneln denen um Bergkarabach. Gemeinsam suchten sie nach Wegen, den Frieden in der öffentlichen Diskussion zu stärken. Nach dem Ort nannten sie das Ganze den Tekali-Prozess.

2015 wollte Vanyan in Armenien ein Festival mit Filmemacherinnen und Filmemachern aus Aserbaidschan und der Türkei organisieren. Erst wurde es genehmigt, dann hielt man die Künstlerinnen und Künstler auf dem Flughafen von Eriwan fest



**Angst und Trauer.**  
Armenier bei einem  
Bombenangriff  
in Schuscha (l.)  
und bei einem  
Begräbnis  
in Eriwan (r.).

und zwang Vanyan, das Festival öffentlich abzusagen. Danach gab es Morddrohungen und Hassmails, nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen seine Familie und Freunde. Als seine Frau und die Kinder ihn verließen, hatte er das Gefühl, zerstört zu sein.

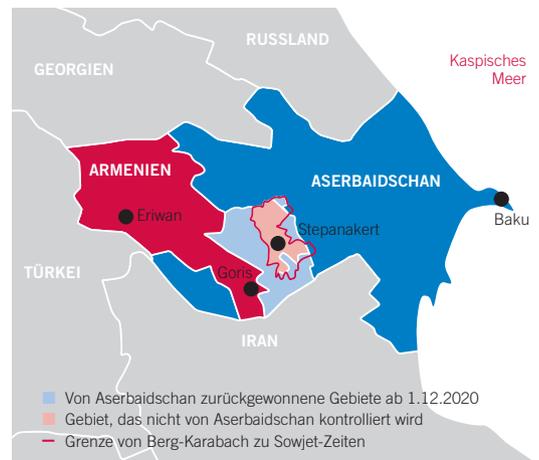
Hilfe kam aus Deutschland. Die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte, die Journalisten und Aktivistinnen, deren Leben bedroht ist, für ein Jahr nach Hamburg holt, nahm ihn auf. Vanyan entdeckte in der Hansestadt das Fahrradfahren, hielt Vorträge und gab möglichst wenig Geld aus, um Mittel für den Tekali-Prozess zurückzulegen. Er erhoffte sich Spenden und Unterstützung von Vereinen und Organisationen in Deutschland, um seine Friedensaktivitäten auf ein höheres Niveau zu bringen, er erhoffte sich Geld für Veranstaltungen und Gehör für die Nöte seines Landes und die seiner Freunde. Er fand das alles, doch lange nicht in dem Maße, wie er es gebraucht hätte.

Als er nach Armenien zurückkehrte, war der Tekali-Prozess ohne ihn fast eingeschlafen, hatten lokale Nichtregierungsorganisationen ihn so diffamiert, dass die finanzielle Hilfe internationaler Organisationen versiegt. 2018 nahm Georgi Vanyan noch einmal all seine Kraft zusammen, kaufte drei Kleinbusse und eröffnete ein Transportunternehmen für Touristen. Die Erlöse aus den »Peace-Taxis« sollten in den Tekali-Prozess fließen. Doch 2020 kam Corona, und die Touristen blieben aus. Und dann kam erst der Krieg und dann der Waffenstillstand unter der Aufsicht jener Russen, die er so kritisiert.

Wenn man Georgi Vanyan fragt, wie es nun weitergeht, zuckt er die Schultern. All der Kaffee, den er in diesen Tagen trinkt, kann seine Müdigkeit nicht kurieren. Doch dann blitzt wieder die Zähigkeit durch, die ihn seit einem Vierteljahrhundert weitertreibt. »Ich habe schon alles verloren. Familie, Freunde, meinen Beruf. Was habe ich noch zu verlieren? Ich mache einfach weiter. Ich glaube immer noch an den Frieden.« ■

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen:  
[www.amnesty.de/app](http://www.amnesty.de/app)

## BERGKARABACH IM HERBST 2020



Seit Mitte November gibt es nach neun Wochen Krieg einen Waffenstillstand, der unter der Vermittlung Russlands zustande gekommen ist. Das Waffenstillstandsabkommen hält fest, dass den Kriegsparteien jene Gebiete zugesprochen werden, die sie bis zum Waffenstillstand kontrollierten. Damit verliert Armenien Teile von Bergkarabach, vor allem aber eine »Pufferzone« genannte Region (in der Karte hellblau), die nun von Aserbaidschan regiert wird. Die Verbindung Armeniens zu Bergkarabach wird ebenso über einen Korridor sichergestellt wie die Verbindung eines im Südwesten Armeniens gelegenen Teilstücks Aserbaidschans zum Rest des Landes. Beide Korridore werden von russischen Truppen beaufsichtigt. Ein großer Teil der überwiegend armenischen Bevölkerung hat die nun zu Aserbaidschan gehörenden Regionen Bergkarabachs (hellblau) verlassen. Die armenische Regierung steht wegen der Gebietsverluste unter Druck.

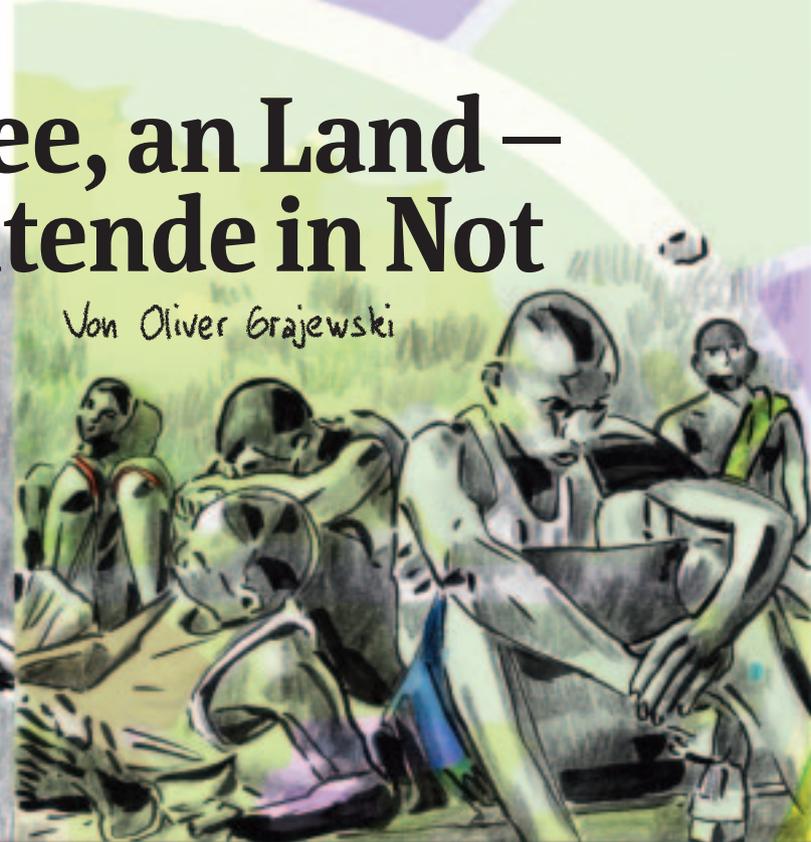


# Auf See, an Land – Flüchtende in Not

Von Oliver Grajewski



Tausende Flüchtende versuchen jedes Jahr von Libyen nach Malta zu gelangen.



Doch maltesische Behörden gefährden mit rechtswidrigen Maßnahmen immer wieder Menschenleben.





Zurück in Libyen kommt ungefähr die Hälfte der Flüchtlinge in offizielle Haftlager, während die andere Hälfte in inoffiziellen Haftlagern verschwindet.



Zu den dokumentierten Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Libyen gehören Tötungen, Verschwindenlassen, Folter, Vergewaltigungen, Misshandlungen und Zwangsarbeit.



Unzählige werden zurück in ihre Herkunftsländer abgeschoben.



Die EU muss sich endlich für eine staatliche Seenotrettung und sichere und legale Zugangswege nach Europa einsetzen, fordert Amnesty.

Die beiden Berichte finden Sie auf [www.amnesty.de/tuechtlinge-malta-libyen](http://www.amnesty.de/tuechtlinge-malta-libyen)



# Nein auf Arabisch

**In Ägypten haben Frauen zehn Jahre nach der Revolution eine Debatte über sexualisierte Gewalt losgetreten. Doch der Staat stellt sich nur dann hinter die Opfer, wenn es um konservative Werte geht.**

**Von Hannah El-Hitami**

Drei Worte schreit der ägyptische Starmoderator Amr Adeeb Anfang Juli in die Kamera: »No means no!« Der weltbekannte Slogan besagt, dass sexuelle Handlungen einvernehmlich stattfinden müssen, und dass kein noch so leises »Nein« übergangen werden darf. Nachdem der Moderator den Satz ins Arabische übersetzt hat, fährt er in seiner Sendung fort: »Egal, ob du sie ›Girlfriend‹ nennst oder ob sie deine Ehefrau ist: Wenn eine Frau Nein sagt, bedeutet das Nein. Keine Frau auf der Welt darf gegen ihren Willen zu sexuellen Handlungen gezwungen werden.«

Dass ein prominenter Moderator im ägyptischen Mainstream-Fernsehen über einvernehmlichen Sex und Vergewaltigung in der Ehe spricht, wäre noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen. Obwohl 99 Prozent der Ägypterinnen einer UN-Studie

zufolge schon einmal sexuell belästigt wurden, sprach bis vor Kurzem kaum eine Frau öffentlich über diese Erfahrungen. Die Angst, stigmatisiert zu werden, war zu groß. Noch immer weist die ägyptische Gesellschaft meist den Frauen die Schuld zu für sexuelle Übergriffe.

Doch es hat sich etwas getan: In diesem Sommer hat eine Bewegung Ägypten erfasst, die an #MeToo erinnert. Immer wieder bringt sie neue Fälle sexualisierter Gewalt ans Licht. Die Bewegung, die auf Instagram startete, hat inzwischen alle medialen und gesellschaftspolitischen Räu-

# »Frauen sollen ganz bestimmte Verhaltensweisen an den Tag legen. Sonst werden sie zur Zielscheibe.« Hind Ahmed Zaki, Wissenschaftlerin

me erreicht. Sie hat dazu geführt, dass Beschuldigte festgenommen, Gesetze geändert und Tabuthemen breit diskutiert wurden.

## Beträchtliche Erfolge

Die Bewegung nahm kurz vor Amr Adeeb's Auftritt ihren Anfang, als sich die 29-jährige Sabah Khodir entschied, die Taten eines Mannes namens Ahmed Bassam Zaki öffentlich zu machen, der jahrelang Mädchen und junge Frauen sexuell belästigt, genötigt und vergewaltigt haben soll.

Nachdem Khodir von einer betroffenen Freundin davon erfahren hatte, sprach sie mit mehreren Opfern. Auf Instagram postete sie ein Foto des 21-Jährigen zusammen mit der Aussage einer Betroffenen und der Bitte, weitere Opfer sollten sich melden.

Stattdessen kam eine Reaktion des Beschuldigten: Der Student aus reichem Hause verklagte nicht nur Khodir, sondern auch die Frau, deren Geschichte sie geteilt hatte. Verzweifelt bat die Betroffene Khodir, den Instagram-Post so schnell wie möglich zu löschen. Auch Khodir wusste nicht weiter. »Ich war mir sicher, dass Überlebende sexualisierter Gewalt in Ägypten es nie wieder wagen würden, über ihre Erfahrungen zu sprechen«, erzählt die ägyptische Frauenrechtsaktivistin.

Doch fand sie unerwartet Unterstützung. Nachdem sich ihr Aufruf in den Online-Netzwerken verbreitet hatte, begann der anonyme Account Assault Police die Geschichten weiterer Opfer zu sammeln und zu veröffentlichen. »Innerhalb von vier Tagen meldeten sich mehr als 500 Frauen mit Anschuldigungen gegen Zaki«, sagt Khodir. Sie begann, mit Assault Police zusammenzuarbeiten, und die Kampagne wurde größer. Anfang Juli wurde Ahmed Bassam Zaki schließlich festgenommen. Kurz darauf sicherte der Nationale Frauenrat allen Zeuginnen Unterstützung zu, und immer mehr Frauen wandten sich mit ihren Aussagen an die Polizei.

Die Erfolge dieser Frauenbewegung sind beträchtlich: Ein Gesetzentwurf zum besseren Schutz von Überlebenden sexueller Gewalt schaffte es im August ins Parlament. Und die Al-Azhar Moschee, die höchste religiöse Autorität des Landes, kritisierte schließlich sogar das »victim blaming«, also die weitverbreitete Praxis, die Schuld für sexuelle Übergriffe den Opfern zuzuschieben. Es schien, als würden sich Staat und Gesellschaft endlich dem Problem stellen.

## Intime Fotos im Internet

Ende Juli wurde Khodir jedoch von drei weiteren Frauen kontaktiert, die eine Gruppenvergewaltigung bei einer Party im Fünfsterne-Hotel Fairmont in Kairo im Jahr 2014 meldeten. Die neun mutmaßlich beteiligten Männer aus wohlhabenden und ein-

flussreichen Familien hatten die Tat gefilmt und das Video verbreitet.

Während sich die Öffentlichkeit kurz zuvor noch mit den Opfern des auf Instagram beschuldigten Mannes solidarisiert hatte, passierte nun das Gegenteil: Nicht nur die mutmaßlichen Täter, sondern auch Zeuginnen und Zeugen der Tat im Fairmont-Hotel wurden festgenommen. Einige sind bis heute in Haft. In einer medialen Schmutzkampagne wurden die Vorfälle als Gruppensexparty dargestellt. Man bezeichnete das Opfer und die Zeuginnen und Zeugen als Perverse und veröffentlichte intime Fotos von ihnen.

»Der Staat unterscheidet ganz klar zwischen ›respektablen‹ Frauen und ›unmoralischen‹, die er für nicht schützenswert hält«, sagt die ägyptische Feministin Hind Ahmed Zaki, die in den USA lebt und am politikwissenschaftlichen Institut der Universität in Connecticut arbeitet. »Frauen sollen ganz bestimmte Verhaltensweisen an den Tag legen. Tun sie dies nicht, werden sie zur Zielscheibe«, sagt die Wissenschaftlerin. Die Vergewaltigung im Fairmont-Hotel soll während einer Party stattgefunden haben. Die Opfer und ihre Freundinnen und Freunde hätten gefeiert und getrunken.

Ähnliches bekamen neun junge Ägypterinnen zu spüren, die seit April nach und nach festgenommen wurden. Die Frauen hatten auf dem Online-Netzwerk Tiktok Videos von sich beim Singen und Tanzen gepostet. Auch sie sollen dabei gegen die »Werte der ägyptischen Familie« verstoßen haben. Die Behörden schützen Frauen nur dann, wenn sie sich an konservative Regeln halten, sagt Hind Ahmed Zaki.

Nach Ansicht der Wissenschaftlerin existiert in Ägypten ein moralisches Vakuum, seit das Militärregime unter Abdel Fattah al-Sisi 2013 gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mursi putschte, der der Muslimbruderschaft angehörte. Das Regime geht seither hart gegen die islamistische Gruppierung vor, die gesellschaftlich und institutionell verankert ist. »Historisch hat die Muslimbruderschaft eine moralische Kontrollfunktion in Ägypten übernommen«, sagt Zaki. »Nachdem so viele von ihnen verhaftet wurden, muss das Regime nun selbst eine Form von moderat islamischem Moralismus propagieren.«

Doch die Erfolge im Sommer stimmen Zaki optimistisch. »Die Art und Weise, wie sexualisierte Gewalt derzeit in Ägypten debattiert wird, ist gigantisch«, sagt sie. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen ihrer Ansicht nach in der ägyptischen Revolution vor fast zehn Jahren. 2011 gingen Frauen massenhaft auf die Straße. Viele Initiativen, die sich damals gegen sexuelle Belästigung und für Frauenrechte gründeten, sind bis heute aktiv. »Was wir jetzt sehen, ist das Ergebnis der Mobilisierung von damals«, sagt Zaki. »Und das wird nicht die letzte Welle sein.« ■



# Mit Sicherheit nicht sicher

**Polizeigewalt ist in Frankreich ein großes Problem. Im Internet werden Fälle von Machtmissbrauch dokumentiert. Nun hat die französische Regierung ein Gesetz auf den Weg gebracht. Es kriminalisiert Videos, auf denen Polizisten im Einsatz zu sehen sind. Tausende protestieren.**

**Aus Paris von Luis Jachmann**

Ein großgewachsener Mann hält sich einen Moment lang draußen ohne Maske auf. Mitten im Lockdown, an einem Novemberabend in Paris. Sein Name ist Michel Zecler. Er ist Musikproduzent. Als er ein Polizeifahrzeug sieht, versucht er, aus Angst vor einem Bußgeld, schnell in sein Tonstudio zurückzukehren. Doch schon sind drei Polizisten hinter ihm her, beschimpfen ihn rassistisch, prügeln unvermittelt auf ihn ein. Wieder und immer wieder, ins Gesicht, auf den Kopf, mit Schlagstöcken, minutenlang. Eine Kamera hat die rohe Gewalt der Polizisten gefilmt.

Es gibt viele Beispiele brutaler Polizeieinsätze in Frankreich. Sie sind auf bewegten Bildern festgehalten und verbreiten sich

schnell in den Online-Netzwerken. Für die Opfer sind sie vor Gericht oft der einzige Beweis. Doch ein neues Gesetz soll im Internet kursierende Bilder von Polizeigewalt künftig verhindern. Das französische Parlament hat es bereits verabschiedet, im Januar könnte der Senat, die zweite Kammer, es noch einmal prüfen.

Gegen das Sicherheitsgesetz (Sécurité globale) formierte sich schnell Widerstand. Die Zeitung Libération veröffentlichte einen Appell von 800 Film- und Medienschaaffenden, die die Pressefreiheit in Gefahr sehen. Einen Rüffel gab es auch aus Genf, Sprecher des UN-Menschenrechtsrats sahen das Recht auf freie Meinungsäußerung bedroht.

Für Anne Sophie Simpère von Amnesty International in Frankreich ist völlig schleierhaft, warum es das neue Sicherheitsgesetz gibt: »Der französische Innenminister sagt, das Gesetz solle die Polizisten schützen. Dabei gibt es das Recht am eigenen Bild, das schon längst alle vor Bedrohungen, Beleidigungen und Missbrauch schützt, natürlich auch Polizisten.«



Fotos: LDD8 Paris

## Proteste im ganzen Land

Wenige Tage nach der Parlamentsdebatte im November trieb das umstrittene Gesetz Tausende Menschen auf die Straße – mitten im Lockdown. In mehreren französischen Großstädten hatten Journalistinnen und Journalisten, Gewerkschaften und linke Parteien zu Protesten aufgerufen. Bei der landesweit größten Kundgebung in Paris versammelten sich in der Nähe des Eiffelturms vor allem junge Leute.

Eine von ihnen war Joana Furquim. Die Brasilianerin, die in der französischen Hauptstadt studiert, kam mit ihren französischen Freunden zur Demonstration. Sie hörten die Parolen: »Polizei überall, Gerechtigkeit nirgendwo«. Zwischendurch wurde es ruhig. Es lag Melancholie in der Luft, sagt Furquim. »Ich bin

**Kreativer Protest.** Amnesty International in Frankreich arbeitet auf seiner Webseite Amnesty.fr mit einem kleinen Online-Schiebereglern. Stumpfe Polizeigewalt kann so karikiert und lächerlich gemacht werden.

# In Libération wandten sich 800 Film- und Medienschaffende gegen das Gesetz.

noch nicht lange in Frankreich, aber ich spüre, dass dieses Gesetz eine Gefahr für die Demokratie ist. Es ist ein Angriff auf Menschen, die an Freiheitsrechte glauben. Für mich ist es keine Frage, dass wir gegen das Gesetz protestieren müssen«. Auch eine andere Demonstrantin sah die Freiheit in Gefahr: »Wir können Bilder vom Machtmissbrauch der Polizei bald nicht mehr vor Gericht verwenden«, so ihre Befürchtung. »Dabei ist das unsere einzige Möglichkeit, Polizeigewalt zu beweisen.«

Mancherorts flackerten rote Bengalos auf. Fast alle Demonstrierenden trugen Masken und wahrten Abstand, so gut es ging. Auf einer Bühne hielten Medienschaffende und Menschen aus der Zivilgesellschaft Reden, sprachen von Polizeistaat und vom Ende der Pressefreiheit.

Arié Alimi von der französischen Liga für Menschenrechte



stellte fest: »Das Gesetz soll straffällige Polizisten vor Verfolgung schützen. Präsident Emmanuel Macron hat der Polizeigewerkschaft dieses Zugeständnis gemacht, auf das sie lange gewartet hat«. Viele Plakate auf der Demonstration spiegelten ähnliche Befürchtungen wider: »Demokratischer Notstand«, »Wenn Schweigen zum Verrat wird«, »Wer schützt uns vor der Polizei?« war darauf zu lesen.

Manuel Ausloos filmt regelmäßig bei Demonstrationen im Auftrag französischer Sender und Presseagenturen. Der Kameramann sieht ein generelles Problem: »Die Polizei provoziert oft. Plötzlich entscheidet sie offenbar willkürlich, eine Zone zu sperren. Das stachelt insbesondere diejenigen an, die eine Auseinandersetzung suchen. Dann schaukelt sich alles hoch. Am Ende einer Demo kommt es eigentlich immer zu heftigen Auseinandersetzungen – ausgelöst durch Vandalismus der Demonstrierenden oder weil die Polizei die Versammlung aggressiv auflöst. Schnell ist Tränengas im Spiel. Und leider schlagen manche Polizisten dann auch mit ihren Schlagstöcken zu.«

Vor einem Jahr war der 27-jährige noch auf der Journalistenschule. In den letzten Monaten seiner Ausbildung berichtete er bereits für eine Presseagentur über Proteste in Paris. Immer dabei: eine große Kamera, ein Mikrofon und ein Stativ, einen Presseausweis hatte er jedoch zunächst nicht. »In Frankreich brauchst du den nicht zwangsläufig, um über eine Demonstration zu berichten. Aber ich habe oft Situationen erlebt, in denen Polizisten mir sagten: »Nein, du rührst dich nicht vom Fleck. Du hast keinen Presseausweis«. Dabei hatte ich die schwere Ausrüstung bei mir, und das Logo der Presseagentur war überall zu sehen.«

Aber selbst ein Presseausweis sei keine Garantie dafür, dass Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit machen könnten,



Fotos: DOB Paris

berichtet Ausloos: »Auch Kolleginnen und Kollegen mit Presseausweis werden von der Polizei schikaniert, festgehalten und sogar verletzt. Früher hatte das nicht diese Dimension.« Joana Furquim blieb mit ihren Freundinnen und Freunden bis zum offiziellen Ende der Kundgebung gegen das neue Sicherheitsgesetz. Als die Polizei den Platz räumte, kam es zu Ausschreitungen. Einige Demonstrierende wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen. Furquim kann den Unmut ihrer Mitdemonstrierenden verstehen: »Das Gesetz ist schockierend. Und einige bedenkliche Dinge, die das Gesetz der Polizei zusichert, sind längst im Einsatz: Auch heute schwebte eine Drohne über uns.«

### **Umfangreiche Überwachung**

Die geplante Ausweitung der Überwachung stellt nach Ansicht von Anne Sophie Simpère von Amnesty International eine Gefahr dar: »Nach dem neuen Gesetz können Polizeidrohnen, die Aufnahmen machen, fast überall eingesetzt werden. Es gibt nur noch wenige Einschränkungen. Das steht in keinem Verhältnis zum Schutz der Privatsphäre und zum Recht auf Versammlungsfreiheit.«

Formuliert hat das Gesetz ausgerechnet Jean-Michel Fauvergue, der früher eine Spezialeinheit der Polizei zur Terrorismusbekämpfung leitete und heute Abgeordneter von Macrons Partei »La République en Marche« ist. Er sagte, das Gesetz ziele darauf ab, eine »Hetzjagd« gegen Einsatzkräfte in den Online-Netzwerken zu verhindern und »die Hoheit im Krieg der Bilder wiederzugewinnen«.

Tatsächlich haben die Bilder über Gewaltexzesse von Polizistinnen und Polizisten Frankreich schockiert. Nach Ansicht von Manuel Ausloos hat die systematische Polizeigewalt seit den Gelbwesten-Protesten ein neues Niveau erreicht: »Seither ist Gewalt offenbar ein adäquates Mittel der Polizei – auch weil sie selbst Gewalt erfahren hat. Sie versucht erst gar nicht mehr, zu deeskalieren.«

Der Regisseur David Dufresne hat mit seinem Dokumentarfilm »Das Gewaltmonopol« zuletzt schonungslos gezeigt, wie Polizeigewalt zu einem Klima des Misstrauens beigetragen hat. Für seinen Kinofilm trug er gefilmtes Material von Journalistinnen und Journalisten sowie aus Online-Netzwerken zusammen und dokumentierte so mehr als 30 Fälle von Polizeigewalt.

Rabiate Polizeieinsätze mehrten sich während des Lockdowns auch an den Schulen. Als am Gymnasium Colbert im Norden von Paris Schülerinnen und Schüler den Eingang blockierten und striktere Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus forderten, rückte die Polizei mit Tränengas an und löste die friedliche Blockade auf. Ein Journalist, der die Szene filmte, wurde aufgefordert, damit aufzuhören. Er wurde schließlich durch das Tränengas vertrieben. »Die Regierung kennt nur eine Antwort auf Gegenstimmen: neue Sicherheitsmaßnahmen«, stellt Manuel Ausloos fest: Und das führt zu immer mehr unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen. Überall.«

Auch Geflüchtete werden Opfer von Polizeigewalt. Im November räumte die Polizei ein großes Camp im Norden von Paris und machte damit Hunderte Geflüchtete obdachlos. Bilder von Hilfsorganisationen zeigten, wie die Polizei mit Tränengas schoss. Als die Organisationen einige Tage später ein symbolisches Protestcamp auf der Place de la République einrichteten und Zelte aufstellten, in denen sich Geflüchtete niederließen, rückte erneut die Polizei an. Dutzende Gendarmen mit Schlagstöcken, Tränengasgranaten und Schutzschildern räumten den

## **»Die Polizei hat jetzt das Gefühl, tun zu können, was sie will.« Manuel Ausloos, Reporter**

Platz. Einige von ihnen griffen Helferinnen und Helfer an, warfen die Zelte um und zogen Geflüchtete heraus. Eine Hilfsorganisation sprach später von einer »Menschenjagd«.

»Das Gesetz ist ein übles Signal. Die Polizisten haben das Gefühl, dass sie jetzt tun können, was sie wollen. Denn sie wissen, dass die Regierung hinter ihnen steht«, sagt Manuel Ausloos. Innenminister Gérald Darmanin räumte in der Nacht nach der Räumung auf Twitter ein, dass einige Bilder schockierten. Er erwarte von der Polizeipräfektur eine Aufarbeitung der Ereignisse. Das Sicherheitsgesetz stellte er aber nicht in Frage.

Eine Woche später gingen noch mehr Menschen gegen das Gesetz auf die Straße. Mehr als 40.000 waren es allein in Paris. Auch Joana Furquim war wieder dabei. Es kam zu heftigen Ausschreitungen. Autos wurden angezündet, Steine geworfen. Die Polizei ging dazwischen, auch Drohnen kamen wieder zum Einsatz. »Die Überwachung durch die Polizei hindert mich nicht daran, weiter auf Demonstrationen zu gehen«, sagt die Studentin.

Noch hat das Gesetz ein paar Hürden zu überwinden. Frankreichs Premierminister Jean Castex hat bereits angekündigt, dass es vom Verfassungsgericht geprüft werden solle. Sicher ist sicher. ■

### **DAS IST DAS SICHERHEITSGESETZ**

Das Sicherheitsgesetz (Sécurité Globale) wurde im Eilverfahren im französischen Parlament diskutiert und am 20. November mit großer Mehrheit verabschiedet. Besonders umstritten blieb bis zuletzt Artikel 24. Er verbietet in einer ersten Fassung die Aufnahme und Veröffentlichung von Bildern, die Polizisten im Einsatz zeigen. Bei einer »klar böswilligen Absicht« soll die Verbreitung von Polizeiaufnahmen mit einer Geldstrafe von bis zu 45.000 Euro und einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Der französische Innenminister versicherte, die journalistische Arbeit werde dadurch nicht beeinträchtigt. Medienvertreterinnen und Menschenrechtsverteidiger sprechen aber sehr wohl von einem Eingriff in ihr Recht, über Polizeigewalt zu berichten.

Andere Artikel des Sicherheitsgesetzes geben der Polizei mehr Mittel an die Hand. Artikel 25 zum Beispiel erlaubt Polizistinnen und Polizisten, auch außerhalb des Dienstes eine Waffe in öffentlichen Gebäuden mitzuführen. Umstritten ist auch der neue Rahmen für die Nutzung von Drohnen und von Software zur Gesichtserkennung. Das Gesetz schränkt die Anwendung dieser technischen Hilfen zur Videoüberwachung durch die Polizei kaum noch ein.

# In mehr als 350 Fällen aktiv

**Der Anwalt Blaise Francis El Mourabit betreut ehrenamtlich Menschen, die juristisch gegen Rassismus vorgehen. Er berichtet über seine Erfahrungen – insbesondere mit rassistischem Verhalten bei der deutschen Polizei.**

Protokoll: Andreas Koob

Es melden sich bei mir vor allem Menschen mit dunkler Hautfarbe und afrikanischen Wurzeln. Oft aber auch Personen mit arabischen und türkischen Bezügen, Sinti und Roma und jüdische Menschen aus ganz Deutschland. Sie wollen juristisch gegen rassistische Vorfälle vorgehen. Ich vertrete sie als Anwalt kostenfrei in meiner Freizeit – neben meinem eigentlichen Job als Unternehmensanwalt in einem internationalen Konzern. Diese gemeinnützige rechtliche Beratung biete ich schon länger an. Nach dem Mord an George Floyd im Juni 2020 in den USA habe ich öffentlichkeitswirksam dazu aufgerufen, sich rechtlich gegen Rassismus zu wehren. Seitdem bin ich in mehr als 350 Fällen aktiv geworden.

Es hat mich erschreckt, wie viele Menschen sich melden und welche Erfahrungen sie machen. Denn das offenbart das gewaltige Ausmaß von Rassismus in Deutschland. Rund ein Viertel meiner Fälle betrifft die Polizei: Das Spektrum reicht von anlasslosen Kontrollen, dem sogenannten Racial Profiling, über offene rassistische Beleidigungen bis hin zu massiver, rechtswidriger Polizeigewalt.

Um zwei Beispiele zu nennen: Ein Mann aus Essen wurde von einem Polizisten vor den Augen seiner Familie zu Boden geworfen, gewürgt und geschlagen. Dabei ist er selbst nicht gewalttätig gewesen, wie er in Übereinstimmung mit Zeugenaussagen beteuert. Ein anderer wurde in Frankfurt von drei Polizisten auf offener Straße zusammengeschlagen, als er bereits wehrlos am Boden lag. Sie traktierten ihn mit Tritten und Schlägen an Kopf und Wirbelsäule, während der Rest des Einsatzteams Zeuginnen und Zeugen mit Pfefferspray verscheuchte.

Das sind nur zwei meiner vielen Fälle. Was sich darin beispielhaft zeigt, ist ein Rassismusproblem bei der Polizei. Dazu zählt klar rassistisch intendiertes Handeln, aber auch unterbewusstes Verhalten. Letzteres ist dadurch mitverursacht, dass wir alle in Deutschland rassistisch sozialisiert sind.

## **Eigenes Erlebnis**

Auch ich mache immer wieder negative Erfahrungen mit der Polizei. In die wohl schlimmste Situation geriet ich im Alter von 19 Jahren: Ich fuhr mit meinem ersten Auto, einem roten Sportwagen, durch die Wuppertaler Innenstadt. Dabei bemerkte ich im Rückspiegel einen VW Golf, dessen Fahrer wild herumkurvte

und waghalsig überholte, bevor er schließlich neben mir fuhr. Aus dem Seitenfenster hielt der Beifahrer in der einen Hand eine Polizeikelle, in der anderen eine Schusswaffe, die er direkt auf mich richtete, um mich aus dem Verkehr zu winken.

Mich versetzte das in Panik. Als ich anhielt, stürmten die beiden Zivilpolizisten mit gezogenen Waffen heran – einer von links, einer von rechts. Schließlich wurde ich an die Motorhaube gestellt und abgetastet. Ich musste mich ausweisen, während beide Polizisten mich anbrüllten und einer weiterhin seine Waffe auf mich richtete.

Wenige Wochen zuvor war in den USA ein Afroamerikaner bei einer Verkehrskontrolle erschossen worden, als er nach seinem Ausweis griff. Das ging mir in der Situation durch den Kopf. Ich dachte: Wenn ich mich irgendwie ungeschickt verhalte, kann es auch mein Leben kosten. Ich hatte Todesangst und habe geweint. Mein Auto sah teuer aus, und die Polizisten verdächtigten mich, es gestohlen zu haben.

Als sie merkten, dass ihr Verdacht ein Irrtum war, entschuldigten sie sich. Aber das Trauma dauert bis heute an. Ich verurteile nicht alle Polizistinnen und Polizisten. Die Mehrheit von ihnen macht sicherlich einen guten Job. Aber jedes Mal, wenn ich Polizei sehe, habe ich seitdem Angst.

Das Erlebnis hat auch dazu beigetragen, dass ich mich für ein Jurastudium entschied. Neben den guten Karrierechancen ging es mir darum, das Rechtssystem und auch die eigenen Rechte zu kennen. Ich wollte mich zur Wehr setzen und auch anderen helfen können.

Nach der Polizeikontrolle habe ich damals nichts unternommen. Nicht einmal meinen Eltern habe ich davon erzählt. Es war mir unangenehm, fast schon peinlich. Und diese unangenehmen Gefühle teilen viele meiner Mandantinnen und Mandanten.

Wenn ich mich als Anwalt in Fälle einschalte, bewirkt das nicht immer etwas. Nur mit Videos oder Aussagen von Zeuginnen und Zeugen hat man in der Regel echte Chancen, um erfolg-

**»Es hat mich erschreckt, wie viele Menschen sich melden und welche Erfahrungen sie machen.«**



Sieht ein Rassismusproblem bei der Polizei. Der Anwalt Blaise Francis El Mourabit.

reich gegen Polizeigewalt vorzugehen. Steht Aussage gegen Aussage, wird den Worten von Polizistinnen und Polizisten deutlich mehr Gewicht eingeräumt als den Opfern. Dennoch zählt jede Beschwerde, jede Anzeige, jedes Verfahren. Denn Aktenvermerke machen den Beamtinnen und Beamten deutlich, dass sie unter Beobachtung stehen.

Das ist wichtig in einer Demokratie. Da das Gewaltmonopol zurecht beim Staat liegt und die Polizei sehr weitreichende Befugnisse hat, in Grundrechte einzugreifen, braucht es als Gegenstück die Kontrolle. Hier ist die Politik in der Pflicht. Statt rassistische Vorfälle mit Verweis auf sogenannte Einzelfälle zu relativieren, muss sie Betroffene besser vor Rassismus bei der Polizei schützen.

### **Kennzeichnungspflicht und Bodycams**

Dafür ließen sich zwei Schritte schnell umsetzen: Eine bundesweite Kennzeichnungspflicht für alle Polizistinnen und Polizisten – in Form von Dienstnummern oder Namen auf den Uniformen. Und eine Pflicht zum Einschalten von Bodycams, sobald in Grundrechte eingegriffen wird.

Darüber hinaus fordere ich ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz für alle Bundesländer. Bisher gibt es das nur in Berlin. Das Gesetz folgt der EU-Antirassismusrichtlinie, die Deutschland in den anderen Bundesländern noch nicht vollständig umgesetzt hat.

Vorgesehen ist etwa eine Beweislastumkehr bei rassistischer Diskriminierung durch Amtspersonen. Macht ein Betroffener

seine Erfahrung glaubhaft geltend, muss die Behörde erst einmal beweisen, dass es keine Diskriminierung war. Außerdem ist ein Verbandsklagerecht vorgesehen: Anstelle der Betroffenen könnten dann auch Antidiskriminierungsstellen klagen. Wenn diese Vorgaben endlich umgesetzt wären, würde sich vieles ändern.

Wer solche Maßnahmen pauschal ablehnt, hat ein falsches Demokratieverständnis: Er lässt Menschen im Stich, die zurecht erwarten, von der Polizei rechtmäßig behandelt zu werden und sich wehren zu können. ■

### **WAS AMNESTY FORDERT**

Auch Amnesty International stellt umfassende Forderungen an die Polizei. Die Organisation verlangt etwa eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten sowie unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsmechanismen bei mutmaßlich rechtswidriger Polizeigewalt. Die Einführung einer Bodycam lehnt Amnesty zwar nicht ab, jedoch fordert die Organisation, dass ihr Einsatz auch Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Transparenz und Kontrolle gegenüber der Polizei verhelfen muss. Weil die Bodycam in das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung eingreift, muss der Einsatz aus Sicht der Organisation verhältnismäßig sein.

# »Der Rechtsstaat wird beschworen, wenn er mit voller Härte zuschlagen soll«

Der Rechtswissenschaftler **Tore Vetter** erklärt, warum rechtsextreme Rechtspolitik so gefährlich ist und wie die Justiz Rassismus befördert.

Interview: Lea De Gregorio

**Rechte Parteien beziehen sich gern auf die Rechtsstaatlichkeit. Was geht Ihnen als Jurist dabei durch den Kopf?**

Mir fällt auf, dass die politische Rechte den Begriff einseitig und verkürzt benutzt. Die Rechten tragen den Begriff des Rechtsstaats vor sich her, um ihre politischen Positionen zu legitimieren. Der Rechtsstaat wird beschworen, wenn er mit voller Härte zuschlagen soll. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes sich dadurch auszeichnet, dass staatliche Gewalt an Grund- und Menschenrechte gebunden ist. Es geht ihnen nicht um den Rechtsstaat, sondern um einen autoritären Ordnungsstaat.

**Es wird also von Rechtsstaatlichkeit gesprochen, geht aber um Praktiken, die der Rechtsstaatlichkeit zuwiderlaufen?**

Ja, genau.

**Warum ist rechte Rechtspolitik so gefährlich?**

Rechte Parteien inszenieren sich oft als »Law and Order-Vertreter«. Sie normalisieren ihre Rechtspolitik innerhalb des Rechts, etwa wenn Rechte in Regierungsverantwortungen gelangen und Institutionen besetzen. Das passiert zum Beispiel in Polen und Ungarn, wo die Regierungsparteien dabei sind, die Verfassungsgerichte auf Linie zu bringen und den Rechtsstaat damit zu beschneiden.

**Das Recht soll uns vor Menschenfeindlichkeit schützen. In welchen Bereichen befördert die Justiz Rechtsextremismus?**

Grund- und Menschenrechte schaffen gewissermaßen einen zivilisatorischen Mindeststandard, zum Beispiel das Diskrimi-

nierungsverbot im Grundgesetz. Es verbietet der Polizei das Racial Profiling. Sie darf Menschen nicht aus rassistischen Gründen kontrollieren, etwa weil sie eine bestimmte Hautfarbe haben oder ihnen eine bestimmte Herkunft zugeschrieben wird. Dazu kommt, dass bestimmtes menschenfeindliches Verhalten zunächst bestraft wird – zum Beispiel nach dem Straftatbestand der Volksverhetzung. Und seit 2015 sollen bei Straftaten auch rassistische, fremdenfeindliche und andere menschenfeindliche Beweggründe berücksichtigt werden. Die Justiz fördert Rechtsextremismus und Rassismus dann, wenn diese gesetzlichen Vorgaben bei Entscheidungen nicht beachtet werden.

**Haben Sie dafür ein Beispiel?**

Etwa wenn rassistische Beweggründe im Gerichtsverfahren nicht als solche erkannt werden oder Erscheinungsformen des Antisemitismus als angeblich zulässige »Israelkritik« bewertet werden. Ein Beispiel dafür wäre ein Angriff auf eine Synagoge, der nicht als antisemitisch, sondern als Israelkritik gedeutet wird. Das trägt zu einer Normalisierung von rassistischen, rechtsradikalen und antisemitischen Gedanken und Verhalten bei.

**Warum ist es so schwierig, mit rechtlichen Mitteln gegen Rechtsextremismus vorzugehen?**

Zu einem Rechtsstaat gehört, dass er auch seinen Feinden Rechte zugesteht. Und zu den Grundrechten gehören Freiheitsrechte wie die Meinungs- und die Versammlungsfreiheit. Auf die können sich auch Rassisten und Rechtsradikale berufen. Das Problem ist, dass Rechtsradikale gerne an die Grenzen des verfassungsmäßig Zulässigen gehen. Oft wird ausprobiert, was gerade noch zulässig ist. Wo das Recht dann nicht weiterkommt, ist die Zivilgesellschaft gefragt.

**Sind öffentliche Diskussionen und Demonstrationen geeignet, um dem entgegenzutreten?**



**Die Zivilgesellschaft ist gefragt.** Demo gegen Rechts in Bochum, November 2020.

Ja. Ein Beispiel, das immer wieder diskutiert wird, sind Nazi-demonstrationen. Die können erst verboten werden, wenn ein Verbotstatbestand der Versammlungsgesetze erfüllt ist. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet wird. Zum Beispiel, wenn gewalttätige Ausschreitungen drohen. Oder wenn auf rechten Demos Hakenkreuze und andere verfassungsfeindliche Symbole gezeigt werden. Wenn Nazis aufmarschieren, muss zuerst die Zivilgesellschaft dagegenhalten. Wir können und sollten nicht jede Demo von Rechtsradikalen verbieten. Wenn rechte Demos nicht stattfinden, kann auch nicht zu Gegendemos mobilisiert werden. Den Kampf gegen Rechts bringt das nicht voran.

### **Nicht immer werden rechte Gedanken offengelegt. In Ihrem Report »Recht gegen rechts« schreiben Sie und die anderen Herausgeber, dass sich die Grenze des Sagbaren auch in Gerichtssälen verschiebt.**

Das ist ein Zeichen davon, dass sich die Grenze des Sagbaren in der Gesellschaft insgesamt verschiebt. Ein wichtiges Mittel dagegen ist die Öffentlichkeit. Gerichtstermine sind bis auf Ausnahmen grundsätzlich öffentlich. Das heißt, die Öffentlichkeit und die Presse haben die Funktion, auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen hinzuweisen, sie zu benennen und zu skandalisieren. Zum Beispiel auch im Fall des AfD-Politikers Nikolaus Kramer, der im Schweriner Landtag das N-Wort benutzt hat. So etwas muss skandalisiert werden. In dem Fall wurden offensichtlich die Bedeutung und die rassistische Konnotation des N-Wortes verkannt. Kramer hatte einen Ordnungsruf erteilt bekommen und erfolgreich dagegen geklagt.

### **Im Fall Kramer war es nicht möglich, ihn zur Rechenschaft zu ziehen?**

Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat eine sehr fragwürdige Beurteilung zugunsten der parlamentarischen Redefreiheit getroffen. Es wurde entschieden, dass das Wort polemisch gemeint war und als Meinungsäußerung hingenommen werden müsse.

### **Nicht nur solche Vorfälle, auch die rechtsextremen Chatgruppen der Polizei schwächen das Vertrauen in die Justiz.**

Bei den Chatgruppen sind sicherlich alle rechtsstaatlichen Grenzen überschritten. Die Gruppen werden dennoch nicht als Problem erkannt und immer noch als Einzelfälle betrachtet. Da

zeigt sich ein strukturelles Problem bei der Polizei, der viele grundsätzlich trotzdem noch ein großes Maß an Vertrauen zusprechen. Zudem müssen wir an die Menschen denken, die von rassistischer Polizeigewalt und Racial Profiling betroffen sind. Wenn sie von solchen Chatgruppen hören, haben sie noch mehr Hemmungen, sich bei Gewalterfahrungen an die Polizei zu wenden. Das ist ein weiterer Aspekt des Problems.

### **Amnesty fordert eine Beschwerdestelle für Opfer von rassistischer Polizeigewalt. Inwieweit ist das eine Strategie, um gegen Menschenfeindlichkeit in der Justiz insgesamt vorzugehen?**

Das ist eine gute Strategie. Studien zeigen immer wieder, dass es Probleme gibt bei Verfahren gegen Beamte und Beamtinnen. Der weit überwiegende Teil der Verfahren wird eingestellt, und wenn es zu einem Verfahren kommt, werden wenige verurteilt. Oft kommt es zudem zu Gegenanzeigen. Das Problem entsteht unter anderem dadurch, dass Polizeibeamte gegen Polizeibeamte ermitteln. In der Polizei herrscht ein ausgeprägter Korpsgeist. Aussagen gegen Kollegen werden oft als Verrat aufgefasst. Es existiert offenbar keine ausreichende Fehlerkultur.

### **Was könnte außer der Beschwerdestelle noch helfen?**

Es müsste eine unabhängige Studie zum Rassismus in der Polizei geben. Außerdem muss anerkannt werden, dass die Polizei ein Problem mit Rechtsradikalismus hat. Das wäre die Grundlage, um etwas zu verbessern. Eine andere Idee wäre, bei Personenkontrollen den Betroffenen eine Bescheinigung über den Grund der Kontrolle auszustellen. Racial Profiling könnte so gewissermaßen zumindest ein wenig vorgebeugt werden. Beamte müssten aufschreiben, warum sie eine Person kontrollieren. Und wenn sie nicht mehr aufschreiben können als »der hat nicht die passende Hautfarbe«, lassen sie vielleicht öfter von Kontrollen ab. ■



Foto: privat

### **TORE VETTER**

Tore Vetter ist Mitherausgeber des Reports »Recht gegen Rechts« (S. Fischer 2020) und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Rechtswissenschaft der Universität Bremen.

# Denker fragen: Christian Neuhäuser

**Ist Reichtum per se ungerecht?** Nein. Es ist nicht so, dass Reichtum allein eine ungerechte Beziehung zu einem anderen Menschen mit sich bringt. Geld muss nicht immer auf ungerechte Weise erworben sein. Reichtum ist lediglich in der Konsequenz ungerecht oder eben dann, wenn er auf eine ungerechte Weise erworben wurde, zum Beispiel durch Ausbeutung.

**Müsste Reichtum nicht gerechter verteilt werden?** Wenn Reichtum ungerecht ist, dann muss er gerechter verteilt werden. Etwa dann, wenn Reichtum anderswo gerechter genutzt wäre. Denken wir etwa an die Bekämpfung des Klimawandels oder an die Bekämpfung von Armut. Aber er muss auch dann gerechter verteilt werden, wenn Reichtum Resultat der Ausbeutung anderer Menschen ist. Reichtum könnte durch bestimmte Politikmaßnahmen besser verteilt werden, zum Beispiel mit einer Steuer, die Reichtum auf eine bestimmte Höhe begrenzt.

**Menschen, die in Armut leben, werden an der Ausübung ihrer Menschenrechte häufiger gehindert als reiche Menschen. Sind Menschenrechte für manche Menschen unbezahlbar?** Zwischen der Rechtsunsicherheit der Armen und dem Reichtum der Reichen besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Denn Reichtum bedeutet immer wirtschaftliche und politische Macht. Und die Rechtsunsicherheit der Armen wird durch

die politische und wirtschaftliche Macht der Reichen fortgesetzt.

**Wann genau führt Reichtum zu Macht?** Es geht um strukturelle Macht. Man muss sich das nicht verschwörungstheoretisch vorstellen. Es ist nicht so, dass ein einzelner Mensch irgendwelche Strippen in der Hand hat. Eher ist es so: Viele reiche Menschen, meistens Unternehmer, kontrollieren sehr viel Kapital. Und damit bestimmen sie die Wirtschaft und auch den Handlungsspielraum in der Politik. Es geht also nicht um einzelne Menschen, sondern um eine soziale Gruppe, die mit ihren Unternehmen wirtschaftliche Interessen verfolgt.

**Menschenrechte sind von übermäßigem Reichtum gefährdet, etwa wenn politische Entscheidungen gekauft werden?** Genau. Je stärker der Reichtum in wenigen Händen liegt, desto stärker ist es von dem guten Willen der Reichen abhängig, ob Menschenrechte eingehalten werden.

Interview: Lea De Gregorio

Christian Neuhäuser ist Professor für Philosophie an der TU Dortmund. Sein Buch »Reichtum als moralisches Problem« erschien im Suhrkamp-Verlag.

Das Buch »Wie reich darf man sein?« bei Reclam.



Foto: Roland Barage

# Das steckt drin: Zement

Zement ist weltweit als **Baustoff** nachgefragt. 2018 wurden global **3,99 Milliarden Tonnen** Zement produziert. Der größte Produzent ist China mit einem Anteil von mehr als 54 Prozent.

Für die Umwelt ist die Herstellung von Zement höchst schädlich. Der Abbau des Ausgangsstoffes Kalkstein sorgt für einen enormen **Flächenverbrauch** und den **Verlust seltener Pflanzen und Tierarten**. Die Herstellung von Zement verursacht 8 Prozent der globalen **Treibhausgasemissionen**.

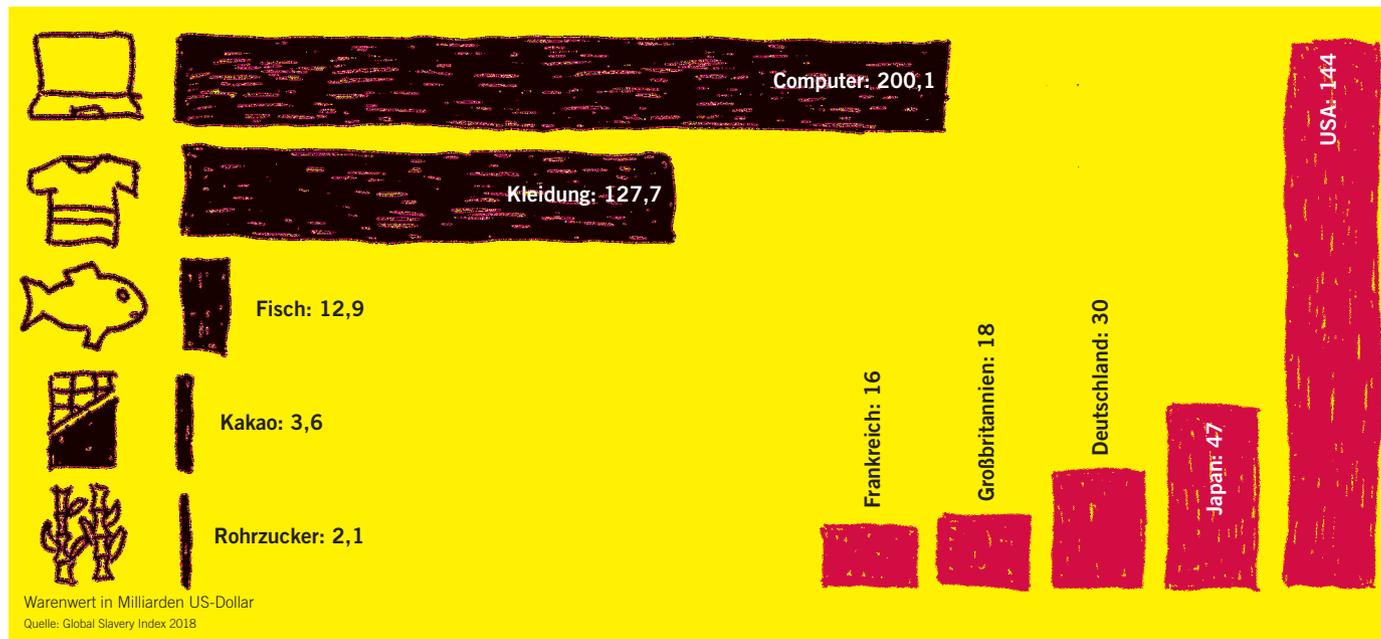
Doch auch die **Menschenrechte** werden beim Abbau und der Verarbeitung von Kalkstein **gefährdet**. Dies zeigt eine Beschwerde gegen **Heidelberg Cement**, den zweitgrößten Zementhersteller der Welt. Vertretungen indonesischer Gemeinden auf der Insel **Java** werfen dem Unternehmen vor, mit einer geplanten Kalksteinmine und einem Zementwerk ihre **Existenzgrundlage, Wasserressourcen sowie das lokale Ökosystem** zu gefährden. Das Unternehmen verstoße gegen die **wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte**, wie sie in der UN-Erklärung über indigene Völker verankert sind. Gefährdet sind mehr als 35.000 Menschen.

Die indonesischen Gemeinden verlangen eine unabhängige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung sowie die Achtung der Rechte der indigenen Völker.

Quellen: FIAN, WWF  
Foto: Anatol/Shutterstock

# Malen nach Zahlen: Moderne Sklaverei

Weltweit befinden sich 40,3 Millionen Menschen in moderner Sklaverei; 71 Prozent von ihnen sind Frauen. Die G20-Staaten importieren jährlich Waren im Wert von 354 Milliarden US-Dollar, die im Verdacht stehen, aus Sklavenarbeit zu stammen. Hier die Top-Fünf-Produkte und die Top-Fünf-Importeure.



## Besser machen: Lebensmittelpreise

**Das Problem:** Nur ein Beispiel – in Ecuador mussten 60 Prozent der Familienbetriebe, die Bananen produzieren, zwischen 2015 und 2018 aufgeben. Die Ursache dafür sind unfaire Preise, die die großen Discount- und Supermarktketten für Lebensmittel zahlen. Während die Kleinbauern einen Preis von 6,30 US-Dollar für einen Karton Bananen einnehmen müssten, um überleben zu können, zahlen die Abnehmer oft nur 2 bis 3 US-Dollar. Unter solchen Dumpingpreisen leiden auch bäuerliche Betriebe, die Milch, Fleisch oder Kakao verkaufen.

**Das Instrument:** Der zentrale Hebel, um Billigpreise in Europa und weltweit zu unterbinden, könnte die EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken sein. Sie ist am 1. Mai 2019 in Kraft getreten und muss bis zum 1. Mai 2021 in nationales Recht umge-

setzt sein. Die Richtlinie verbietet unfaire Einkaufspraktiken. In Deutschland befindet sich der entsprechende Gesetzentwurf noch in der Abstimmung.

**Die Kritik:** Ein breites Bündnis von 49 Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs-, Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich kritisiert die europäische Richtlinie als unzureichend. Sie fordern von der Bundesregierung ein umfassendes Verbot unlauterer Handelspraktiken sowie das Verbot, Lebensmittel zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Nötig sei zudem die Einrichtung einer Preisbeobachtungsstelle und einer Ombudsstelle sowie das Bundeskartellamt als Durchsetzungsbehörde.

Quellen: Bundeslandwirtschaftsministerium, BUND, Oxfam, ABL, u. a.

## KLICKEN FÜR AMNESTY

[WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN](http://WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN)



### ANKLAGEN GEGEN DIE »EL HIBLU 3« FALLEN LASSEN!

Die Besatzung des Öltankers »El Hiblu« rettete mehr als 100 Schiffbrüchige vor Libyen. Drei Jugendliche überzeugten die Crew, die Geretteten nach Malta zu bringen. Die Behörden dort stürmten das Schiff und behaupteten, die Jugendlichen hätten es mit Gewalt unter ihre Kontrolle gebracht. Den »El Hiblu 3« drohen lebenslängliche Haftstrafen. Fordere den maltesischen Generalstaatsanwalt auf, die Anklagen fallen zu lassen!

# Es fehlt jede Spur



**Traumhaft schön gelegen.** Strandspaziergang in El Triunfo de la Cruz.



Foto: Orlando Sierra/AFP/Getty Images

## Repression und Widerstand an der honduranischen Karibikküste: Im Juli 2020 wurden Landrechtsaktivisten entführt, die seitdem verschwunden sind. Nicht zum ersten Mal trifft es die indigene Bevölkerungsgruppe der Garífuna. Von Erika Harzer

Wenn er zu den Ereignissen vom 18. Juli in seinem Heimatort El Triunfo de la Cruz befragt wird, hat Cesar Benedith eine klare Antwort: »Es war eine perfekt vorbereitete Aktion.« Mehr als zehn verummte und schwerbewaffnete Männer kamen im Morgengrauen in Jeeps und Motorrädern in den Ort gerast. Sie trugen Einsatzwesten der Ermittlungspolizei DPI. Gewaltsam verschleppten sie den Vorsitzenden des Gemeinderats Snider Centeno, Milton Martínez und Suami Mejia, die dem Landverteidigungskomitee angehören, sowie Gerardo Trochez. Ebenfalls entführt wurde Junior Juarez, ein enger Freund der Gemeinde.

Als die Nachbarn Cesar Benedith weckten, der ebenfalls der Gemeindeverwaltung angehört, hatte das Kommando Snider Centeno bereits aus dessen Haus entführt. Obwohl viele verängstigt und fassungslos waren, versammelten sich immer mehr Nachbarinnen und Nachbarn und versuchten eilig, den Ort abzusperren. Jemand rief die Polizeibereitschaftsnummer 911 an, meldete dort den Überfall und bat um Hilfe.

Mehr als 50 Minuten lang wütete das Überfallkommando in El Triunfo de la Cruz und durchsuchte ungestört sieben Häuser. Aus der zwölf Kilometer entfernten Polizeistation in Tela kam niemand zu Hilfe. Eingeschüchtert von den Drohungen der Bewaffneten, lösten die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Blockade auf. Dann raste das Überfallkommando mit den fünf Männern aus dem Dorf. Seither sind sie spurlos verschwunden.

### Die Garífuna

El Triunfo de la Cruz liegt an der honduranischen Karibikküste und wird seit Anfang des 19. Jahrhunderts von Garífuna besiedelt. Die indigene Bevölkerungsgruppe begann Ende des 18. Jahrhunderts, sich entlang der Karibikküste verschiedener Länder anzusiedeln. Sie kam auch in die Region nahe Tela, einer Hafenstadt, die sich im 20. Jahrhundert zu einer Metropole der Bananenwirtschaft entwickelte und es bis in die 1970er-Jahre blieb.

Die Gegend um Tela ist traumhaft schön, die Garífuna haben dort über Jahrzehnte hauptsächlich vom Fischfang gelebt und versucht, ein Leben im Einklang mit der Natur zu führen. Zwar wurden ihre Sprache, Tänze und Musik im Jahr 2001 in die Unesco-Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen. Doch diese internationale Anerkennung schützt sie in Honduras nicht vor Landraub und gewaltsamer Vertreibung.

Denn ihr Land liegt in einer umkämpften Region: Die dort agierenden Drogenkartelle üben starken Druck auf die Gemeinden aus. Zudem bauen multinationale Konzerne auf Ländereien der Garífuna widerrechtlich Bodenschätze ab oder legen Monokulturen zur Gewinnung von Palmöl an. Ebenso versuchen nationale und internationale Reiseunternehmen, sich das Land legal oder illegal für Hotel- und Tourismusvorhaben anzueignen. Das alles ist in Honduras oft problemlos möglich, weil die Korruption bis in die höchste politische Ebene verankert ist und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit nicht mehr greift.

Gegen all das wehren sich die Garífuna. Sie organisieren Landbesetzungen und blockieren Straßen. Und sie klagen vor nationalen und internationalen Gerichten. Im April 2006 verpflichtete die Interamerikanische Menschenrechtskommission die honduranische Regierung dazu, das Recht der Gemeinde El

Triunfo de la Cruz auf ihr angestammtes Land zu schützen. Im Februar 2013 übergab die Kommission den Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Dieser entschied im Oktober 2015, Honduras habe das Recht auf kollektives Eigentum verletzt, und verpflichtete den Staat, die Ländereien der Garífuna bis Ende 2017 als Kollektivland zu kennzeichnen. Das Urteil bezog sich sowohl auf El Triunfo de la Cruz als auch auf das kleinere, östlich gelegene Garífuna-Dorf Punta Piedra.

Seit fast drei Jahren ist diese Frist verstrichen, die honduranische Regierung hat jedoch bislang nichts unternommen, um das Urteil umzusetzen.

### Widerstand gegen Landraub und Vertreibung

Die fünf verschwundenen Männer aus El Triunfo de la Cruz engagierten sich für die Rückgabe der geraubten Ländereien und den Erhalt des Landes, erzählt Miriam Miranda. Sie koordiniert die Garífuna-Organisation Ofraneh, die seit Jahrzehnten gegen Diskriminierung, Landraub und Vertreibung sowie für den Erhalt der Garífuna-Traditionen kämpft.

46 Gemeinden der honduranischen Nordküste sind in dieser Organisation vertreten. Für Miranda hängt das gewaltsame Verschwindenlassen der fünf Männer mit deren Arbeit zusammen. »Snider kämpfte für die Ländereien, verteidigte sie gegen die Bergbauindustrie, den Tourismus und die invasive Landnahme für Monokulturen aus Ölpalmen. Außerdem setzte er sich dafür ein, das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2015 umzusetzen.«

Allein 2019 wurden mehr als 25 Mitglieder der Garífuna-Gemeinschaft ermordet. Die meisten von ihnen verteidigten das Territorium der Garífuna, berichtet Miranda, wie zum Beispiel Mirna Suazo, Vorsitzende des Gemeinderats von Masca, die gemeinsam mit vier Familienmitgliedern getötet wurde.

## Allein im Jahr 2019 wurden mehr als 25 Mitglieder der Garífuna-Gemeinschaft ermordet.

Im Juni 2020 wurde Antonio Bernardéz ermordet, der Vorsitzende des Gemeinderats von Punta Piedra. Er war 2015 als Zeuge vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte aufgetreten und hatte über Fälle von Landraub und die Verletzung der territorialen Rechte seiner Gemeinde ausgesagt.

### Der Fluch der geografischen Lage

Miriam Miranda erhielt für ihren unermüdlichen und mutigen Einsatz für die Grundrechte der Garífuna 2019 in Berlin den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die kämpferische Frau ist seit mehr als 30 Jahren politisch aktiv und lässt sich selten einschüchtern – weder von Anklagen vor Gericht oder Morddrohungen noch von direkten Angriffen auf sie selbst, zu denen auch eine Entführung gehörte. Und das, obwohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission den honduranischen Staat verpflichtet hat, für Mirandas Schutz zu sorgen.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre bereitet ihr Sorgen und macht sie zugleich wütend. Schon Mitte 2019 beklagte sie öffentlich, dass sich die Garífuna in einer kritischen Situation befänden, »mal von den Schikanen und den Ängsten abgesehen,

die wir sowieso täglich erleben, wenn wir unseren Lebensraum verteidigen«. Dass die Garífuna-Gemeinden innerhalb des Drogenkorridors liegen, habe die Lage verschlimmert: »Unsere Dorfgemeinschaften werden von kriminellen Gruppen angegriffen. Die Drogenkartelle kämpfen um Territorien, und inmitten dieser Kampfzonen leben die Garífuna. Und was macht der Staat? Er schickt Militär in unsere Gemeinden, angeblich, um den Drogenhandel zu bekämpfen. Das ist eine völlig verlogene Politik. Jeder hier weiß genau, wer alles in die Drogengeschäfte verwickelt ist. So werden unsere Dorfgemeinschaften militarisiert. Die vermeintliche Bekämpfung des Drogenhandels erleben sie als repressive Politik.«

Im Oktober 2019 verurteilte ein New Yorker Gericht Juan Antonio Hernández wegen



Foto: Orlancho Sierra/AFP/Getty Images

Die meisten leben vom Meer. Fischer in El Triunfo de la Cruz.

Drogenhandels im großen Stil. Er ist der Bruder des amtierenden honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández, der 2017 verfassungswidrig ein zweites Mal für die Präsidentschaft kandidierte und das Amt trotz offensichtlichen Wahlbetrugs erneut übernehmen konnte. Zum Prozessauftakt im Oktober 2019 beschuldigte der US-Staatsanwalt Jason Richman den honduranischen Präsidenten, er habe über seinen Bruder Bestechungssummen in Millionenhöhe erhalten, die vom Drogenboss Joaquin »El Chapo« Guzmán stammten.

Honduras, sagt Miriam Miranda »ist ein Land, das nach dem Staatsstreich 2009 in sich zerfiel, dessen institutionelle Struktur zerstört ist und das von einer Drogen-diktatur beherrscht wird.«

Mit etwa 41 Getöteten pro 100.000 Einwohner hat das Land außerdem eine der weltweit höchsten Mordraten. Besonders gefährdet sind Menschen, die sich für Landrechte und Umwelt engagieren.

Nach einer Studie der Organisation Global Witness wurden von 2009 bis 2016 insgesamt 123 Aktivisten und Aktivistinnen ermordet, die sich für Landrechte und Umweltschutz engagierten. 2019 waren es nach Angaben von Global Witness 14. Damit belegt Honduras, was getötete Aktivistinnen und Aktivisten betrifft, weltweit den fünften Rang.

### Armut und Sonderwirtschaftszonen

Das Land gehört zu den ärmsten Ländern des Kontinents. 60 Prozent der Honduranerinnen und Honduraner gelten als arm, rund ein Drittel der Bevölkerung lebt in extremer Armut. Besonders betroffen sind Indigene in ihren weit abgelegenen Dörfern, in denen es kaum Infrastruktur und keine medizinische Versorgung gibt. Dazu gehören auch die Garífuna. Bevor die strenge Ausgangssperre wegen der Corona-Pandemie ausgerufen wurde, zog es immer wieder ganze Familien aus den Garífuna-Dörfern in Richtung USA. Die Pandemie und die seit Monaten andauernde Ausgangssperre hat ihre Lage weiter verschlechtert.

In dieser perspektivlosen Situation will die Regierung sogenannte »Arbeitsmarktzone für wirtschaftliche Entwicklung« schaffen. Für diese von internationalen Investoren finanzierten Gebiete sollen eigene Gesetze gelten. Die erste dieser Zonen, Prospera Roatan genannt, entsteht gerade auf der Karibikinsel Roatan. Projektpartner ist die InSITE BAVARIA der TUM International GmbH, ein Tochterunternehmen der Technischen Universität München. Auf der Website von InSITE BAVARIA heißt es, man werde die wirtschaftlichen Aktivitäten der Sonderwirtschaftszone Prospera entwickeln.



Foto: Orlando Sierra / AFP/Getty Images

**Er beschuldigt den Staat.** Omar Guzmán zeigt ein Foto seines verschleppten Bruders Suami Mejia.

Ursprünglich sollte es sogenannte Charter Cities geben, Modellstädte, für die das honduranische Parlament 2011 ein entsprechendes Gesetz verabschiedete. Doch im Oktober 2012 erklärte das Verfassungsgericht das Gesetz für verfassungswidrig. Zwei Monate später wurden die verantwortlichen Richterinnen und Richter ihrer Ämter enthoben und die gesetzliche Grundlage für die »Arbeitsmarktzone für wirtschaftliche Entwicklung« geschaffen.

An allen geplanten Standorten gibt es Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Auch die Garífuna-Organisation Ofraneh protestiert und hat eine Verfassungsbeschwerde mit unterzeichnet. Der Protest richtet sich gegen die Aufnahme von 24 Garífuna-Gemeinden in die Pläne, die derzeit für die Nordküste vorliegen.

### Das Verbrechen von El Triunfo de la Cruz

Im Fall der fünf verschleppten Männer aus El Triunfo de la Cruz haben sowohl das honduranische Büro des UNHCR als auch Amnesty International die Regierung aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verschwundenen ausfindig zu machen. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte forderte Honduras Anfang August 2020 auf, zu ermitteln.

Die Situation der Angehörigen ist geprägt von Ungewissheit, Angst und Wut. Die zur Sicherheit der Gemeinde angebrachten Überwachungskameras funktionierten just in den frühen Morgenstunden des 18. Juli 2020 nicht. Der Aussage der Behörden und mancher Medien, die Entführer seien als Polizisten verkleidete Kriminelle gewesen, widerspricht Omar Guzmán. Der Bruder von Suami Mejia und Onkel von Snider Centeno ist sich sicher: Es waren kriminelle Polizisten, die die Männer gewaltsam verschwinden ließen. ■

# Vom Staat allein gelassen

**Eine funktionierende Justiz ist wichtig für ein Land, das Jahre des Bürgerkriegs hinter sich hat. Doch in Kolumbien geraten vier Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages Justizangestellte in den Fokus der Gewalt.**

**Aus Bello und Medellín von Knut Henkel**

In der Dienststelle, im Apartment, aber auch auf ihrem Mobiltelefon erreichten sie die Morddrohungen. Nicht eine, sondern etliche. Die letzte kam vor den Kommunalwahlen, Ende Oktober 2019. »Sollten wir dich wegen deiner Leibwächter nicht erwischen, halten wir uns an deinen Mann«, hieß es in der Textbotschaft. »Zugleich ließen sie mich wissen, sie hätten mitbekommen, dass wir in den Süden der Stadt umgezogen seien. Für mich war das zu viel«, sagt Liliana Arias und nestelt nervös an ihrer Handtasche. Arias ist Richterin für Kapitaldelikte, und sie ist einiges gewohnt aus Bello, einer mit Medellín langsam zusammenwachsenden Stadt.

Bello ist das, was Medellín früher war: eine Stadt in der Hand von kriminellen Banden, deren Macht bis in den Justizpalast reicht. Drei Banden sind es, die um die Vorherrschaft in der Stadt mit ihren 1,2 Millionen Einwohnern ringen. Im Nordwesten Kolumbiens gelegen, ist Bello ideal als Drehscheibe für Waffen und Drogen. Arias verfolgt diese Delikte, aber auch Mord, Erpressung und Prostitution und geriet so in ins Visier der »Los Pachelly«.

So heißt eine der drei Banden, die wohl hinter den Morddrohungen gegen die engagierte Richterin steht. Vieles deutet darauf hin, dass die Bande einen Informanten in ihrer Dienststelle hat. »Woher haben sie sonst Informationen über Prozesse und wissen über unsere neue Wohnung und selbst über die Farbe des Fahrzeugs meines Mannes Bescheid? Es gibt ein Leck«, sagt die einst so resolut auftretende Frau mit brüchiger Stimme. Ihre Hände zittern, obwohl sie längst die Unidad Nacional de Protección (UNP) in Medellín hinzugezogen hat.

Die nationale Schutzeinheit hat die Aufgabe, all jene zu schützen, die in Kolumbien bedroht, verfolgt und angegriffen werden: Journalistinnen, Gewerkschafter, politische Aktivistinnen und Aktivisten, aber auch Justizangestellte. Arias hat Schutz für ihre Familie beantragt, rund um die Uhr, denn die Angst um ihren Mann und ihre drei Kinder macht sie mürbe. Mehr als zwei Monate war sie krankgeschrieben wegen Angstzuständen und einer posttraumatischen Belastungsstörung.

Arias hat sich zu Hause verschanzt. Sie geht nur noch selten und immer mit den beiden Leibwächtern der UNP vor die Tür. Die Bodyguards kommen jedoch nach Voranmeldung und nur

für Arias, ihr Mann und die Kinder haben keinen Anspruch auf Personenschutz. »Der Staat hat mich im Stich gelassen«, sagt sie. Ihre Wohnung musste sie auf eigene Kosten wechseln, ihre Angst wurde immer stärker, und schließlich gab sie dem Druck nach. »Ich habe einen Versetzungsantrag gestellt«, sagt sie entnervt vor dem UNP-Büro, wo sie erneut darum gebeten hat, auch ihre Familie zu schützen. Erfolglos. Ihr Ausweg ist ein anderes Gericht in einer anderen Stadt, die für sie und ihre Familie weniger gefährlich ist.

## **Sicherheit mit Mitteln aus Deutschland**

Carlos Ojeda kann die Entscheidung der Richterin nachvollziehen. »Für unsere Justiz ist es aber eine Niederlage. Wir brauchen engagierte Richter und Richterinnen wie Liliana Arias, wir müssen sie schützen und dürfen das Terrain nicht den Banden überlassen«, sagt der Direktor von FASOL. Die Hilfsorganisation kümmert sich um Justizangestellte, die ins Visier bewaffneter Banden mit politischem Auftrag oder der organisierten Kriminalität geraten sind; sie schützt also Menschen, die angegriffen, bedroht und verfolgt werden. Im Extremfall sorgt die Organisation dafür, dass Gefährdete innerhalb des Landes oder im Ausland in Sicherheit gebracht werden.

Die Mittel dafür kommen vor allem aus Deutschland, vom katholischen Hilfswerk Misereor und vom deutschen Richterbund. Derzeit hat FASOL alle Hände voll zu tun. »Ende Mai wurden zwei Staatsanwälte im Süden des Landes, nahe Tumaco, von Dissidenten der FARC-Guerilla beschossen. Beide wurden schwer verletzt, und wir kümmern uns nun um die Familien, leisten psychologische Hilfe und koordinieren alles Nötige«, erklärt Ojeda.

Die Organisation hat seit ihrer Gründung im Jahr 1991 insgesamt 393 Morde an Justizangestellten dokumentiert – Richter,

**Ausgerechnet jetzt soll bei einer Justizreform die Zahl der Gerichtshöfe von drei auf einen reduziert werden.**



Foto: Knut Henkel

**Wo Recht weichen muss.** Richterin Liliana Arias und ihr Ehemann.

Staatsanwälte, Ermittlungsbeamte beiderlei Geschlechts. Seit die Regierung und die FARC-Guerilla im November 2016 ein Friedensabkommens unterzeichneten, steigt die Zahl der Morde, der Attentate und der Drohungen wieder an. Vier Morde und Dutzende Morddrohungen weist die Statistik für das Jahr 2019 aus – darunter ist auch der Fall von Liliana Arias.

Ihr Fall sei charakteristisch, sagt Ojeda, weil die staatlichen Behörden zu langsam reagiert hätten. Erst acht Tage, nachdem die ersten beiden Morddrohungen im Februar 2019 eingingen, meldete sich die UNP bei der Richterin. Das sei in vielen Fällen so, bestätigt Luis Fernando Otálvaro, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Justizangestellten, Asonal Judicial. Der Staatsanwalt aus Medellín kämpft für mehr Personal und mehr Sicherheit in der Justiz, aber auch für mehr juristische Unabhängigkeit, denn die Autonomie der Gerichte wird in Kolumbien immer wieder infrage gestellt. »Das jüngste Beispiel ist die Kampagne gegen die Richter, die am 4. August Hausarrest gegen den ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez verhängt haben«, sagt Otálvaro. Das höchste Gericht Kolumbiens ermittelt gegen Uribe Vélez wegen Bestechung und der Manipulation von Zeugenaussagen. Zeitungen veröffentlichten die Namen und Fotos der fünf Richter, die vor allem in Online-Netzwerken als »Guerilla-Richter«, »linke Richter« oder »Steigbügelhalter der FARC« bezeichnet werden.

### **Geplante »Justizreform«**

Uribe Vélez pflegte vor und während seiner Präsidentschaft in den Jahren 2002 bis 2010 enge Verbindungen zu Paramilitärs,

die teilweise in Kooperation mit der Armee für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Auf Weisung aus dem Präsidentenpalast spionierte der mittlerweile aufgelöste Geheimdienst DAS damals Oppositionelle sowie Richter und Menschenrechtsanwälte aus. Unter seinem politischen Ziehsohn Präsident Iván Duque wiederholt sich nun die Geschichte. Im Mai 2020 wurde bekannt, dass diesmal der militärische Geheimdienst Dutzende von Journalistinnen und Journalisten, Anwältinnen und Anwälten einer Menschenrechtsorganisation, sowie Politikerinnen und Politikern der Opposition ausspioniert.

»Darunter befinden sich unseren Informationen zufolge auch mehrere Richter, sagt Alirio Uribe Muñoz, Anwalt der Menschenrechtsorganisation Cajar, der auch Sprecher der Kampagne für die Unabhängigkeit der Justiz ist. Die hat sich im Oktober formiert, um der Strategie der Regierungspartei Demokratisches Zentrum, die Justiz mit einer Reform unter Kontrolle zu bekommen, etwas entgegenzusetzen. So soll die Zahl der Gerichtshöfe von drei auf einen reduziert werden. Sowohl das Verfassungsgericht als auch die mit dem Friedensabkommen befasste Sondergerichtsbarkeit für den Frieden könnten obsolet werden. »Die Justizreform ist ein konzertierter Angriff auf das Friedensabkommen und auf die Justiz«, sagt Uribe Muñoz.

Der von vielen Seiten ausgeübte Druck auf die Justiz ist derzeit mörderisch. Dem hat sich Liliana Arias gebeugt. Sie urteilt nunmehr in einer anderen Stadt, wo bewaffnete Banden und die organisierte Kriminalität nicht omnipräsent sind und macht dort Dienst nach Vorschrift. Der Ausweg einer Richterin, die im Stich gelassen wurde. ■

# Trotz Corona wieder im Gefängnis

Die Anwältin **Nasrin Sotoudeh** gilt im Iran als Symbolfigur der Freiheit, wird aber immer wieder selbst inhaftiert. Mit Hungerstreiks kämpft sie für die Rechte der politischen Gefangenen – auch während der Pandemie. Von Hannah El-Hitami

Nasrin Sotoudeh trug eine Maske, als sie am 7. November für ein paar Tage aus der Haft im Qarchak-Gefängnis bei Teheran entlassen wurde. Doch an ihren Augen ließ sich erkennen, dass sie lachte, als sie ihren Sohn in die Arme nahm. Ein Twitter-Video zeigt das deutlich. Die 57-jährige Iranerin, die in den Medien oft als zerbrechlich beschrieben wird, ist alles andere als das: Sie hat mehr als zwei Jahre Haft in den härtesten Gefängnissen Irans sowie einen sechswöchigen Hungerstreik überstanden.

Nasrin Sotoudeh ist eine der bekanntesten Menschenrechtsverteidigerinnen des Landes. Als Anwältin tritt sie für Gefangene ein, auf die es die iranische Regierung besonders abgesehen hat. Sie verteidigte prominente Aktivistinnen der Grünen Bewegung von 2009 und wurde 2011 wegen ihres Engagements gegen die Todesstrafe inhaftiert. Nachdem sie 2018 zwei Frauen verteidigte, die gegen die Kopftuchpflicht protestiert hatten, verurteilte man Sotoudeh zu 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben wegen »Anstiftung zur Prostitution«, »Verbreitung von Propaganda« und »Verschwörung gegen die nationale Sicherheit«.

Im Gefängnis endete ihr Engagement nicht. Seit März trat sie zweimal in einen Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. »Mitten in der Corona-Krise sind die Bedingungen für politische Gefangene so schwierig und problematisch geworden, dass ihre fortgesetzte Inhaftierung in dieser furchtbaren Situation nicht mehr möglich ist«, schrieb sie in einer Nachricht aus dem Evin-Gefängnis im August. Wie viele andere hatte sie einen Antrag auf Hafturlaub gestellt, um den unhygienischen Bedingungen des Gefängnisses zu entgehen – ohne Erfolg.



Foto: Kaweh Kazemi/Getty Images

Ende September musste Sotoudeh ihren 46-tägigen Hungerstreik abbrechen, da ihr Gesundheitszustand sich verschlechtert hatte und sie in der Klinik behandelt werden musste. Anschließend wurde sie ins Qarchak-Gefängnis verlegt. Als sie dies aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend verlassen durfte, erkrankte sie an Corona, sie hatte sich wohl im Gefängnis infiziert. Wegen ihrer gesundheitlichen Probleme nach Haft und Hungerstreik ist sie besonders gefährdet. Trotz dieser Gefahr musste sie Anfang Dezember zurück ins Gefängnis.

Sotoudeh bleibt trotz allem optimistisch. Als sie nach ihrem Hungerstreik ins Krankenhaus musste, teilte sie über ihren Mann mit, sie habe damit immerhin bewiesen, »wie weit die Justiz zu gehen bereit ist, um das Gesetz zu brechen und das Leben der Bevölkerung zu gefährden«. Das mutige Engagement der Anwältin hat weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Im Oktober 2020 erhielt sie den Alternativen Nobelpreis »für ihr furchtloses Engagement, unter hohem persönlichem Risiko, zur Förderung politischer Freiheiten und der Menschenrechte im Iran«. Und in den Online-Netzwerken solidarisieren sich Menschen aus aller Welt unter dem Hashtag #StandUp4Nasrin.

Daran, dass Sotoudeh ihren Kampf weiterführt, gibt es keinen Zweifel. Zwei Tage, nachdem sie im Jahr 2013 aus ihrer ersten dreijährigen Haft entlassen worden war, habe sie bereits wieder mit einem Protestplakat vor dem Justizpalast gestanden, schreibt der Grünen-Politiker Omid Nouripour, der die Anwältin kennenlernte. Sie sei »für eine Gesellschaft, der immer mehr die Luft zum Atmen genommen wird, eine Art iranischer Nelson Mandela – die Symbolfigur für den Kampf für Freiheit«. ■

## Menschenrechtler in Ägypten unter Druck

Ägyptische Sicherheitskräfte haben Mitte November Gasser Abdel-Razek festgenommen. Er ist Geschäftsführer der Ägyptischen Initiative für persönliche Rechte (EIPR), einer der wenigen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen in dem nordafrikanischen Land. Nach Angaben der EIPR wird ihm vorgeworfen, Terrorgruppen unterstützt und Falschinformationen verbreitet zu haben, die die nationale Sicherheit gefährdeten. Außer

ihm kamen zwei weitere Mitarbeiter der Organisation, Karim Ennarah und Mohamed Basheer, in Untersuchungshaft, denen ebenfalls Terrorismus vorgeworfen wird. Amnesty International fordert die umgehende und bedingungslose Freilassung der drei Menschenrechtler. Anfang November hatten EIPR-Mitarbeiter westliche Diplomaten getroffen, darunter die Botschafter Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz, um sich über die Men-

schenrechtslage in Ägypten auszutauschen. Das ägyptische Militärregime unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi geht hart gegen Menschenrechtler und Regierungskritiker vor. Die Rechte auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind drastisch eingeschränkt. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge befinden sich zwischen 40.000 und 60.000 Menschen, aus politischen Gründen in Haft. (»Ausgespäht«, Amnesty Journal 06/2020)

## Massengräber Mittelmeer und Atlantik

Beim Untergang eines Bootes mit Flüchtlingen sind vor der Küste Libyens mindestens 74 Menschen ertrunken. Das teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) am 12. November mit. An Bord des Bootes sollen mehr als 120 Menschen gewesen sein, 47 Überlebende wurden an Land gebracht. Bereits zwei Tage zuvor waren mindestens 19 Menschen im Mittelmeer ertrunken, als zwei Boote kenterten. 200 Menschen konnten von der spanischen NGO Open Arms gerettet werden. Ihr gleichnamiges Schiff war zu diesem Zeitpunkt das einzige Rettungsschiff im Mittelmeer, andere Seenotretter mussten wegen bürokratischer Vorgaben in italienischen Häfen bleiben. Nach Angaben der IOM sind 2020 mehr als 900 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Immer mehr Flüchtlinge, die Europa erreichen wollen, wählen die riskantere Route über den Atlantik auf die kanarischen Inseln. Dabei kommen viele Flüchtende ums Leben. Ende Oktober starben 140 Menschen, als ihr Boot vor der Küste Senegals sank. Ende November ertranken acht weitere Menschen vor Lanzarote.

(»Legal, illegal, nicht egal«, Amnesty Journal 02/2020)



Foto: Lorenzo Carro/Corbis/Presspa

Im Mittelmeer gerettet. Drei Flüchtlinge am 15. November 2020 in Malaga.

## Konflikt um Westsahara eskaliert

29 Jahre lang hielt der Waffenstillstand, seit Mitte November ist der bewaffnete Konflikt um die Westsahara wieder aufgeflammt. Von einer »Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes« sprach der Vorsitzende der Befreiungsbewegung Polisario, Brahim Ghalí, nachdem Marokko Polizei und Militär geschickt hatte, um eine von Sahrauis besetzte Straße zwischen dem marokkanischen Teil der Westsahara und

Mauretanien zu räumen. Anschließend beschossen sahrauische Milizen mehrmals marokkanische Militärbasen. Die Sahrauis beanspruchen das von Marokko besetzte Territorium für sich, um dort die »Demokratische Arabische Republik Sahara« auszurufen. Viele von ihnen leben schutzlos im Nachbarstaat Algerien. Nach Jahren der Kämpfe infolge der 1975 eingeleiteten Entkolonialisierung der Region

galt seit 1991 ein von der UNO vermittelter Waffenstillstand. Eine geplante Volksabstimmung zur Frage, ob die Westsahara unabhängig sein oder zu Marokko gehören soll, fand wegen Verfahrenskonflikten nicht statt. Mit der neuen Eskalation gerieten »Menschenrechtsaktivisten unter Druck«, warnt Amnesty International. (»Friedlich für die Freiheit«, Amnesty Journal 04/2020)

**In einer besseren Welt**

»Ich würde zwischen Neuseeland und Mexiko pendeln und einfach in der Natur und in meiner Kunst leben. In Wasserfällen baden und im Meer schwimmen. Nackt durch den Wald rennen, draußen und frei sein. Ohne Grenzen, ohne das Konzept von Zeit, ohne Social Media. Ich würde viel ins Studio gehen, mein Rap-Handwerk vervollkommen. Irgendwann will ich ein Plattenlabel für indigene Künstler gründen. Jenseits meines Aktivismus bin ich Künstler. Und Träumer. Ich träume von einer besseren Welt, in der Menschen gedeihen und sein können, wer sie sind. Ich bin ein Kind meiner Leute und meiner Kultur, der Mexica, und ich will, dass sie fortbesteht. Dafür bin ich bereit, zu kämpfen. Ich glaube an eine bessere Welt für sie und meine Generation.«

# »Ich bin ein Kind meiner Leute«

Seit er fünf Jahre alt ist, setzt sich der US-amerikanische Aktivist und Rapper **Xiuhtezcatl Martinez** für die Umwelt ein. Mit 15 verklagte er die US-Regierung wegen der Klimakrise und trat als bislang jüngster Redner vor der UNO auf. Tobias Oellig hat mit ihm gesprochen.

Foto: Nick Cote/The New York Times//Redux/laif



Foto: Josh Lawlor/Digital First Media/ Boulder Daily Camera/Getty Images



### »Mit vereinter Kraft«

»Ich werde heute mit Ihnen darüber sprechen, wie heilig die Erde ist. Die meisten Kinder wissen nicht einmal, dass die Welt heilig ist. Das liegt daran, dass sie die meiste Zeit vor dem Fernseher oder vor ihrem Videospiel verbringen. Es ist Zeit für ihre Eltern, das Haus zu verlassen und ihren Kindern zu zeigen, dass Mutter Erde eine heilige Sache ist, dass sie lebt (...). Und wenn die Eltern dies nicht tun, haben wir möglicherweise keine Chance.

Als ich fünf Jahre alt war, wollte ich zu allen Fabriken der Welt gehen und sie zusammen mit meinem kleinen Bruder schließen. Aber als ich sechs Jahre alt war, wurde mir klar, dass wir selbst in den Fabriken einkaufen (...).

Es gibt wirklich gute Dinge, die wir tun können, wie nicht in den Fabriken einzukaufen oder bessere Unternehmen zu unterstützen. Es gibt einfache Dinge, die Sie in Ihren eigenen vier

Wänden tun können. Lassen Sie das Wasser nicht laufen oder schalten Sie das Licht aus, wenn Sie es nicht benutzen. Sie könnten Ihren Kindern diese Dinge beibringen. Jede Entscheidung, die wir treffen, ist für oder gegen unsere Zukunft.

Wer möchte uns und unseren Kindern eine bessere Zukunft ermöglichen? (Applaus)

... Ich kann Sie nicht hören! (Mehr Applaus) Ja, zusammen können wir es schaffen – mit vereinter Kraft. Vielen Dank!«

(Aus Xiuhtezcatl Martinez' erster öffentlicher Rede, die er hielt, als er sechs Jahre alt war.)



Foto: Helen H. Richardson/The Denver Post/Getty Images

### Als Indigener in den USA

»Viele Leute sind schockiert darüber, dass Trump einen faschistischen Staat zu etablieren schien. Indigene haben da eine ganz andere Perspektive drauf: Wir leben schon die ganze Zeit in einem faschistischen Staat. Unsere Communities wurden schon immer unterdrückt. Indigenes Land wird ausgebeutet, um fossile Brennstoffe oder Uran zu gewinnen. Oder es wird von Grenzen zerteilt, wie die sogenannte US-Mexiko-Grenze. Sie wird einfach durch heilige Orte gezogen, durch Friedhöfe, durch Quellen und Wasserwege, die lebensnotwendig sind für die Menschen und spirituelle Bedeutung haben. Leckende Pipelines verseuchen indigenes Land und Trinkwasser. Das ganze Imperium der Gewinnung und Verarbeitung fossiler Brennstoffe wurde auf dem Rücken indigener und schwarzer Menschen errichtet. Der systematische Rassismus und die Benachteiligung von damals setzen sich bis heute fort – in fast allen Bereichen: ob Zugang zu sauberem Wasser oder Krankenversicherung, Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel oder Bildung. Indigene haben das höchste Risiko bei fast allem, man muss sich nur Covid anschauen, die höchsten Infektionsraten lagen in den Reservaten.«



Foto: Josue Rivas / Promo



Foto: Euan Agostini / Invision / AP / Ipa

## Rap als Sprachrohr

»Ich hatte Glück: Als ich noch sehr jung war, lernte ich einige O.G.s (Rap-Legenden) in Denver kennen. Die brachten mir bei, wie man Reime schreibt. Von ihnen lernte ich, welche Bedeutung Rap als Sprachrohr für marginalisierte Gruppen hat.

HipHop ist eine Sprache, die Grenzen transzendiert. Es ist toll, in so viele Länder reisen zu können, die alle ihre eigenen Szenen haben, wie Frankreich, Spanien oder Deutschland. Und das bezieht sich nicht nur auf Rap, sondern auch auf Graffiti, DJing und Breakdance. Bevor HipHop ein weltweites Phänomen wurde, ging es zunächst um die Zusammenkunft einer Community. Die Vibrationen der Musik sind eine Sprache, die alle miteinander verbindet. Das hat mich immer angesprochen. Mit zwölf habe ich angefangen zu breakdancen. Und da habe ich mich in HipHop verliebt. Ich rappe auf Englisch, Spanisch und Nahuatl. Ich erforsche meine eigene kulturelle Identität und komme so in Kontakt mit anderen indigenen und afro-amerikanischen Menschen.«

## Diskriminierung und Rassismus

»Vielen Leuten in den USA wird erst seit dem Tod von George Floyd so richtig klar, dass White Supremacy immer noch ein Thema ist – besonders für Schwarze und Indigene. Meine Erfahrung als Indigener ist allerdings ganz anders als die vieler meiner Freunde, die in Reservaten aufgewachsen sind. Die Auswirkungen kolonialer Gewalt, die ich erfahre, sind sehr viel subtiler. Da ich relativ helle Haut habe, habe ich im Alltag nicht so viel mit Racial Profiling und Rassismus zu tun wie zum Beispiel mein Bruder oder mein Vater. Ich bin eben auch nicht in ländlichen Gegenden wie Dakota oder im Südwesten aufgewachsen, wo Alltagsrassismen viel ausgeprägter sind.«

## Modeln fürs Klima

»Ich will da nicht rumlügen: Mit großen Marken zu arbeiten, ist eine Herausforderung. Es geht darum, abzuwägen: einerseits Grenzen zu setzen und zu verstehen, wo ich und mein Image ausgebeutet werden und wo Greenwashing stattfindet, andererseits zu erkennen, wo das eine Gelegenheit bietet, etwas mitteilen zu können. Manche Kooperationen waren nicht optimal, auf die bin ich nicht stolz und denke heute, da hätte ich mehr drüber nachdenken müssen. War nicht immer perfekt, aber ich lerne dazu.«



### MUSIK

Alben: Runway Tapes (2020), Voice Runners (2020), Break free (2018)

### BUCH

Imaginary Borders. Englisch, mit Illustrationen von Ashley Lukashevsky. Penguin, New York 2020, 64 Seiten, 8,35 Euro



# Zuhause im Selbst

Von Ruanda lernen. Die Performerinnen Nirere Shanel und Lisa Stepf bringen Feminismus auf die Bühne.

## Ein ruandisch-deutsches Theaterprojekt widmet sich der Selbstbehauptung von Frauen – mit überraschenden Ergebnissen.

Von Elisabeth Wellershaus

Es waren die verblüffenden Zahlen, die Sophia und Lisa Stepf inspiriert haben. In Barbara Achermanns Buch »Frauenwunderland« hatten die Schwestern gelesen, dass in Ruanda doppelt so viele Frauen im Parlament sitzen wie in Deutschland. Das ließ sie nicht mehr los. Wie konnte es sein, dass ein kleiner ostafrikanischer Staat den Gleichstellungsturbo eingeschaltet hatte, während die deutsche Gesellschaft in Sachen Quote nicht recht vom Fleck kam? Mit dieser Frage stiegen die Stepfs – Sophia als Regisseurin, Lisa als Performerin – in ihr neues Theaterprojekt ein. Ein paar Tage vor der Premiere von »Learning Feminism from Rwanda« probt ihre Company Flinn Works mit einem internationalen Team und erlebt, wie europäische Gendertheorien auf afrikanischen Pragmatismus treffen.

Auf einer großen Leinwand in den Berliner Sophiensälen richtet sich der ruandische Performer Wesley Ruzibiza ans Publikum. »Ich habe gehört, dass ihr in Europa ziemliche Probleme habt«, sagt er. »Sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, häus-

liche Gewalt, betrüblich wenig Frauen im Parlament.« Doch er hat Lösungsvorschläge. Deutschland müsse nur dem Beispiel Ruandas folgen, sagt er – »mit neuen, flächendeckenden Verhaltensregeln gegen toxische Maskulinität«. Streng blickt Ruzibiza in die Kamera. Denn was er auf der Bühne spielerisch verhandelt, hat einen ernsten Hintergrund: die Tatsache, dass es einem europäischen Publikum noch immer weitgehend absurd scheint, es könne von einem Land wie Ruanda lernen.

Im Sommer 1994 lag die ruandische Gesellschaft in Trümmern. Innerhalb weniger Monate hatten Angehörige der Hutu-Mehrheit etwa 75 Prozent der Tutsi-Minderheit und moderate Hutu getötet. Präsident Paul Kagame wusste, dass er sämtliche Hände brauchen würde, um das traumatisierte Land wieder aufzubauen. Frauen waren bis dahin in der Öffentlichkeit kaum sichtbar, hatten weder Chancen auf Bildung noch auf politische oder gesellschaftliche Mitsprache. Nach dem Genozid waren sie nun aber die größte gesellschaftliche Gruppe im Land – und wurden gebraucht. So sorgte ab 2003 eine neue Verfassung unter anderem dafür, dass fortan mindestens 30 Prozent der Parlamentssitze an Frauen gingen.

Heute sind in Ruanda mehr als 61 Prozent der Parlamentsmandate an Frauen vergeben – mehr als in jedem anderen Land der Welt. Zahlreiche Unternehmerinnen werden vom Staat gefördert. Und doch steht der Fortschritt auf wackeligen Füßen. Es bleiben Zweifel am Bild von der einflussreichen ruandischen

Frau, die im Eiltempo den Weg zur Gleichberechtigung durchlaufen hat. Kann ein Land allein mit politischem Willen ein über Generationen gefestigtes Geschlechterbild überwinden? Reicht es, dass ein Autokrat wie Paul Kagame beschlossen hat, die Zeit der Frauen sei gekommen?

Lisa Stepfs Bühnenfigur will in den Sophiensaeln zunächst einmal wissen, was sich die deutsche Gesellschaft in Ruanda abgucken kann. Die Szenen im Theatersaal wechseln sich aus pandemischen Gründen mit denen auf dem Bildschirm ab. Ruandische und deutsche Performerinnen und Performer haben Statistiken bemüht, weibliche Bundestagsabgeordnete und ruandische Sex-Expertinnen zitiert und das Thema Gleichstellung aus verschiedenen Perspektiven unter die Lupe genommen.

### Auf der Leinwand klaffen die Gerechtigkeitslücken

Im Videogespräch mit der fiktiven Radiomoderatorin Aunty Mama will Stepf auch feministische Gerechtigkeitslücken diskutieren, Gender Pay Gaps und Gender Care Gaps. Doch sie verheddert sich im Austausch über Thigh Gaps (Oberschenkellücken) im kulturellen Missverständnis. Irgendwann kommt aus Ruanda der höfliche Hinweis, man habe dort handfestere Probleme als in Deutschland und auch nicht immer Zeit für theoretische Diskurse. Aber dann kommt Nirere Shanel in Glitzerboots und mit königlicher Flechtkrone auf die Berliner Bühne und bringt alle wieder auf Kurs. Während Stepf rhythmisch auf die Leinwand trommelt, auf der die Statistiken sämtlicher Ungerechtigkeitsgaps abgespult werden, begleitet Shanel sie zunächst mit traditionellem Gesang. Dann fordert sie, an alle gewandt: »Frauen, lehnt euch nicht zurück und lasst nicht über euch bestimmen – take your places.«

Nirere Shanel war acht Jahre alt, als sie den Genozid in Kigali miterlebte. Mit 13 nahm sie ihren ersten Song auf über eine Gesellschaft im kollektiven Trauma. Heute lebt die 35-jährige als Sängerin, Schauspielerin und Aktivistin in Paris, wo sie vor Jahren mit einem Stipendium hinzog. In ihren Liedern arbeitet sie sich weiterhin an der Gewalt ab, die sie in Kindertagen erlebt hat, und auch als Aktivistin nimmt sie sich eine Gesellschaft vor, die noch immer durch Gewalt geprägt ist. Denn die patriarchale Dominanz wirft bis heute lange Schatten.

Vor ein paar Jahren hat die Soziologin Justine Uvuza ruandische Frauen befragt und festgestellt, dass die meisten – unabhängig von gesellschaftlichem Status oder politischem Einfluss – zu Hause weiterhin unterdrückt werden. Politikerinnen erzählten ihr, dass sie im Parlament für härtere Strafen gegenüber Sexualverbrechern eintreten konnten, sich aber kaum trauten, über die Repressionen innerhalb der eigenen vier Wände zu sprechen. Auf die Frage nach einer Frauenbewegung hörte sie oft: Feminismus sei eine Sache des Westens.

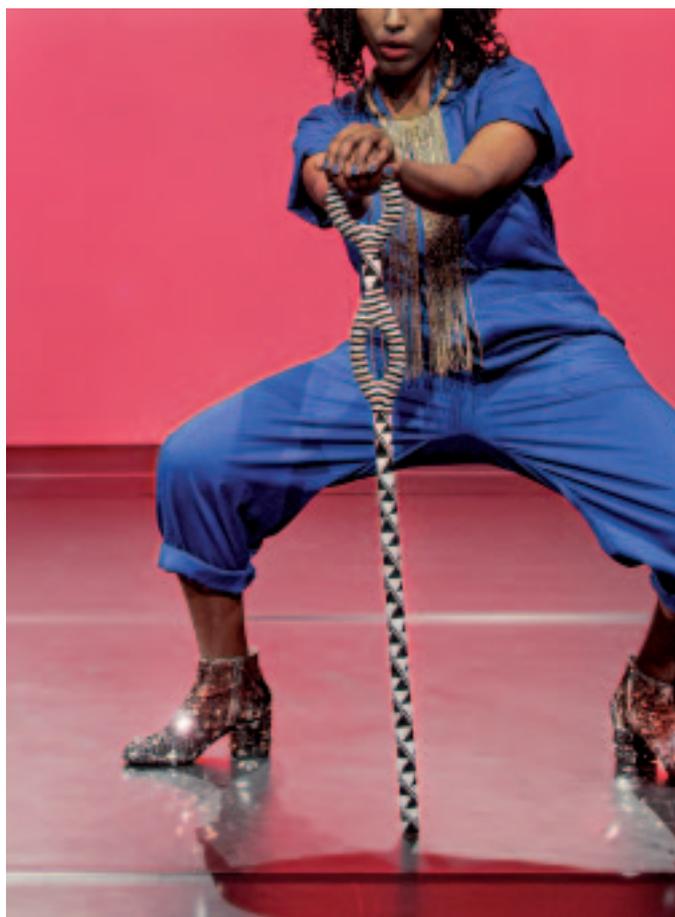
Shanel sieht im Feminismus eine globale Bewegung. Aber sie weiß um die gesellschaftlichen Unterschiede. »Auch in Frankreich, wo ich heute lebe, sind Frauen in patriarchalen Strukturen gefangen«, erzählt sie in einer Probenpause. Doch in Ruanda prallen Möglichkeiten und Missstände noch härter aufeinander. Vergangenes Jahr hat sie den Song »Atura« aufgenommen und die gleichnamige Kampagne ins Leben gerufen. »Es bedeutet ›Das Schweigen brechen‹«, sagt sie. »Ich wollte ein Lied produzieren, in dem es um häusliche Gewalt geht, aber auch eine Plattform kreieren, auf der ruandische Frauen von ihren Erlebnissen erzählen können.«

Mittlerweile regt sich in Ruanda Widerstand auch auf anderen Ebenen. Viele Schulen beteiligen sich heute an Projekten

## »Frauen, lehnt euch nicht zurück und lasst nicht über euch bestimmen.« Nirere Shanel

zum Thema Gender. Jungs und jungen Männern wird dort erklärt, dass Mädchen und Frauen ebenso ein Recht auf ein selbstbestimmtes und angstfreies Leben haben wie sie. Dass die Gewalt, die sie oft von zu Hause kennen, sich nicht fortschreiben muss. Dass die Machtverhältnisse, die ihnen vorgelebt werden, nicht in Stein gemeißelt sind.

Ebenso wenig wie die vermeintlichen Gewissheiten, mit denen das Team von »Learning Feminism from Rwanda« vor Monaten in die gemeinsame Arbeit einstieg. Am Ende bringt die Performerin Natasha Muziramakenga per Video auf den Punkt, was sie mit den Kolleginnen aus Deutschland und Frankreich verbindet: »Ich will in meiner Stadt zu Hause sein, in meinem Büro, auf der Tanzfläche, in einer dunklen Seitenstraße, in meiner Haut, meinem Körper, meinem Bett«, sagt sie. »Ich will einen Tornado, der das System zerstört.« Etliche Scherben liegen auf der Bühne der Sophiensaele. Teller, die Shanel und Stepf aus Wut über die Verhältnisse zertrümmert hatten. Ein Mann aus dem Publikum fegt sie zusammen. Immerhin. ■



# Der Poet aus Mossul

**Wegen seiner Gedichte musste sich Umar Abdul Nasser im Irak zweieinhalb Jahre vor den Schergen des IS verstecken. Er flüchtete, lebt inzwischen in Berlin und schreibt immer noch gegen die Unterdrückung in seiner Heimat an. Von Cornelia Wegerhoff**

Vom Tigris aus, bei der Fahrt über die »Fünfte Brücke«, hat er es immer gesehen: Das berühmte Minarett der Al-Nuri-Moschee in Mossul. Umar Abdul Nasser erinnert sich noch gut an den Anblick des Bauwerks, das etwas windschief, aber unübersehbar aus der Häuserflut der Altstadt herausragte. Mehr als 800 Jahre lang prägte die Al-Nuri-Moschee die Silhouette seiner Heimatstadt.

Als der irakische Lyriker am 4. Juli 2014 die Brücke überquerte, konnte er nicht wissen, dass dort wenig später Abu Bakr Al-Baghdadi, der Anführer des sogenannten Islamischen Staates, auf die Kanzel steigen und sich zum »Kalifen aller Muslime« erklären würde. Die Gräueltaten, die fortan unter seinem Kommando begangen wurden, machten Al-Baghdadi zum meistgesuchten Terroristen weltweit.

Umar Abdul Nasser verbrachte jenen Tag bei seinem Freund Ameen Mokdad. Der Musiker begleitete den Dichter damals bei dessen Lesungen. Sie probten und ahnten nicht, dass bis zur vollständigen Rückeroberung der Stadt drei Jahre vergehen sollten und dass Abdul Nasser bald wegen seiner Gedichte um sein Leben fürchten und schließlich würde fliehen müssen. Das Gedicht, das die Freunde damals probten, heißt: »Die Hoffnung wird nicht entführt werden.«

Abdul Nasser sitzt in seiner Berliner Wohnung vor dem Computer. Mehr als drei Jahre sind seit seiner Flucht aus dem Irak vergangen. Er habe tatsächlich nie die Hoffnung aufgegeben, sagt der inzwischen 35-Jährige. Auch nicht, als er sich in Mossul zweieinhalb Jahre lang vor den Schergen des IS verstecken musste. Er hatte gegen die Islamisten angeschrieben, gegen den Hass, den religiösen Fanatismus, die systematische Verfolgung seiner christlichen und jesidischen Nachbarn, das sinnlose Morden.

Dabei möchte Abdul Nasser am liebsten nur »Brücken der Liebe« bauen – so heißt ein Projekt, das er 2018 im Exil gegründet hat. Wenn der Iraker zu Lesungen oder coronabedingt auf

seinen YouTube-Kanal einlädt, überrascht er mit Liebesgedichten. Mit sanfter Stimme, fast singend, trägt er dann zärtliche Worte auf Arabisch vor, lässt sie mit den begleitenden Gitarrenklängen verschmelzen. »Meine Freunde lieben diesen romantischen Umar«, meint der Poet aus Mossul und lächelt.

## DAS GEHEIMNIS DES GLÜCKS

Stiehl den Tagen die schönen Minuten  
bevor du deinen Kopf aufs Kissen legst  
Stiehl ihnen die komischen Momente und das Lachen  
Nach einem langen Leben wirst Du es begreifen:  
Dies ist das Geheimnis des Glücks...

Deine Liebe sagte mir all dies  
in einem Lächeln, als wir nebeneinander liefen  
in einem Kuss, der meine Wange strich  
in einem verrückten Moment  
den mein Blick erhaschte  
(Aus dem Arabischen von Kerstin Wilsch)

Die gut 30 Jahre, die er im Irak gelebt hat, waren von Krieg und Terror geprägt, erzählt der Dichter. Aber zum Glück seiner Kindheit zählten Bücher. Seine Literatur liebende Mutter las ihm von klein auf täglich vor, und jeder Ausflug mit ihr war damit verbunden, Bücher zu kaufen. Seine Mutter war es auch, der er als 15-Jähriger seine ersten eigenen Gedichte und Texte zeigte. Später publizierte er in irakischen Zeitungen.

Abdul Nasser studierte Englisch, arbeitete als Buchhalter, Computerfachmann und Lehrer. Von der Poesie allein habe er im Irak nicht leben können, sagt er. Die Liebe zur Musik, die seine Darbietungen prägen, habe er von seinem Vater geerbt. Schon früh begann Abdul Nasser, seine Gedichte zu vertonen, entwickelte »poetry performances«. In Mossul tat er sich mit anderen Künstlerinnen und Künstlern zusammen, organisierte Festivals, machte sich für interkulturelle Begegnungen stark.

»Es ist wichtig zu wissen, dass der IS im Irak nur deshalb so stark werden konnte, weil unsere Regierung so schwach ist«, betont der Dichter. »Auf einmal waren wir umzingelt von verrückten, dummen Leuten, die das Leben hassen und uns als menschliche Schutzschilde benutzt haben.«

Als er untertauchen musste, richtete er seinen YouTube-Kanal ein, um Protestgedichte öffentlich zu machen. Die IS-Führer erklärten seine Werke, genau wie andere Literatur und die Kunst generell, für unvereinbar mit dem islamischen Recht. Selbst das jahrtausendealte Kulturerbe Mossuls versuchten die Islamisten auszuradieren. Sie sprengten antike Tempel, Kirchen und 2017 sogar die Al-Nuri-Moschee. Sie zogen mit dem Presslufthammer durch das städtische Museum und köpften dessen Statuen genauso wie die ihrer Ansicht nach »Ungläubigen« auf der Straße. Er habe damals jeden Augenblick damit gerechnet, sterben zu müssen, sagt Abdul Nasser, dennoch habe er nicht aufhören können, zu schreiben: »Poesie und Kunst waren die letzten Räume der Freiheit.«

**»Passt auf eure  
Gesundheit auf.  
Aber passt auch auf  
eure Träume auf.«  
Umar Abdul Nasser**



Foto: privat

Konnte auch im Untergrund nicht aufhören zu schreiben. Umar Abdul Nasser.

### MONOLOG DER KRIEG LEIDENDEN VÖLKER

... Werde gewahr,  
dass die Geschichte die alte Lüge wiederholt,  
auf Schwindel und Ruin beharrt.

Nein, nein, sagen sie, es geht um Gerechtigkeit.  
Nein, nein, es geht um uns Menschen.  
Der Mensch steht vor ihnen, doch sie sehen ihn nicht.  
Immerzu Hunger, Gewalt, Schändung, Gemetzel,  
vor den Augen der Welt, zugelassen von der Macht.

Nein, nein, sagen sie, es geht um Gerechtigkeit.  
Nein, nein, es geht um uns Menschen.  
Im Namen des Rechts wird Tod verbreitet  
unter dem Banner von Partei und Religion.  
Was für ein Recht,  
das Menschen und Länder fordert!  
*(Aus dem Arabischen von Leila Chamaa)*

Aus seinem Versteck heraus veröffentlichte er Dutzende Gedichte und drehte den Kurzfilm »A prisoner from Mosul«. 2017 floh Abdul Nasser aus dem Irak. Er erhielt ein Stipendium des Netzwerks International Cities of Refuge Network, dem 74 europäische Städte angehören, die Kulturschaffenden Zuflucht bieten, und ging nach Wrocław in Polen. Seit Juli 2019 ist Umar Abul

Nasser Stipendiat des »Writers in Exile«-Programms des deutschen PEN-Zentrums.

Die politischen Ereignisse in seiner Heimat beschäftigen ihn auch im Exil. Der Irak gilt zwar seit Juli 2017 als vom IS befreit, aber frei seien die Iraker deshalb nicht, sagt der Dichter. Als am 1. Oktober 2019 Massenproteste begannen, bei denen Hunderttausende wochenlang gegen Misswirtschaft und Korruption demonstrierten und eine vollständige Neuordnung des politischen Systems forderten, eskalierte die Gewalt. Es wurde scharf geschossen. Nach Informationen von Amnesty International wurden mehr als 500 Menschen getötet und Tausende verletzt. Scharfschützen hätten auf Demonstranten geschossen, die friedlich irakische Fahnen schwenkten, berichtet der Dichter. Die Regierung bestreitet dies.

Die Corona-Pandemie brachte die Proteste weitgehend zum Erliegen. Doch gebe es weiter willkürliche Festnahmen, Entführungen und Mordanschläge auf Oppositionelle, sagt Abdul Nasser. Immer noch versuche die Regierung, die Iraker zum Schweigen zu bringen. Rote Linien, die nicht überschritten werden dürften, seien wie ein »unsichtbares Laserlabyrinth«. Dennoch will er die Hoffnung nicht aufgeben. Zusammen mit seinem Freund Ameen, der heute in Bagdad lebt, hat er aufmunternde Videos zur Corona-Krise veröffentlicht. Gemeinsam mahnen sie: »Passt auf eure Gesundheit auf.« Aber auch: »Passt auf eure Träume auf!« ■

[www.youtube.com/user/omarabdalnasser](http://www.youtube.com/user/omarabdalnasser)

A portrait of David Grossman, an Israeli writer and peace activist. He is a middle-aged man with short, light-colored hair, wearing black-rimmed glasses, a blue button-down shirt, and green trousers. He is standing with his hands clasped in front of him, looking directly at the camera with a neutral expression. The background is a dark, solid color.

# Wahrheiten und Widersprüche

Der israelische Schriftsteller und Friedensaktivist David Grossman widmet sich in seinem Werk den Zwangslagen, denen Menschen in politischen Konflikten ausgesetzt sind. Davon handelt auch sein neuer Roman »Was Nina wusste«.

Von Harald Gesterkamp

**Blick für die Nuancen.** Der israelische Schriftsteller David Grossman engagiert sich in der Friedensbewegung.

# »Meine Bücher handeln von Familien und der Wucht ihrer Geschichten.« David Grossman

Er hat es wieder getan. Was David Grossman in seinem Roman »Eine Frau flieht vor einer Nachricht« so meisterhaft gelungen ist, nämlich mithilfe einer Familiengeschichte politische Konfrontationen zu erklären, das schafft er auch mit seinem neuen Werk »Was Nina wusste«. Diesmal geht es nicht um den israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern um Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg.

»Fast alle meine Bücher handeln von Familien und der Wucht ihrer Geschichten«, sagt Grossman. In »Was Nina wusste« unternehmen drei Frauen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Reise von Israel nach Kroatien, in das Jugoslawien unter Tito. Die 90-jährige Vera, eine nach Israel ausgewanderte kroatische Jüdin, hütet ein bedrückendes Geheimnis, unter dem die gesamte Familie leidet. Mit ihrer Tochter Nina und ihrer Enkelin Gili reist sie an die Orte ihres früheren Lebens. Auf der Suche nach der Geschichte ihrer Familie, aber vor allem auf der Suche nach einer Befreiung von der Vergangenheit.

Vera war im Zweiten Weltkrieg Partisanin, die mit ihrem serbischen Mann an der Seite Titos gegen die Faschisten gekämpft hat. Jahre später werden beide beschuldigt, Anhänger Stalins und Verräter zu sein. Veras Mann bringt sich nach der Festnahme um, sie wird vor die Wahl gestellt, entweder ihren Mann als Verräter zu verleumden und freigelassen zu werden oder auf die Gefängnisinsel Goli Otok gebracht zu werden und ihre kleine Tochter zurückzulassen. Sie entscheidet sich dafür, ihre Tochter Nina im Stich zu lassen, und die große Liebe zu ihrem toten Mann zu bewahren. Dafür nimmt sie zweieinhalb Jahre lang den Terror in der Haft in Kauf. Die verlassene Nina wiederum bleibt ihr Leben lang unfähig, diese in der Familie stets verdrängte Geschichte aufzuarbeiten. Sie wird später ihr Trauma weitervererben und ihre Tochter Gili ebenfalls im Stich lassen.

»Die Insel Goli Otok in Kroatien ist einer der entsetzlichsten Orte auf der Welt«, betont Grossman. »Sie ist hässlich, wie nur Gewalt hässlich sein kann. Nur sehr wenige der Menschen, die dort als Gefangene oder als Aufseher waren, haben ihre Menschlichkeit bewahrt.«

## Politisches wird mit Privatem gespiegelt

Der Protagonistin des Buches ist das gelungen. Genau wie Eva Panic-Nahir, einer Freundin Grossmans, die 96-jährig in Israel gestorben ist und die ihm über Jahre hinweg aus ihrem Leben erzählt hat. Auf ihren Erzählungen basiert der Roman. »Das große Wunder ihrer Lebensgeschichte sind für mich nicht die Jahre, die Eva im ›Umerziehungslager‹ Goli Otok verbrachte, sondern die Jahre danach: ihre Fähigkeit, ins Leben zurückzukehren, mit Kraft und Leidenschaft am Leben festzuhalten und weiterhin an den Menschen zu glauben«, sagt Grossman.

In dem kompliziert und raffiniert komponierten Buch wechselt der Autor häufig die Perspektive, ist dabei seinen Charakteren aber stets zugewandt. Auch wenn man beim Lesen früh ahnt, was die Konflikte der Familie auslöste, ermöglicht die Art, wie die drei Frauen die Ereignisse bewerten und wer sie wem wie erzählt, eine differenzierte Betrachtung der Geschehnisse. Da bleibt verzeihlich, dass Grossman an manchen Stellen überzieht, etwa wenn beim Besuch von Goli Otok ein Gewitter über die Gefängnisinsel zieht.

Noch schonungsloser und eindringlicher hat Grossman die Geschichte von Ora erzählt – in seinem 2009 auf Deutsch erschienenen Buch »Eine Frau flieht vor einer Nachricht«. Das

politische Geschehen wird in diesem Epos über Israel mit privaten Dramen gespiegelt und umgekehrt. So wird sichtbar, wie das Leben der Menschen in Israel mit der politischen Lage verbunden ist, sei es, wenn militante Palästinenser das Land mal wieder mit Raketen beschießen oder wenn arabische Autofahrer an Kontrollposten verdächtigt werden, Terroristen zu sein.

Herausgekommen ist ein Buch, das den Nahost-Konflikt mit all seinen Facetten und Dilemmata schildert. In Rückblicken geht es um den Sechs-Tage- und den Jom-Kippur-Krieg, in der Gegenwart um Oras Sohn Ofer, der in der israelischen Armee dient und freiwillig im Kriegseinsatz ist. Wo kein Empfänger ist, ist keine Nachricht, denkt Ora, denn sie hat eine Vorahnung, dass ihr Sohn sterben wird. Sie will nicht zu Hause sein, wenn ihr Ofers Todesnachricht überbracht werden sollte. Während der Wanderung mit einem Jugendfreund schildert sie ihr Leben zwischen zwei Männern in einem zerrissenen Land.

## Schreiben und arbeiten für Versöhnung

Auch für dieses Buch gab es ein reales Vorbild. David Grossmans Sohn Uri starb 2006 als Soldat bei dem Versuch, im Südlibanon die Besatzung eines getroffenen Panzers zu retten. Das Ereignis prägte die Arbeit an »Eine Frau flieht vor einer Nachricht«. Zu dieser Zeit war Grossman, der auch Kinder- und Jugendbücher schreibt, längst in der Friedensbewegung engagiert. Er lehnt die israelische Siedlungspolitik ab, spricht von einer Besatzung des Westjordanlandes, wofür er von der Rechten in Israel mitunter heftig angefeindet wird. Auf Feiern hat er gemeinsam israelischer und palästinensischer Toter gedacht, für Essays recherchierte er in den Palästinensischen Autonomiegebieten, um der in Israel unverständenen anderen Seite eine Stimme zu geben. Nicht zufällig hat Grossman kurz nach Erscheinen von »Eine Frau flieht vor einer Nachricht« – als eine von vielen internationalen Auszeichnungen – 2010 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten.

»Wer das Wort Frieden benutzt, wird fast schon als Verräter Israels etikettiert«, hat Grossman einmal in einem Interview gesagt. Er schreibt und arbeitet für Versöhnung; gleichwohl weiß er, dass der Staat Israel Gefahren ausgesetzt und von Feinden umgeben ist, von denen viele am liebsten alle Juden auslöschen möchten. »Israel braucht eine starke Armee«, sagt er deshalb und beschreibt in seinen Romanen und Essays die Widersprüchlichkeit des Lebens in seinem Heimatland. Dabei verzichtet er auf Klischees und entdeckt Nuancen, die bei der Betrachtung des Konfliktes national wie international sonst oft untergehen. ■



David Grossman: Was Nina wusste. Aus dem Hebräischen von Anne Birkenhauer. Hanser, München 2020, 352 Seiten, 25 Euro

# Daddeln macht endlich Sinn

**Computer- oder Handyspiele können mehr als unterhalten. Die sogenannten Serious Games inszenieren Themen wie Flucht, LGBTI, Ausbeutung oder politischen Widerstand.**

**Eine Auswahl von Klaus Ungerer**

**S**erious Games, seriously? Für den Gewohnheitsdaddler klingt das ein bisschen wie Veganschnitzel für den Fleischfreund: Wenn Spiele mir eine Einsicht vermitteln sollen, wenn sie im weitesten Sinne pädagogisch sind – wo bleibt dann der Spaß? Schließlich will man doch rumballern, Abenteuer erleben, kämpfen, auch gern hemmungslos böse sein können. Gerade wenn das eigene Leben brav und geordnet dahinplätschert, verlangen Fantasie und Spieltrieb nach einem Ausgleich. Nach dem wilden Leben.

Serious Games gibt es trotzdem schon lange, sie sind schlicht gesagt: Lernspiele, oder enger gefasst: Spiele der Aufklärung. Weltverbessernde Spiele. Die den Spieler an seiner Spielfreude packen, um ihm etwas zu zeigen. Um ihn, anders als ein Buch oder ein Film es kann, in die Rolle des Anderen zu stupsen, des Unterprivilegierten, Ausgegrenzten. Allerdings: Wo das Gute gewollt ist, sind die Etats oft kleiner, und so reißen die üblichen Serious Games keinen 14-Jährigen vom Hocker. Die meisten sind eher simpel, aber doch für ein paar Stunden spielbar. »3rd World Farmer« (3rdworldfarmer.org) etwa entführt uns in den Teufelskreis des Überlebens, dem ein afrikanischer

Bauer in einer Krisenregion ausgesetzt ist. Bei »Spent« (playspent.org) wird man zum unterbezahlten Arbeiter in einem Land, das über kein ausreichendes Sozial- und Gesundheitssystem verfügt. Wie lange hält man durch, ehe wieder Geld reinkommt? Meldet man den kleinen Unfall, den man verursacht hat, oder haut man lieber ab? Beahlt man dem Kind Schulesen oder lässt man zu, dass es gehänselt wird? Ein würdevolles Dasein ist erst ab einem bestimmten Einkommen möglich. In »Frontiers« (www.goldextra.com/frontiers-o) lässt sich die Abschottung der EU-Außengrenzen als Fliehender oder als Grenzwächter erleben.

## Tell Me Why

Einen nächsten Schritt will nun »Tell Me Why« unternehmen, das exklusiv für Microsoft entwickelt wurde. Es ist das erste Projekt der Gamingindustrie, das eine Transgender-Person als Hauptfigur hat. Damit gehe das Entwicklerstudio Dontnod ein Risiko ein, hieß es. Denn ist die Welt schon bereit für einen Transgender-Charakter als Hauptfigur? Fakt ist, Spieler sind ja einiges an Identitätswechseln gewohnt, dem Verkauf aber schadet die zusätzliche Aufmerksamkeit wohl eher nicht.

Spielerisch ist »Tell Me Why« eher unscheinbar, selten kommt der Spieler über die Rolle des Geschichten-Anschiebers hinaus: Dieses Adventure hat sich schon stark dem Psychodrama-Film angenähert. Die Rätsel sind einfach, es geht weniger um Spannung als darum, die Spieler in die Lebenswelt Tylers einzuführen, der vor zehn Jahren in den Tod seiner Mutter verwickelt war, als er noch im Körper eines Mädchens steckte. Wie kam es zu dem verhängnisvollen Abend? Tyler und seine

Schwester Alyson, jetzt junge Erwachsene, kehren zurück an den Ort ihrer Kindheit, den Ort, an dem die Mutter in den Wochen vor ihrem Tod immer seltsamer wurde, einen Ort, an dem es unausgesprochene Geheimnisse gibt. Ein vernünftiges, spielsenswertes Spiel mit vernünftigen, spielswerten Charakteren. Welche Geschlechtsidentität die nun haben – who cares? Dieses innere Achselzucken ist vielleicht wertvoller als jeder Versuch, ein mögliches Aufregertema zu setzen.

»Tell Me Why« ist für Windows und Xbox One erschienen und kostet ungefähr 30 Euro.



Eine Transgender-Person als Hauptfigur. Szene aus »Tell Me Why«.



Screenecht: Aite

**Fluchtbegleitung per Handy.** Szene aus »Bury me, my love«.

### Bury me, my love

Du bist Majd. Nour ist deine Frau. Während du im kriegsgebeutelten Syrien bleiben musst, macht sich Nour auf den Weg nach Europa. Alles, was du tun kannst, ist, ihre Nachrichten im Messenger zu lesen, ihr zu antworten, sie zu ermutigen auf ihrem langsamen, gefährvollen Weg in ein erhofftes Leben ohne Angst. Ist dem Schleuser wirklich zu trauen? Sieht das Boot vertrauenswürdig aus? Soll sie einem Gerücht folgen und ihre Route ändern? Soll sie es zu Fuß über die nächste Grenze versuchen oder sich in einen Zug setzen? Was Nour widerfahren kann, hängt auch davon ab, wie du sie berätst und ob du ihr gut zuhörst. Das Gespräch findet vor deinen Augen statt – auf deinem Handy.

Das Spiel überzeugt durch seine schlichte, aber schöne Gestaltung, und die Spielwelt überschneidet sich mit deiner. Dein Handy ist Majds Handy. Du kannst sogar in Echtzeit spielen, da geht es dann oft über viele Stunden nicht weiter, da Nour gerade in Abenteuer verwickelt ist, die sie vielleicht überlebt – und die sie immer weiter von dir entfernen. Es gibt viele Wege, einen geliebten Menschen zu verlieren.

»Bury me, my love« ist für Nintendo Switch, Android, Microsoft Windows und iOS zum Preis von knapp 5 Euro erschienen.

### Through the Darkest of Times

Rundenbasierte Aufbauspiele sind ein ehrwürdiges Genre, und für gewöhnlich bedienen sie einen kindlichen Optimismus. Das Land, das man regiert, der Bauernhof, den man führt, oder der Fußballclub, den man managt – sie werden im Laufe des Spiels immer größer, schöner, erfolgreicher. Bei »The Darkest of Times« liegt von Anfang an die Ahnung in der Luft, dass die Dinge keinesfalls gut ausgehen werden. Denn um die eigene



Screenecht: Paintbucket Games / HenryGames

**Im Widerstand.** Szene aus »Through the Darkest of Times«.

kleine Gruppe von Widerständlern herum wächst die Dunkelheit – das Dritte Reich.

Angesiedelt in Berlin ab 1933, stellt das Spiel eine existenzielle Frage: Auch wenn ich weiß, dass die Welt untergeht, was werde ich tun? Man rettet eben, was zu retten geht, das kleine bisschen Menschlichkeit. Unter immer widrigeren Bedingungen muss der Spieler als Gruppenchef versuchen, Geld zu beschaffen, neue Mitglieder anzuwerben und Aktionen gegen das Regime durchzuführen. Von Anfang an strampelt man dabei gegen den Sog des Untergangs: Mitglieder steigen unter Druck aus oder werden verhaftet, jeder kleine Schritt ist mit Gefahren verbunden, und sei es nur das Einkaufen von Papier für das nächste Flugblatt. Macht das etwa Spaß? Oh ja. ■

»Through the Darkest of Times« ist für verschiedene Plattformen für rund 15 Euro erschienen, eine Version fürs Handy kostet ca. 8 Euro.

# Die Geschichte hinter dem Foto



Foto: Patricia Kühnuss / ifa

**Tragödie einer Familie.** Tima Kurdis Schwägerin und ihre beiden Neffen ertranken, als sie versuchten, von Syrien nach Europa zu fliehen.

**Das Bild des kleinen Jungen, der tot am Strand lag, ging 2015 um die Welt. In einem bewegenden Buch erzählt seine Tante, Tima Kurdi, die Geschichte ihrer Familie auf der Flucht. Von Wera Reusch**

**A**lan Kurdi« heißt ein Schiff der Organisation Sea-Eye, das seit 2019 auf dem Mittelmeer Hunderten von Menschen das Leben gerettet hat. Der Name erinnert an den zweijährigen Jungen, der ertrank, als seine Familie am 2. September 2015 versuchte, mit einem Boot von der türkischen Küste zur griechischen Insel Kos zu gelangen. Auch Alans Mutter und sein vierjähriger Bruder kamen dabei ums Leben. Einzig sein Vater Abdullah Kurdi überlebte. Eine türkische Reporterin fand den toten Jungen, der an die Küste gespült worden war und mit dem Gesicht im Sand lag. Ihr Foto ging um die Welt und wurde zum Symbol für das Leid der Flüchtlinge und für die unmenschliche Politik der internationalen Staatengemeinschaft, die den Hilfesuchenden aus Syrien sichere Wege aus dem Elend verweigerte.

Tima Kurdi erlebte die Tragödie aus der Ferne. Aufgewachsen in Damaskus war sie bereits als junge Frau nach Kanada ausgewandert und betrieb in Vancouver einen Frisörsalon. Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien hatte sie ihren jüngeren Bruder Abdullah und ihre anderen Geschwister, so gut es ging, finanziell unterstützt und sich um Asyl für sie in Kanada bemüht. Doch die bürokratischen Hindernisse erwiesen sich als unüberwindlich. Immer mehr Familienmitglieder gerieten in Syrien zwischen die Fronten. Immer mehr flohen in die Türkei, wo sie unter miserablen Bedingungen lebten. Immer mehr sahen keine andere Möglichkeit, als die gefährliche

Flucht über das Mittelmeer nach Europa anzutreten. Das Foto des Jungen rückte das Unglück der Familie Kurdi ins internationale Rampenlicht, doch dann verselbstständigte sich das Bild und entriß der Familie ihre Geschichte. Kurz vor dem ersten Jahrestag der Tragödie beschloss Tima Kurdi daher, ein Buch zu schreiben, um Dinge richtigzustellen, vor allem aber, um klarzumachen, dass das Schicksal ihrer Familie stellvertretend stehen kann für das von Millionen Flüchtlingen überall in der Welt.

»Der Junge am Strand« ist ein überaus bewegendes Buch, weil die Autorin sehr genau schildert, wie sich die politischen Ereignisse im Nahen Osten, aber auch die Asylpolitik der westlichen Staaten auf der privaten Ebene auswirken. Weil sie anschaulich macht, wie eine normale Mittelschichtsfamilie aus Damaskus unversehens in einen Alptraum gerät, der damit endet, dass einige Familienmitglieder ertrunken und die übrigen verstört und auf der ganzen Welt verstreut sind.

Die persönliche Perspektive der Autorin, die selbst in Sicherheit ist, sich verantwortlich fühlt, helfen will, deren Möglichkeiten jedoch begrenzt sind und die sich mit Vorwürfen quält, erleichtert es europäischen Lesern, sich in die verzweifelte Lage aller Beteiligten hineinzusetzen.

»Es war nicht einfach für mich, mein Privatleben und das meiner Familie mit der ganzen Welt zu teilen. Aber ich musste es tun«, sagte Tima Kurdi in einem Rundfunkinterview. »Es ging mir darum, der Welt zu erzählen, dass wir Menschen sind – wie alle anderen auch.« ■

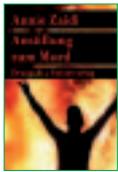


Tima Kurdi: Der Junge am Strand. Die Geschichte einer Familie auf der Flucht. Aus dem Englischen von Lilian-Astrid Geese. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2020, 248 Seiten, 19,80 Euro

## Mahnender Roman aus Indien

»Dreihundert Jahre voller Geschichten, die die Arterien unserer Männer verstopfen. Die sich ganz eng um ihre Herzen ranken, schleimig und dickflüssig vor lauter Halbwahrheiten«, stellt Devaki fest. Sie stammt aus einer hinduistischen Familie, hat einen Mann aus einer niedrigeren Kaste geheiratet und ist mit einer muslimischen Familie befreundet. Doch das Miteinander in der kleinen südindischen Stadt ist zunehmend vergiftet. Vorurteile untergraben Freundschaften, Nachbarschaften, Familien. Und eines Tages liegt ein junger Arbeitsmigrant tot in einem Graben. »Anstiftung zum Mord« heißt der schmale Roman von Annie Zaidi. Anders als der deutsche Titel vermuten lässt, ist dies kein Krimi, sondern die eindrucksvolle Schilderung, wie Hassrede den Boden bereitet für Gewalt. Die junge indische Autorin hat dafür eine so anspruchsvolle wie überzeugende Form gefunden: Sie lässt ihre Protagonisten in Selbstgesprächen zu Wort kommen und macht dadurch die Konfliktlinien deutlich – zwischen den Geschlechtern, Kasten, Religionen und sozialen Klassen. Die vernünftigen Stimmen geraten dabei immer stärker in die Defensive, die Devakis etwa oder die des Geschichtslehrers, der nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst feststellt:

»Vielleicht gewöhnt man sich langsam daran. An dieses Has-sen. Es kommt ja doch ganz harmlos daher.« Ein kleiner Roman mit einer großen Mahnung.



Annie Zaidi: Anstiftung zum Mord. Aus dem Englischen von Gerhard Bierwirth. Draupadi Verlag, Heidelberg 2020, 180 Seiten, 18 Euro

## Autobiografie eines Ex-Muslims

Amed ist 15, als er seinem Vater mitteilt: »Ich kann mit dem Islam nichts anfangen. Ich bin Atheist.« Die Folgen des Geständnisses könnten drastischer kaum sein: Der Vater zeigt ihn wegen Gotteslästerung an, Amed wird auf der Polizeiwache und im Gefängnis in Erbil mit Elektroschocks und Schlägen gefoltert und steht schließlich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vor Gericht. Erst als der Fall 2014 Schlagzeilen macht, wird das Verfahren mit einer Geldstrafe abgeschlossen. Doch ist das Drama damit nicht vorbei: Ameds Familie drängt ihn zur Flucht, weil sie um ihre »Ehre« fürchtet. Mithilfe von Schleusern gelangt der unbegleitete Minderjährige schließlich nach Deutschland. Jetzt hat Amed Sherwan seine unglaubliche Lebensgeschichte veröffentlicht. »Kafir«, Ungläubiger, heißt das Buch des 22-jährigen, der heute als Blogger und Aktivist in Flensburg lebt. Er schildert seine Kindheit und Jugend in Irakisch-Kurdistan, aber auch seine Erfahrungen als Flüchtling in Deutschland. Hier gerät der eigensinnige Junge zunächst in Konflikt mit der Fürsorgebürokratie und dann zwischen die politischen Fronten: Sein Atheismus macht ihn zur Zielscheibe von Islamisten. Linke halten seine Kritik am Islam für übertrieben. Die AfD versucht, ihn zu vereinnahmen. Rassisten verfolgen ihn aufgrund seiner Herkunft. Umso bemerkenswerter ist Sherwans humorvoller Ton.



Amed Sherwan/Katrine Hoop: Kafir. Allah sei Dank bin ich Atheist. Edition Nautilus, Hamburg 2020, 240 Seiten, 18 Euro

## Krimi über Gewalt gegen Indigene

Éric Plamondon's Roman »Taqawan« basiert auf realen Ereignissen: Im Juni 1981 stürmte die Polizei von Québec das Reservat der Mi'kmaq, konfiszierte deren Fischernetze und nahm zahlreiche Menschen fest – ein weiterer repressiver Akt der Weißen in der langen Geschichte der indigenen Bevölkerungsgruppe. Der franko-kanadische Autor hat aus diesem »Lachskrieg« einen Krimi entwickelt, in dessen Mittelpunkt die 15-jährige Océane steht, die auf der Flucht vor der Razzia von mehreren Polizisten vergewaltigt wird. Ein weißer Ranger findet das Mädchen und macht sich gemeinsam mit dem Mi'kmaq William auf die Suche nach den Tätern. Der finale Showdown kann als Drehbuch für einen Actionfilm erhalten und hätte auch eine Nummer kleiner ausfallen können. Doch dient der Krimiplot dem franko-kanadischen Autor als Rahmen für sein Anliegen: In knappen Exkursen erzählt er die Geschichte der Mi'kmaq, zitiert ihre Legenden und erklärt ihre Lebensweise – insbesondere, welche Rolle der Lachs dabei spielt. Auf nur 200 Seiten bündigt Éric Plamondon eine Fülle an Material und präsentiert viele interessante Details. Er übt deutliche Kritik an der Polizeigewalt, schildert die jahrhundertelange Unterdrückung der Indigenen und stellt die übliche kanadische Geschichtsschreibung infrage. »In Québec haben wir alle Indianerblut«, heißt es an



einer Stelle des Romans. »Entweder in den Adern oder an den Händen.«

Éric Plamondon: Taqawan. Aus dem Französischen von Anne Thomas. Lenos Verlag, Basel 2020, 208 Seiten, 22 Euro

## Kindheitserinnerungen an den Gulag

»Unser Vater ist im Lager umgekommen. Der Ganter Martin wird für mich immer lebendig sein. Wisst ihr, dass in Sibirien keine Äpfel wachsen? Ich wusste es nicht ...« Algis ist dreizehn Jahre alt, als er und seine Familie 1941 von den sowjetischen Besatzern von Litauen nach Sibirien deportiert und dort interniert werden. Es sind Versatzstücke kindlicher Erinnerungen, die den Abtransport, den Tod des geliebten Gänserichs, die Faszination der Tante für Japan und die Gedichtform Haiku, die Arbeit und das Leben im Lager, den Geschmack von getrockneten Äpfeln, das Singen im Chor und die Rückkehr mit dem »Zug der Waisen« schlaglichtartig einfangen. Die Erlebnisse werden mit porträthaften Darstellungen von Personen verknüpft und zu literarischen Miniaturen verdichtet, die Gräueltaten und Unmenschlichkeit aufzeigen, aber auch Hoffnung und Solidarität. Die Autorin Jurga Vilė hält in »Sibiro Haiku« die Erinnerungen ihres Vaters fest. Gemeinsam mit der Comic-Künstlerin Lina Itagaki widmet sie sich einem leidvollen Kapitel der litauischen Geschichte: Mehr als 130.000 Menschen wurden zwischen 1941 und 1952 nach Sibirien verschleppt, ihr Schicksal wurde lange Zeit verschwiegen. Die Graphic Novel ist ein künstlerisch herausragendes Zeitzeugnis, inhaltlich und gestalterisch.



Jurga Vilė, Lina Itagaki: Sibiro Haiku. Eine Graphic Novel aus Litauen. Aus dem Litauischen von Saskia Drude. Baobab Books, Basel 2020, 240 Seiten, 25 Euro. Ab 14 Jahren

## Europas Passionsgeschichte

Jesus ist schwarz, er ist Feldarbeiter und hat keine Papiere: Für seinen neuen und spektakulären Film nimmt sich Milo Rau die Lage afrikanischer Migranten in Italien vor. Und wie es die Arbeitsweise des Schweizer Theater- und Filmregisseurs ist, bezieht er die Situation und die Menschen vor Ort mit ein. Spielort ist die Stadt Matera im Süden – dort drehten schon Pier Paolo Pasolini und Mel Gibson ihre Bibelfilme, zum Teil stehen sogar noch die Kulissen. Rau bringt das Genre auf den zeitgemäßen Stand und fragt: Was würde Jesus heute predigen und wie sähen seine Jünger aus? Die Antwort: Er wäre ein Menschenrechtsaktivist und würde gerechte Arbeitsbedingungen für die Gestrandeten der europäischen Flüchtlingspolitik fordern. Gemeinsam mit dem Aktivist Yvan Sagnet, der Jesus spielt und früher selbst auf den Tomatenfeldern geschuftet hat, besucht Rau die aus Brettern und Pappe zusammengezwimmerten Unterkünfte der Arbeiter, filmt an den Orten der Prostitution, in die afrikanische Frauen gezwungen werden, und lässt alle ausführlich zu Wort kommen. Mitten drin inszenieren Raus Protagonisten ein Passionsspiel, interpretieren ihre Lage als biblisches Schicksal, das aber alles andere als unveränderbar ist. Dieser Film im Film ist Kunstaktion und Passion gleichermaßen – und vor allem: ein mitreißendes politisches Manifest.



»Das neue Evangelium«. D/SUI 2020. Regie: Milo Rau. Darsteller: Yvan Sagnet, Marie Antoinette Eyango. Kinostart: 17. Dezember 2020

## Das Schicksal der Verschwundenen

»Ich gehe nach Arizona, zur Arbeit«, sagt Jesús noch, dann nimmt er den Bus 670, der ihn und einen Freund zur US-Grenze bringen soll. Seine Mutter Magdalena wird so schnell nichts mehr von ihrem Sohn hören. Dass Menschen verschwinden, ist Alltag in Mexikos Grenzregion. Kriminelle Banden rauben sie aus, töten sie und verbrennen die Leichen bis zur Unkenntlichkeit. Die Gewalt richtet sich zumeist gegen Frauen, Minderheiten, Migranten. Der Terror der Banden hat erschütternde Ausmaße angenommen: Dutzende von Massengräbern wurden entdeckt, die Bevölkerung ganzer Dörfer vertrieben. Auch Magdalenas Sohn scheint ein Opfer geworden zu sein. Als Monate später die Leiche von Jesús' Begleiter gefunden wird, macht sich die Mutter auf die Suche, klappert Leichenschauhäuser und Polizeistationen ab. Und trifft dabei auf einen Jungen, der seine Mutter sucht. In Fernanda Valadez' grandiosem ersten Langfilm geraten die Menschen immer wieder in parabelhafte und verzwickte Situationen. Und am Ende wünscht sich Magdalena, nie ein Kind gehabt zu haben. Valadez' Film reflektiert die Verhältnisse auf geschickte, sehr künstlerische Weise: Die Morde sind jederzeit präsent, spielen aber nicht die Hauptrolle. »Ich wollte nicht, dass uns die Gewalt von der Suche nach dem Verschwundenen ablenkt«, sagt die Regisseurin. Ein äußerst kluger Film darüber, was es heißt, Opfer und womöglich zugleich auch Täter zu sein.



»Was geschah mit Bus 670?«. MEX/ESP 2020. Regie: Fernanda Valadez, Darsteller: Mercedes Hernández, David Illescas. Derzeit in den Kinos

Film: Jürgen Kiontke | Musik: Thomas Winkler

## Solidarischer Country-Folk

Wer aus Nashville kommt, hat gewöhnlich nicht allzu progressive Ansichten. Und Country-Musiker sind eher dem konservativen Teil des politischen Spektrums zuzuordnen. Diana Jones lebt in Nashville, und ihre Musik ist ganz eindeutig Country – von der Slide-Gitarre, die wehmütig den vorbeiziehenden Wüstenbüschen nachklingt, bis zu den melancholischen Melodien. Allerdings hat sich die gefeierte Songwriterin schon immer eher an Nashville-Outcasts wie Johnny Cash orientiert als am dortigen musikalischen Establishment. »Pony«, der berühmteste Song der 52-Jährigen, handelt daher auch nicht etwa vom Leben eines Cowboys, sondern beschreibt die US-Assimilierungspolitik der 1920er-Jahre aus der Sicht eines Kindes der First Nations. Mit ihrem aktuellen Album »Song To A Refugee« gibt Diana Jones nun den Geflüchteten und Asylsuchenden eine Stimme. Beim zentralen Stück des Albums »We Believe You« wird sie von der 85-jährigen Sängerin Peggy Seeger unterstützt, einer Halbschwester der Protestsong-Legende Pete Seeger. Der Song schenkt jenen Glauben, die es über die Grenze zu Mexiko hinein ins gelobte Land geschafft haben. Jenen Menschen, die um ihr Leben rennen, in der Wüste verdursten und von ihren Kindern getrennt werden. Ein Album als Solidaritätsadresse. Dass diese Botschaft ausgerechnet in traditionellem Country-Folk daher kommt, macht sie umso kraftvoller.



Diana Jones: Song To A Refugee (Proper/H'Art)

## So klingt Migration

Ein Leben wie ein Atlas: Jitwam wurde einst im indischen Assam geboren, wuchs auf zwischen Neuseeland und Australien, lebt nun in New York und schätzt amerikanischen Blues ebenso wie indische Ragas und deutschen Krautrock. Diese weltumspannende Biografie hat der Produzent und Musiker nun umgesetzt in eine Benefiz-Compilation, deren Einnahmen an zwei indische Hilfsorganisationen gehen, das Human Rights Law Network und den Zindagi Trust. Auf »Chalo« kommen Musikerinnen und Musiker aus Indien und Großbritannien, den USA und Pakistan zusammen, die zwar alle mit dem Subkontinent verbunden sind, aber musikalisch damit vollkommen verschieden umgehen: Das Spektrum reicht vom hysterischen Gitarren-Gegniedel aus der 1970er-Art-Rock-Hölle über ultracoole Beats aus der Zukunft, pumpende House-Tracks oder verstrahlten HipHop bis zum verträumt ums Eck schlurfenden Chanson. Zum Abschluss dieser grandiosen Compilation, die beweist, wie fruchtbar Migration und Globalisierung für die Popmusik sein können, wird noch einmal die gesamte musikalische Spannweite aufgemacht: Zuerst darf der Londoner Schauspieler und Musiker Riz Ahmed in einem A-Capella-Rap ohne Musikbegleitung seine Migrantengeschichte beschreiben, bevor der Filmkomponist VS Narasimhan nur seine Violine sprechen lässt. Beide aber erzählen sie – einmal mit, einmal ohne Worte – sehr eindrücklich von einem Leben zwischen den Welten.



Various Artists: »Chalo« (TheJazzDiaries) <https://thejazzdiaries.bandcamp.com/album/chalo>

# Königin der Traurigkeit



Foto: Allitude Films

**Ikone des Jazz.** Billie Holiday bei einem Auftritt in New York, 1947. Szene aus dem Film »Billie«.

»Billie« ist das packende wie berührende Filmporträt der Sängerin und Menschenrechtlerin Billie Holiday.

Von Jürgen Kiontke

**D**ie Bäume des Südens tragen seltsame Früchte / Blut auf ihren Blättern / Blut an ihren Wurzeln / Schwarze Körper schwingen im Wind des Südens / Seltsame Früchte baumeln an den Pappeln.«

Die Szenerie, die in »Strange Fruits« von Billie Holiday besungen wird, ist bedrückend. Es ist das Jahr 1939, die Jazzsängerin tritt mit Count Basie und anderen Größen auf. Der Durchbruch von Blues und Jazz ist auch eine Folge der Prohibition: Um sich zu amüsieren, gehen Weiße nun in die Clubs der Schwarzen, vor allem ins New Yorker Café Society, wo der Jazzstar Hof hält. Doch bei »Strange Fruits« verlassen sie den Saal.

An das, was Holiday auf die Bühne bringt, wollen sie nicht erinnern werden: Die seltsamen Früchte, von denen sie singt, sind die Körper von Schwarzen, die in den von Rassismus geprägten Südstaaten der USA wegen ihrer Hautfarbe gelyncht wurden. Die 24-jährige Sängerin, geboren als Eleanora Fagan, Spitzname Lady Day, ist schon früh wegen ihrer intensiven Performance berühmt und erlangt mit diesem Song Welt-ruhm. Er ist ein künstlerischer Meilenstein in der Geschichte des Kampfes um die Menschenrechte, »der Beginn der schwarzen Bürgerrechtsbewegung« wie die New York Times schrieb.

Die Geschichte dieses Liedes ist auch ein Zentrum des Dokumentarfilms »Billie« von James Erskine. In den späten 1960er-Jahren hatte die Journalistin Linda Kuehl für ihre Holiday-Bio-

graphie Größen der Jazzszenen wie Charles Mingus und Count Basie, aber auch Schulfreunde und FBI-Agenten interviewt. Denn Holiday wurde von Polizei und Geheimdienst verfolgt, nicht zuletzt wegen Drogenbesitzes. Aber Kuehl starb in den 70er-Jahren unter ungeklärten Umständen, und die Bänder, die 200 Stunden umfassen, wurden nie angemessen ausgewertet. In seinem Film rekonstruiert Erskine das Leben der Jazzkönigin anhand dieser Tonprotokolle. Aus ärmlichsten Verhältnissen stammend, muss Billie Holiday schon mit 13 Jahren als Prostituierte arbeiten, sie wird früh zum Star, hält ihre Berühmtheit, Expressivität und Produktivität mit Drogen aus und stirbt 1959 beinahe so arm, wie sie geboren wurde.

Die Aufnahmen von ihrem musikalischen wie privaten Leben sind so schockierend wie faszinierend, das Material wurde aufwändig restauriert. Der Film vermittelt eine Vorstellung von ihrer starken Bühnenpräsenz, aber auch von dem Hass und den Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert war. »Wenn wir auf Tour waren, habe ich mir im Restaurant immer einen Extra-Burger bestellt, den ich mitnehmen konnte. Ich wusste nicht, wann es das nächste Mal was zu essen gab. Die weißen Kellner bedienten keine Schwarzen«, erzählt Holiday.

Erskines Film ist eine ungeheure Fleißarbeit und ein ungemein spannender, schöner und mitreißender Film: das vielschichtige Porträt einer Sängerin, deren Leben von Shows, Exzessen und Rebellion gekennzeichnet war. Ein Film wie ein Denkmal – für die wohl bedeutendste Jazzsängerin weltweit und eine wichtige Kämpferin für die Bürgerrechte in den USA. ■



»Billie«. Regie: James Erskine. GB 2019.  
Kinostart: 24. Dezember 2020



# BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Hautfarbe oder Herkunft inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. **AMNESTY INTERNATIONAL** veröffentlicht regelmäßig an dieser Stelle Einzelschicksale, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden.

Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.

**ACHTUNG!** Wegen der Verbreitung des Corona-Virus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Deshalb bitten wir Sie, Ihre Appellschreiben per E-Mail oder Fax bzw. an die Botschaft des jeweiligen Ziellandes zu schicken.

## ECUADOR INDIGENE GRUPPEN IM AMAZONAS- GEBIET

Im August 2020 meldete die Organisation Konföderation der Indigenen Nationen des Ecuadorianischen Amazonasgebiets (CONFENIAE) 3.303 Infektionen und 80 Todesfälle in Zusammenhang mit Covid-19 unter der indigenen Bevölkerung. Die indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet, zu denen etwa 290.000 Menschen zählen, werden seit Jahren diskriminiert. Es fehlt ihnen an Trinkwasser, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und Covid-19-Tests. Eine Ölkatastrophe am 7. April 2020 und saisonale Überschwemmungen haben die Nahrungs- und Wasserquellen vieler Gemeinschaften verschmutzt und das Infektionsrisiko zusätzlich erhöht.

Die Reaktion der staatlichen Stellen auf die Pandemie ist völlig unzureichend und ineffizient. Im August informierte die

Regierung von Ecuador die indigene Bevölkerung des Landes über eine nationale Richtlinie für den Umgang mit Covid-19. Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen im Amazonas kritisieren, dass man diese zuvor nicht mit den indigenen Gemeinschaften abgesprochen habe und deren Bedürfnisse und Forderungen nicht berücksichtigt worden seien. Außerdem seien sie aus den Ausschüssen ausgeschlossen worden, die die Richtlinie umsetzen sollen.

**Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe** an den Präsidenten von Ecuador und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet an den Entscheidungsprozessen zum Umgang mit Covid-19 beteiligt wird. Die Regierung muss zudem sicherstellen, dass genügend finanzielle Mittel für Schutzmaßnahmen und Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen und die Rechte und Erfordernisse der Betroffenen respektiert werden.

### Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Präsident  
Lenín Moreno  
Presidencia de la República del Ecuador  
García Moreno N10-43 entre Chile y Espejo  
170401, Quito  
ECUADOR  
E-Mail:  
atencionciudadana@presidencia.gob.ec  
Twitter: @Lenin  
Facebook: @LeninMorenoEC  
Instagram: @LeninMorenoG  
(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

### Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Ecuador  
S. E. Herrn Manuel Antonio Mejia Dalmau  
Joachimsthaler Straße 12, 10719 Berlin  
Fax: 030-800969699  
E-Mail: info@ecuadorembassy.de  
(Standardbrief: 0,80 €)



## VIETNAM CHAU VAN KHAM

Chau Van Kam ist ein 71-jähriger Bäcker im Ruhestand, der in den 1980er-Jahren von Vietnam nach Australien flüchtete. Als er im Januar 2019 für einen humanitären Einsatz nach Vietnam reiste, wurde er kurz nach seiner Ankunft inhaftiert und später wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Organisation« zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Amnesty International betrachtet Chau Van Kham als gewaltlosen politischen Gefangenen. Seit

seiner Festnahme verwehren ihm die vietnamesischen Behörden den Kontakt zu seiner Familie und einen Rechtsbeistand seiner Wahl. Sie verletzen damit die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln).

Bereits vor der Festnahme litt Chau Van Kham an verschiedenen Gesundheitsproblemen, darunter einer vergrößerten Prostata, einer Erkrankung der Halswirbelsäule und Diabetes. Weil er ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wird, ist sein aktueller Gesundheitszustand unbekannt, und es ist ungewiss, ob er Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung hat.

**Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe** an den Staatspräsidenten Vietnams und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass Chau Van Kham umgehend und bedingungslos freigelassen wird, sodass er sicher zu seiner Familie nach Australien

zurückkehren kann. Bis zu seiner Freilassung muss er die erforderliche medizinische Behandlung erhalten.

### Schreiben Sie in gutem Vietnamesisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Staatspräsident  
Nguyễn Phú Trọng  
Số 2 Hùng Vương, Ngoc Hò, Ba Đình  
Hà Nội 118708, VIETNAM  
Fax: 0084 - 37 33 52 56  
E-Mail: webmaster@president.gov.vn  
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

### Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam  
S. E. Herrn Nguyen Minh Vu  
Elsenstraße 3, 12435 Berlin  
Fax: 030 - 53 63 02 00  
E-Mail: sqvnberlin@t-online.de  
(Standardbrief: 0,80 €)

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter [www.amnesty.de/briefe](http://www.amnesty.de/briefe).

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de)

### AMNESTY INTERNATIONAL

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin  
Tel.: 030-42 02 48-0, Fax: 030-42 02 48-488  
E-Mail: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de), [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)



## TSCHAD BARADINE BERDEI TARGUIO

Baradine Berdei Targuio ist Vorsitzender des Menschenrechtsverbands Organisation Tchadienne des Droits Humains (OTDH). Am 24. Januar 2020 nahmen bewaffnete maskierte Personen den Menschenrechtsverteidiger in seiner Wohnung in N'Djamena fest und brachten ihn zum nationalen Geheimdienst. Danach war er fast sieben Monate lang »verschwunden«. Vor seiner Festnahme hatte er sich in den

sozialen Medien wiederholt über den Präsidenten geäußert und auf die schwierige Menschenrechtssituation im Norden des Landes hingewiesen. Im Februar erklärte der Justizminister die Festnahme von Baradine Berdei Targuio wegen »subversiver Aktivitäten in den sozialen Medien« für rechtmäßig. Die Anhörung vor einem Staatsanwalt und einem Untersuchungsrichter fand jedoch erst am 21. August statt. Drei Tage später wurde Baradine Berdei Targuio wegen Gefährdung der Staatssicherheit, illegalen Waffenbesitzes, tätlichen Angriffs und Körperverletzung angeklagt. Amnesty International ist der Auffassung, dass die Anklagen gegen ihn nur Vorwände sind und er vielmehr wegen seiner Arbeit als Menschenrechtsverteidiger verfolgt wird.

**Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe** an den Justizminister des Tschad und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass Baradine Berdei Targuio umgehend und bedingungslos freigelassen und sämtliche Anklagen gegen ihn fallen

gelassen werden. Bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass Baradine Berdei Targuio bis zu seiner Freilassung vor Folter und anderweitiger Misshandlung geschützt wird und Zugang zu seiner Familie sowie einem Rechtsbeistand erhält.

### Schreiben Sie in gutem Französisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Justizminister  
Minister Djimet Arabi  
Ministère de la Justice  
N'Djamena, TSCHAD  
E-Mail: arabidji@gmail.com  
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

### Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Tschad  
I. E. Frau Mariam Ali Moussa  
Lepsiusstraße 114, 12165 Berlin  
Fax: 030 - 319 916 220  
E-Mail: [contact@ambatchadberlin.de](mailto:contact@ambatchadberlin.de)  
(Standardbrief: 0,80 €)

# BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – UPDATES

In jedem Amnesty Journal veröffentlichen wir drei Einzelschicksale, verbunden mit dem Appell, einen Brief zu schreiben, um Menschenrechtsverletzungen zu beenden. In regelmäßigen Abständen informieren wir darüber, wie sich die Situation der Betroffenen weiterentwickelt hat. Hier nun neue Informationen zu den »Briefen gegen das Vergessen« von Januar 2020 bis August 2020.

## RUSSLAND – ANASTASIA SHEVCHENKO (JANUAR 2020)

Ein Gericht in Rostow am Don hat im August 2020 den Hausarrest für Anastasia Shevchenko verlängert. Shevchenko ist Koordinatorin der Bewegung Open Russia, die 2019 verboten wurde, und steht seit Januar 2019 unter Hausarrest. Ihre Bedingungen haben sich jedoch inzwischen verbessert: Während sie zwischenzeitlich keine Geschäfte besuchen durfte, ist ihr dies nun wieder gestattet. Außerdem darf sie Personen außerhalb ihrer Familie kontaktieren und spazieren gehen. Anastasia Shevchenko ist die erste Menschenrechtsaktivistin, gegen die auf Grundlage des Gesetzes über eine »unerwünschte Organisation« ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Ihr drohen bis zu sechs Jahren Haft. Im September wurde der Prozess gegen sie wieder aufgenommen.



Anastasia Shevchenko.

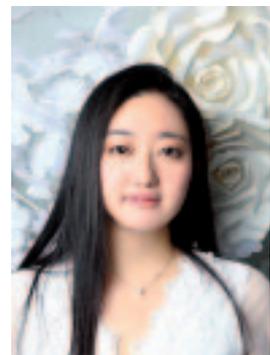
## ÄGYPTEN – MAHIENOUR EL-MASRY (JANUAR 2020)

Wegen erneuter Terrorismusvorwürfe muss die Menschenrechtsverteidigerin Mahienour el-Masry weiterhin in Haft bleiben. Im August wurde sie von der Staatsanwaltschaft für Staatssicherheit (SSSP) in einem neu eingeleiteten Verfahren wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation« verhört. Mahienour el-Masry war im September 2019 von Sicherheitskräften willkürlich festgenommen worden. Sie hatte sich bei der SSSP über den Stand der Ermittlungen gegen Aktivisten erkundigt, die kurz zuvor bei Protesten festgenommen worden waren. Ihr wurde daraufhin »Zusammenarbeit mit einer Terrorvereinigung zur Erlangung ihrer Ziele« sowie die Verbreitung von »Falschmeldungen« vorgeworfen. Ende September 2019 war außerdem Mohamed el-Baqer, einer der Rechtsbeistände des Aktivisten Alaa Abdel Fattah, festgenommen worden, als er bei der SSSP erschien. Die Fälle sind Teil der größten Festnahmewelle seit dem Amtsantritt von Präsident Abdel Fattah al-Sisi. Im September 2019 waren in mehreren ägyptischen Städten Proteste ausgebrochen, bei denen der Rücktritt des Präsidenten gefordert wurde, woraufhin mehr als 3.900 Menschen festgenommen wurden.

## CHINA – LI QIAOCHU (JUNI 2020)

Die Arbeitsrechtlerin und Feministin Li Qiaochu ist im Juni 2020 gegen Kautionsfreilassung und nach Hause zurückgekehrt. Sie war im Februar in Peking von der Polizei abgeführt und an einem unbekanntem Ort inhaftiert worden. Amnesty geht davon aus, dass ihre Festnahme mit ihren Aktivitäten gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu tun hat. Li Qiaochu

hatte sich außerdem für Präventionsmaßnahmen gegen das Corona-Virus engagiert. Sie verteilte Gesichtsmasken an Beschäftigte im Gesundheitswesen und half schwangeren Frauen, sich gegenseitig zu unterstützen. Amnesty geht außerdem davon aus, dass die Inhaftierung mit einem informellen Treffen von Anwälten und Aktivisten zusammenhing, an dem ihr Partner Xu Zhiyong im Dezember 2019 teilgenommen hatte. Li Qiaochu wurde ohne Kontakt zur Außenwelt in einem Gefängnis festgehalten und hatte keinen Zugang zu ihrer Familie oder einem Rechtsbeistand ihrer Wahl. Sie war während ihrer Inhaftierung außerdem der Gefahr von Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt.



Li Qiaochu.

## KUBA – ROBERTO QUIÑONES HACES (JULI 2020)

Roberto Quiñones Haces ist im September nach Ablauf einer einjährigen Haftstrafe freigelassen worden. Inzwischen ist er wieder bei seiner Familie. Der 63-jährige Anwalt, Journalist und Dichter war im August 2019 wegen »Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte« und »Ungehorsams« zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Amnesty International betrachtete Roberto Quiñones Haces als einen gewaltlosen politischen Gefangenen, der inhaftiert wurde, weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hat. Laut Angaben seiner Familie musste Roberto Quiñones Haces sich mit mindestens 17 Inhaftierten eine kleine Zelle und Sanitäreinrichtungen teilen. Er leidet außerdem unter gesundheitlichen Beschwerden, weshalb ihn eine Ansteckung mit dem Corona-Virus in große Gefahr gebracht hätte. Aus Sicht von Amnesty hätte Roberto Quiñones Haces niemals inhaftiert werden dürfen.



Wieder frei. Roberto Quiñones Haces.

## INDIEN – BHIMA KOREGAON 9 (AUGUST 2020)

Amnesty befürchtet, dass das Leben der indischen Aktivistinnen und Aktivisten Sudha Bharadwaj, Shoma Sen, Rona Wilson, Surendra Gadling, Mahesh Raut, Arun Ferreira, Sudhir Dhawale, Vernon Gonsalves und Varavara Rao gefährdet ist. Sie wurden 2018 festgenommen und laufen Gefahr, sich in überfüllten Ge-



Foto: Amnesty

**Muss erstmal in Haft bleiben.** Die ägyptische Anwältin Mahienour el-Masry.

fängnissen mit dem Corona-Virus zu infizieren. Die Aktivistinnen und Aktivisten, die auch unter dem Namen »Bhima Koregaon 9« bekannt sind, befinden sich in Gefängnissen im Bundesstaat Maharashtra, wo mindestens 763 Menschen positiv auf Covid-19 getestet wurden und vier Häftlinge bereits gestorben sind. Varavara Rao, Anand Teltumbde, Gautam Navlakha, Vernon Gonsalves, Sudha Bharadwaj und Shoma Sen sind besonders gefährdet, da sie über 60 Jahre alt sind. Varavara Rao wurde im Juli positiv auf das Virus getestet. Den Aktivistinnen und Aktivisten wird vorgeworfen, gegen das Land Indien aktiv zu sein. Die Polizei hatte behauptet, sie seien an Gewalt zwischen Dalits und Hindu-Nationalisten im indischen Bundesstaat Maharashtra beteiligt gewesen. Doch in den Gemeinden,

in denen sie tätig waren, werden sie als Nationalhelden angesehen, die sich mutig für die Rechte marginalisierter Menschen einsetzen. schlechtsidentität Gewalt ausgesetzt war. Bei ihrer Einreise in die USA im August 2017 war sie festgenommen und inhaftiert worden. Kelly González Aguilar befürchtete, sich in der Haft mit dem Corona-Virus zu infizieren, weil die Behörden keine angemessenen Maßnahmen ergriffen, um die Inhaftierten zu schützen. Nach ihrer Freilassung bedankte sich Kelly González Aguilar bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern: »Ich danke euch für (...) all die Kraft, für euren Kampf gegen die Einwanderungsbehörde. Dank eurer enormen Anstrengungen haben sie mein Recht auf Freiheit endlich anerkannt. Ohne eure Unterstützung wäre dies nicht möglich gewesen. Ich bin glücklich.«



Foto: Amnesty

**Neun Aktivisten.** Bekannt als »Bhima Koregaon 9«.

in denen sie tätig waren, werden sie als Nationalhelden angesehen, die sich mutig für die Rechte marginalisierter Menschen einsetzen.

### USA – KELLY GONZÁLEZ AGUILAR (AUGUST 2020)

Kelly González Aguilar ist im Juli 2020 freigelassen worden – nach fast drei Jahren Haft. Kelly González Aguilar war als 12-Jährige aus Honduras geflohen, weil sie dort aufgrund ihrer Ge-



Foto: Amnesty

**Bedankt sich für Unterstützung.** Kelly González Aguilar.

## AKTIV FÜR AMNESTY



Teil der Ausstellung. Beide Bilder stammen aus Annette Hauschild's Serie »Die Helfer«.

### Die Fotografin Annette Hauschild über die Ausstellung »Kontinent – Auf der Suche nach Europa«, Europabilder und die Hilflosigkeit der Helferinnen und Helfer.

Interview: Maik Söhler

Von Anfang Oktober bis Anfang November war in der Akademie der Künste in Berlin die Ausstellung »Kontinent – Auf der Suche nach Europa« zu sehen. Sie soll nach einer Covid-19-Unterbrechung im Jahr 2021 fortgesetzt werden. Es ist eine Gemeinschaftsausstellung aller Mitglieder der Fotoagentur Ostkreuz. Im Online-Shop zur Ausstellung wurden signierte Foto-Prints verkauft, ein Teil der Erlöse kam Amnesty International zugute.

#### Die Ausstellung wirbt damit, dass dort 22 Positionen zum »Miteinander in Europa« zu finden sind. Warum 22 Positionen?

Es handelt sich um die 22 individuellen Blicke der Fotografinnen und Fotografen auf das Thema »Kontinent«. Und diese Blicke der beteiligten Fotografinnen und Fotografen, ihre sehr persönlichen Zugänge zu Europa, bezeichnen wir als Positionen.

#### War von Anfang an klar, dass es um Europa gehen soll und nicht um die EU, oder hat sich das erst später abgezeichnet?

Wir haben uns sehr bewusst für den Kontinent entschieden, aber auch gewusst, dass es schwierig wird, beides immer auseinanderzuhalten. Am Ende haben wir uns auf der Suche nach Europa fast immer in den Grenzen der EU bewegt.

#### Corona hat für weniger »Miteinander in Europa« denn je gesorgt.

Wir hatten kurz Angst, dass alles, was wir über Europa zeigen wollen, nun hinfällig ist. Aber wenn wir in zehn Jahren zurückblicken, könnte es sein, dass Corona nur eine unter den vielen Krisen Europas war. Nach kurzem Überlegen war uns klar: Das stört uns nicht, außer dass wir weniger Besucher ha-



Fotos: Annette Hauschild/Ostkreuz

ben werden. Einer unserer Fotografen hat noch aktuell reagiert und Fotos der Grenzschießungen in Corona-Zeiten beige-steuert.

#### Ihre Bilder zeigen Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für Geflüchtete einsetzen. Was ist die Hauptaussage?

In den meisten meiner Ausstellungsbilder betone ich das Fragmentarische. Helferinnen und Helfer wirken isoliert. Manchmal wird ihre Hilflosigkeit sichtbar, ich versuche auch andere Aspekte ihrer Persönlichkeit zu zeigen, Aspekte jenseits des Aktivismus.

#### Wie viel Kollektiv steckt in dieser Ausstellung, die auch vom Werk einzelner Künstlerinnen und Künstler lebt?

Wir haben fünf Jahre lang um die fotografischen Positionen gerungen, das war ein intensiver Prozess. Wenn ich die Ausstellung jetzt sehe, bin ich froh, dass die Ansätze individuell und persönlich ausfallen. Die einzelnen Haltungen und Fotos werden dem Gesamthema nicht untergeordnet, die einzelnen Fotografinnen und Fotografen und ihre Werke bleiben gut erkennbar.

#### In Berlin soll die Ausstellung nach dem Lockdown noch bis Ende März zu sehen sein. Wo wird sie danach gezeigt?

Zuerst in der Kunsthalle Erfurt, 2022 in Frankfurt am Main.

#### Einen Teil der Erlöse aus den Foto-Prints, knapp 10.000 Euro, hat Ostkreuz an Amnesty überwiesen. Danke! Warum Amnesty?

Menschenrechts- und Demokratiprozesse, die Europa zu dem gemacht haben, was es ist, müssen weiter betont werden. Genau dazu trägt Amnesty International bei.

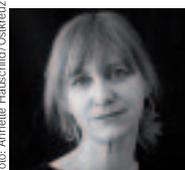


Foto: Annette Hauschild/Ostkreuz

Annette Hauschild, geboren 1969 in Gießen, hat Anfang der 90er-Jahre in Berlin Fotografie studiert und ist seit 1996 bei der Fotoagentur Ostkreuz: [www.ostkreuz.de](http://www.ostkreuz.de)

# JAMAS!

## Ouzo auf die Seenotrettung, Online-Technik mit Tücken und Probleme des Corona-Jahres: Eindrücke von der Amnesty-Jahresversammlung 2020.

Trotz technischer Hindernisse ist die Jahresversammlung von Amnesty International Deutschland in gewohnt produktiver Weise über die Bühne gegangen – über die Onlinebühne, wohlgehemmt. Ein Treffen im üblichen Rahmen war im Corona-Jahr nicht möglich, stattdessen kamen vom 4. bis zum 6. Dezember mehrere Hundert Delegierte virtuell zusammen, um über aktuelle und künftige Menschenrechtsfragen zu beraten.

Die Versammlungsorte hießen diesmal AmnestyMeeting und OpenSlides. Während AmnestyMeeting nur der Kommunikation diente, erwies sich OpenSlides auch geeignet für Anträge, Wahlen und Abstimmungen. Zwar gab es zwischendurch immer wieder technische Probleme, aber letztlich konnte die Jahresversammlung doch erfolgreich abgeschlossen werden.

### DIGITALE CHANCEN UND HÜRDEN

Das digitale Treffen bot auch Vorteile: So konnten sich die Mitglieder die Anfahrt sparen, und bei den Wahlen mussten die Stimmen nicht von Hand ausgezählt werden. Dasselbe galt für Entscheidungen über Anträge. Tapfer verbrachten die Amnesty-Mitglieder viele Stunden vor ihren Computern, diskutierten und stimmten ab. Zwischendurch gab es Pausen für Kniebeugen – wenn auch nur kurze. Denn es blieb viel zu besprechen, und die Zeit war knapp.

»Covid19 hat viele Planungen für dieses Jahr über den Haufen geworfen«, sagte Vorstandssprecherin Gabriele Stein. »Aber die Angriffe auf die Menschenrech-

te auf der Welt hören nicht auf – im Gegenteil. Amnesty hat weltweit reagiert und geht gegen Menschenrechtsverletzungen in der Pandemie vor.« Barbara Weber, die im Internationalen Sekretariat von Amnesty International in London für die globale Strategie der Organisation zuständig ist, stellte fest: »Covid-19 hat Amnesty verändert – regional, national und international.« Dazu zählten aber auch positive Veränderungen. So sei zu erwarten, dass die digitalen Formate nach der Corona-Krise bleiben würden.

Statt Reden internationaler Gäste gab es Videobotschaften: Die ehemalige Amnesty-Direktorin in der Türkei, Idil Eser,

und der türkische Amnesty-Ehrenvorsitzende, Taner Kılıç, bedankten sich für die Unterstützung aus Deutschland während ihrer Inhaftierung und strafrechtlichen Verfolgung.

Beeindruckend waren auch die Worte von Dariush Beigui: »Wir können nicht warten, bis die Welt eine bessere ist«, sagte der Kapitän des Seenotrettungsschiffs »Iuventa«, nachdem er den 10. Amnesty-Menschenrechtspreis erhalten hatte. Er nahm die Auszeichnung stellvertretend für die Besatzung entgegen, die in den Jahren 2016/17 mehr als 14.000 Menschen rettete und deshalb mit einem Ermittlungsverfahren konfrontiert ist.

Seinem Dank für den Preis ließ Beigui einen Ouzo folgen und prostete ein kräftiges »Jamas!«. In einer Versammlungshalle hätte es nun stürmischen Applaus gegeben. Dafür gibt es online leider keine Entsprechung.



**Ausgezeichneter Auftritt.** Dariush Beigui, Kapitän der »Iuventa«, in seiner Videobotschaft.

### IMPRESSUM

#### Amnesty International Deutschland e.V.

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin  
Tel.: 030-420248-0  
E-Mail: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de)  
Internet: [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

**Redaktionsanschrift:** Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal  
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin  
E-Mail: [journal@amnesty.de](mailto:journal@amnesty.de)  
Adressänderungen bitte an:  
[info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de)

**Redaktion:** Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Jessica Böhner, Lea De Gregorio, Anton Landgraf, Tobias Oellig, Pascal Schlößer, Uta von Schrenk

**Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Birgit Albrecht, Dirk Auer, Markus N. Beeko, Elias Dehnen, Hannah El-Hitami, Harald Gesterkamp, Oliver Grajewski, Erika Harzer, Knut Henkel, Sead Husic, Luis Jachmann, Andrea Jeska, Jürgen Kiontke, Andreas Koob, Lisa Kuner, Barbara Oertel, Wera Reusch, Uta von Schrenk, Janine Uhlmannsiek, Klaus Ungerer, Keno Verseck, Cornelia Wegerhoff, Elisabeth Wellershaus, Thomas Winkler, Stefan Wirner, Marlene Zöhler

**Layout und Bildredaktion:** Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de  
**Druck und Verlag:** Hofmann Druck, Nürnberg GmbH & Co. KG

**Spendenkonto:** Amnesty International Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00  
BIC: BFS WDE 33XXX  
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel

und Fotos liegen bei den Autoren, Fotografen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

ISSN: 2199-4587



**MIX**  
Papier aus verantwortungsvollen Quellen  
FSC® C022647



# SCHREIB'S AN JEDE WAND

Street-Artist  
**Ben Eine** setzt sich  
künstlerisch für Menschen-  
rechtsverteidiger\_innen ein  
(in Romford, Großbritannien, 2017)

**Amnesty International sucht gut sichtbare Hauswände für die Menschenrechte.**

Wir möchten im Rahmen der Kampagnenarbeit unsere Botschaften möglichst überall in Deutschland zeigen. Ob in Innenstädten, in Wohngebieten, an Garagen, an Lagerhallen oder an viel befahrenen Straßen, allorts gibt es gute Stellen – da sind wir uns sicher.

Wer kennt Immobilienbesitzer\_innen, die Lust haben uns zu unterstützen? Wir kommen mit klaren Botschaften, schlaun Fragen und schönen Bildern. Zusammen mit lokalen oder internationalen Künstler\_innen entwickeln wir die passende Gestaltung ganz individuell.

Meldet euch einfach unter [hauswand@amnesty.de](mailto:hauswand@amnesty.de) und wir prüfen gemeinsam, welche Gestaltung am besten zu euch und eurer Wand passt.

